

Ja zu gelebter

Menschenfreundlichkeit

Gottes.

Nein zum

Rechtsextremismus.

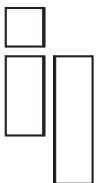
Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern



Ja zu gelebter
Menschenfreundlichkeit
Gottes.

Nein zum
Rechtsextremismus.

Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern



Vorwort	5
Warum wir diese Broschüre verfasst haben	6
KAPITEL I	
Klärungen	9
Was wissen wir über Rechtsextremismus?	10
Theologische Grundlagen	12
Rechtliche Rahmenbedingungen	16
KAPITEL II	
Rechtsextremismus als Thema der Kirche	20
Begegnung und Umgang mit Rechtsextremismus in kirchlichen Kontexten	21
Die Haltung der ELKB	27
Das Engagement der ELKB	28
Kompetenzen für Menschenfreundlichkeit fördern	38
Aus der Praxis – Handlungsfähig werden durch Aufklärung und Prävention	42
KAPITEL III	
Vertiefende Einblicke und Diskussion	52
Christliche Menschenfreundlichkeit. Zum Umgang mit Flüchtlingen	53
KAPITEL IV	
Handlungsfähig für den Menschen und gegen Rechtsextremismus	61
Resümee	66
ANHANG	
Nicht belehren, nicht moralisieren. Argumentationshilfen gegen rechtsextremistische Äußerungen	67
Rückmeldungen zur Befragung aus den Gemeinden und Handlungsfeldkonferenzen	71
Weitere Anregungen	73
Mitglieder der Steuerungsgruppe	74
Impressum	75

Vorwort

„Ja zu gelebter Menschenfreundlichkeit Gottes. Nein zum Rechtsextremismus. Haltungen – Erfahrungen – Perspektiven der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern“ – unter diesem Titel wurde das beiliegende Handlungskonzept unserer Landeskirche zum Umgang mit Rechtsextremismus auf der Frühjahrssynode 2016 in Ansbach einstimmig beschlossen. Alle vier kirchenleitenden Organe haben es sich zu eigen gemacht. Dies ist ein starkes Zeichen der Selbstverständigung und Positionsbestimmung, der Gewinnung strategischer Impulse und neuer Handlungsfähigkeit für unsere Landeskirche im Umgang mit Rechtsextremismus.

Mit diesem Handlungskonzept liegt erstmals eine klare Grundpositionierung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) im Umgang mit Rechtsextremismus sowie eine Gesamtübersicht über das Engagement der ELKB gegen Rechtsextremismus vor. Erstmals wurde die gesamte Breite ehrenamtlicher und hauptamtlicher Akteure aller Handlungsfelder einbezogen, von der Basis über die Mittlere Ebene bis hin zur Ebene der Kirchenleitung. Dies ist ein Novum bei der Erstellung eines solchen Konzeptes in unserer Landeskirche. Die Beteiligung war erfreulich hoch, über 90 Rückmeldungen sind sehr beachtlich.

Diese Publikation dient einerseits der Verständigung über unsere Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven. Sie gibt andererseits Auskunft darüber, wie wir mit dieser Thematik umgehen, und bietet Orientierung für Interes-

sierte. Das Handlungskonzept kann und soll vor Ort ins Gespräch gebracht werden; im Kirchenvorstand, im Pfarrkapitel oder in der Dekanatsynode, in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen, im Gespräch mit anderen Landeskirchen und der Ökumene sowie mit Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft.

Neben dieser Publikation ist eine digitale Datenbank vorbereitet, auf der Best-Practice-Beispiele, Predigten, Vorträge, Unterrichtsmaterialien und weitere hilfreiche Informationen zum Thema abgerufen werden können: <https://www2.elkb.de/intranet/node/8494>. Alle Akteure unserer Landeskirche und ihrer Diakonie sind eingeladen, eigene Praxisbeispiele, Erfahrungsberichte, Predigten u.v.m. für diese Datenbank zur Verfügung zu stellen.

Wir danken allen Mitwirkenden und wünschen Ihnen bei der Lektüre und Besprechung dieses Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus interessante Einsichten und hilfreiche Anregungen!

Für die Steuerungsgruppe

Kirchenrat Reiner Schübel,
Leiter der Steuerungsgruppe

Martin Becher,
Projektstelle Bündnis für Toleranz



Pfarrerin Julia Arnold (links) mit Jugendlichen bei der Veranstaltung des Amts für Evangelische Jugendarbeit „Bunt ist cool“ 2012

FOTO: WOLFGANG NOACK

1. Warum wir diese Broschüre verfasst haben

Rechtsextremismus ist in unserer Gesellschaft leider Realität. Das ist nur schwer zu ertragen angesichts von Leid und Unrecht, das die Nationalsozialisten in nur zwölf Jahren des vergangenen Jahrhunderts über unser Land und andere Länder gebracht haben. Und doch begegnet uns Rechtsextremismus heute wieder: bei martialischen Aufmärschen kleiner lauter Gruppen, im Wahlkampf und an besonderen Tagen wie dem 1. Mai, in Form von menschenfeindlichen Äußerungen an Stammtischen oder im Verein, in Postwurfsendungen mit harmloser Optik und bösem Inhalt, verstärkt auch im Internet und in sozialen Netzwerken – die Liste ließe sich noch deutlich verlängern. Als Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern sehen wir die Verpflichtung, diese Entwicklungen wahrzunehmen und uns damit kritisch auseinanderzusetzen.

1.1 Wir tun schon was

Gegen Rechtsextremismus Gesicht zu zeigen und für den Menschen und ein demokratisches Miteinander einzutreten, ist ebenfalls Realität in unserer Gesellschaft, sehr oft auch selbstverständlich. Gott sei Dank! Engagierte Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Gruppierungen und politische Mandatsträger stellen sich gegen rechtsextreme Parolen und Aktivitäten. Meist spontan, immer häufiger gemeinsam und in der Regel mit viel Phantasie. Mit einem Wort: bunt!

In unserer Kirche hat sich in den letzten Jahren ein breiter Konsens dahingehend entwickelt, dass wir als evangelische Christen und Christinnen besonders aufgerufen sind, Position zu beziehen. Wir richten uns gegen jede Form von Menschenverachtung, die soziale

Beziehungen zerstört und die Würde des Menschen nicht respektiert. Es war und bleibt eine erschreckende historische Erfahrung, dass unser Glaube uns nicht automatisch gegen gruppenbezogene Menschenverachtung immunisiert; unser Glaube an den Gott, der sich in dem Menschen Jesus von Nazareth ins Gesicht schauen lässt.

Ein Blick auf die Landkarte des Engagements gegen Rechtsextremismus in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) zeigt: Wir haben verstanden. Wir sind aktiv. Und: Wir sind dabei, noch weiter zu lernen.

1.2 Reagieren reicht nicht

Prävention ist gefragt, wenn wir uns von kleinen rechtsextremen Gruppen nicht nur zu Gegendemonstrationen zwingen lassen wollen. Demokratisch verantwortete Freiheit, braucht verantwortungsbewusste, mündige Menschen und ein gesellschaftliches Klima, in dem niemand Angst haben muss, ausgegrenzt zu werden. Evangelische Bildungs- und Sozialarbeit kann hier einen wichtigen Beitrag für soziale Gerechtigkeit und ein Klima der Menschenfreundlichkeit leisten.

In der Positionierung gegen Rechtsextremismus bringt die ELKB ihr theologisches Fundament ins Spiel: das Evangelium. So hat die Landessynode der ELKB auf ihrer Tagung im Herbst 2012 in Hof das Thema „Kirche gegen Rechtsextremismus“ diskutiert. In der Debatte sind rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen in Deutschland und insbesondere in Bayern betrachtet und kirchliche Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven benannt und diskutiert worden. Es wurde klar, dass wir unsere Handlungsfähigkeit stärken wollen, um unseren Anliegen und unserer Verantwortung gerecht zu werden. Die Landessynode hat um die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes im Sinne einer Gesamtübersicht zum kirchlichen Engagement gegen Rechtsextre-

mismus verbunden mit Grundlegungen, Konkretionen und perspektivischen Impulsen gebeten. Auftrag war es, auf aktuelle Herausforderungen aufmerksam zu machen und kirchliche Perspektiven gegen Menschenverachtung und Rechtsextremismus zu diskutieren. Daher ist der Fokus auf den Umgang mit Rechtsextremismus und damit verbundener gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gerichtet. Andere Formen von Extremismus, wie z. B. Linksextremismus oder religiöser Extremismus, christlicher oder muslimischer Gestalt, werden nicht eigens erörtert.

Kirche setzt sich für den Menschen und den Schutz seiner Würde ein, denn Gottesliebe und Nächstenliebe lassen sich für Jesus nicht auseinander reißen. „Du sollst Gott, deinen Herrn, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüt und deinen Nächsten wie dich selbst“ (Lukas 10,27 par.). Menschen mit rechtsextremen Einstellungen und Haltungen widersprechen in Wort und Tat diesem Doppelgebot der Liebe.

1.3 Rechtsextremes Gedankengut – attraktiv?

Rechtsextremes Gedankengut ist für manche immer noch attraktiv. Warum? Hannah Arendt führt in ihrer Analyse des scheinbar Unbegreiflichen im 20. Jahrhundert die alles erschütternde Erfahrung der „Verlassenheit des Menschen“ als wichtigen Grund an. Erfahrungen der Hilflosigkeit in scheinbar undurchschaubaren Zusammenhängen, Erfahrungen von Ohnmacht gegenüber einer zunehmenden Entscheidungskomplexität, auch Erfahrungen von Bedeutungslosigkeit der eigenen Existenz. Auf der anderen Seite steht das Angebot der Rechtsextremen: klare Identifikationsangebote, einfach verständliche und plakative schwarz-weiß-Bilder von Gut und Böse. Sie formulieren eine schneidige Anklage gegen die angeblich Ver-

antwortlichen für individuelle und gesellschaftliche Leiden und entheben damit den Einzelnen seiner Verantwortung. Sie weisen dabei klar Schuld zu, oft gegen die Schwächsten der Gesellschaft. Sie schlagen schlichte Lösungen für individuelle und gesellschaftliche Probleme vor, die von Hass gespeist sind.

Unsere Botschaft des Evangeliums negiert Erfahrungen der Verlassenheit oder Ohnmacht nicht, sie richtet sich auch an Menschen, die in der Vergangenheit aggressiv oder gewalttätig waren. Sie bietet einen reichen Schatz an Sprache, Bildern, Liedern, Symbolen und Handlungsmustern aus dem gemeinsamen Gedächtnis der Christenheit an und findet diese auch für Umkehr und Vergebung, Hoffnung, Aufbruch und Zukunft.

1.4 Aufbau des Handlungskonzeptes

Die vorliegende Publikation „Ja zu gelebter Menschenfreundlichkeit Gottes. Nein zum Rechtsextremismus - Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern gegen Rechtsextremismus“ ist eine Antwort auf diesen Auftrag. Ihr liegt ein intensiver Diskussionsprozess zugrunde, der durch Selbstreflexion, durch Überlegungen zur eigenen Positionierung und durch den Erfahrungsschatz vieler angeleitet wurde. Grundstock sind die zahlreichen Rückmeldungen aus den Gemeinden und Handlungsfeldkonferenzen¹, die in der Steuerungsgruppe intensiv ausgewertet wurden.

Zunächst wird in Kapitel I ein Einblick in die Problemlage „Rechtsextremismus“ ver-

mittelt. Darin führt die Publikation auch in grundlegende Aspekte des Themas ein: zunächst unter 2 in theologische und unter Punkt 3 in rechtliche Überlegungen. Kapitel II setzt sich breiter mit dem eigenen Engagement für eine menschenfreundliche Demokratie und gegen menschenfeindliche Ideologien sowie mit der Förderung von Kompetenzen für Menschenfreundlichkeit und gegen Rechtsextremismus durch die ELKB auseinander.

Es folgt Kapitel III, in dem aktuelle Konfrontationsaspekte mit Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit beleuchtet werden. Zuerst die Haltungen und Aktivitäten der ELKB im Kontrast zum Rechtsextremismus am Beispiel „Bewegung für Mitmenschlichkeit. Umgang mit Flüchtlingen“, in Kapitel IV folgt eine Diskussion der praktischen und ideellen Herausforderungen, die sich aus der Asymmetrie der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Form und Inhalt ergeben und ein Resümee.

Zuletzt findet sich ein Überblick über diejenigen, die mit Impulsen und Kommentaren, mit fachlichem Rat und als Mitglieder der Steuerungsgruppe zum Gelingen dieser Publikation beigetragen haben.

Die Darstellung des Engagements der ELKB ist auf Wachstum angelegt. Es ist zudem, um in Anspruch und Angebot aktuell zu bleiben, auf die Diskussionsfreude und die stete Mitarbeit Vieler angewiesen. Darum ist auch geplant, eine digitale Datenbank anzulegen.

¹ In der bayerischen Landeskirche gibt es zehn Handlungsfeldkonferenzen (HFK): HFK 1 (Gottesdienst, Verkündigung, Spiritualität), HFK 2 (Gemeindeaufbau und Gemeindeentwicklung), HFK 3 (Erziehung, Bildung und Unterricht), HFK 4 (Beratung und Seelsorge), HFK 5 (Gesellschaftsbezogene Aufgaben), HFK 6 (Ökumene, Mission, Entwicklungsdienst), HFK 7 (Diakonisches Handeln), HFK 8 (Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Medien), HFK 9 (Aus-, Fort- und Weiterbildung) sowie HFK 10 (Gemeindeleitung, Kirchenleitung und Verwaltung).

KAPITEL I

Klärungen

Wir verstehen Rechtsextremismus als Sammelbegriff zur Beschreibung neonazistischer oder ultranationalistischer politischer Ideologien und Aktivitäten. Ideologischer Kern des Rechtsextremismus ist die Vorstellung von der Ungleichheit, der Ungleichwertigkeit von Menschen. Der Rechtsextremismus orientiert sich an der ethnischen Zugehörigkeit, stellt die rechtliche Gleichheit von Menschen in Frage und ist geprägt von einem antipluralistischen, antidemokratischen und autoritären Gesellschaftsverständnis. Politischen Ausdruck findet dies in Bemühungen, den Nationalstaat zu einer autoritär geführten „Volksgemeinschaft“ in einem rassistischen Sinn umzugestalten.

Rechtsextremismus stellt eine umfassende Bedrohung dar: Einzelne Menschen werden psychisch und physisch attackiert, im Extremfall getötet. Über die Einzelnen hinaus wird die Gesellschaft insgesamt bedroht, das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Ethnien, Religionen, Hautfarbe, Sexualität und Weltanschauungen zerstört. Der Staat als freiheitliche Demokratie, als auf dem Grundgesetz fußender Rechtsstaat inklusive den in ihm verbrieften Menschenrechten, wird abgelehnt und bekämpft. Diese allumfassende, radikale und gewaltbereite Gegnerschaft zu allem, was unser Gemeinwesen heute ausmacht, ist ein Spezifikum des Rechtsextremismus.

Der Rechtsextremismus hat kein ideologisch einheitliches Gefüge. Charakteristisch sind jedoch seine ultra-nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Ideologieelemente und Zielsetzungen. Menschen wird entlang ihrer (angenommenen) Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation, Religion oder „Rasse“ ein jeweils unterschiedlicher Wert zugeschrieben. Ein rechtsextremer Staat ist autoritär, in ihm können Parteien und Wahlen, Grundgesetz und Menschenrechte, individuelle Freiheiten und unterschiedliche Meinungen nicht gelten. Extrem rechte Ideologien stehen den Grundsätzen der pluralistischen Demokratie fundamental entgegen.

1. Was wissen wir über Rechtsextremismus?

Die ELKB versteht Rechtsextremismus als Sammelbezeichnung, um neonazistische oder ultra-nationalistische politische Ideologien und Aktivitäten zu beschreiben. Sein ideologischer Kern ist die Vorstellung von der Ungleichheit und der Ungleichwertigkeit von Menschen.

1.1 Die Struktur des Rechtsextremismus

Die Struktur des Rechtsextremismus lässt sich am besten im Eisbergmodell ausdrücken: Nur ein kleiner Teil des Rechtsextremismus befindet sich „oberhalb der Wasseroberfläche“ und ist sofort erkennbar: diejenigen, die heute als Neonazis bezeichnet werden und von denen es laut Verfassungsschutzbericht circa 2.200 Personen in Bayern und 24.000 Personen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland gibt. Das sind Menschen, die im Neonazismus eine persönliche Berufung sehen und in ihm ihren kompletten Lebensinhalt finden – in den frühen neunziger Jahren entstand hierüber ein Dokumentarfilm mit dem treffenden Titel „Beruf Neonazi“.

„Unterhalb der Wasseroberfläche“, sozusagen in der mittleren Ebene des Eisbergs,

befindet sich die Infrastruktur des Rechtsextremismus: Parteien mit ihren Leitungsstrukturen, Mandatsträgern und Wählern. Hier findet sich auch der intellektuelle Teil, die so genannte Neue Rechte mit ihrer teilweise guten Vernetzung in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Universitäten und zu einigen Burschenschaften.

Die dritte Ebene bildet die sehr breite Basis des Eisbergs in Form von Einstellungen und Haltungen vieler Menschen. Zuschreibungen, Vorurteile, Feindseligkeiten und Ausgrenzungsmechanismen finden sich in allen sozialen Gruppen, bei beiden Geschlechtern und bei Menschen mit sämtlichen Bildungshintergründen.

Gesicherte Erkenntnisse zu extrem rechten Einstellungsdimensionen, die bis in die Mitte der Gesellschaft reichen, liefern wissenschaftliche Studien, von denen hier zwei exemplarisch vorgestellt werden:

1.2 Der Antisemitismus-Bericht des Deutschen Bundestages

Der im Auftrag des Bundestages von einem unabhängigen, international besetzten Expertengremium erstellte Bericht wurde am 23. Januar 2012 in Berlin vorgestellt. Im Bericht wird deutlich, dass latent antisemitische Haltungen, Einstellungen und Denkmuster in der Bundesrepublik Deutschland in erheblichem Umfang existieren. Diese Muster reichen bis in die Mitte der Gesellschaft. Die Autoren und Autorinnen beschreiben, dass es einen latenten Antisemitismus bei etwa 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland gibt; sie stützen sich auf die Ergebnisse verschiedener wissenschaftlicher Untersuchungen. Weil dieser relativ weit verbreitete Antisemitismus nicht hinreichend geächtet werde, ergebe sich eine gefährliche Anschlussfähigkeit zu rechtsextremem Gedankengut, so die Expertinnen und Experten.

Mit seiner internationalen Besetzung, der Entgegennahme durch den Bundestag und der Veröffentlichung als Bundestags-Drucksache hat der Antisemitismus-Bericht Legitimität jenseits von parteipolitischen Disputen erlangt.

1.3 Studien zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“

Das von Wilhelm Heitmeyer etablierte Forschungsprogramm zur empirischen Langzeituntersuchung (2002-2011) von menschenfeindlichen Einstellungen in Deutschland umfasst zehn Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamfeindlichkeit, klassischer Sexismus, Etablierten Vorrechte und Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Als Sammelbegriff für alle diese Dimensionen hat die Bielefelder Forschungsgruppe den Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)“ eingeführt. Damit werden feindselige Einstellungen zu Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen mit Hilfe eines Begriffs von großer Spannweite erfasst und systematisiert. Als gemeinsamer Kern der dem Begriff zugeordneten Phänomene gilt die Ideologie der Ungleichwertigkeit.

Entscheidend neben der Vieldimensionalität des Phänomens ist, dass es um Zuschreibungen und Abwertungen gegen bestimmte (angenommene) Gruppen geht. Bei der GMF stehen nicht primär manifeste und lauthals vorgetragene Vorurteile im Fokus, sondern vielmehr das vorgelagerte Denken und Fühlen. Die umfangreiche Datenbasis ermöglicht es, Verbindungen zwischen den verschiedenen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sichtbar zu machen, weshalb auch von einem „Syndrom“ gesprochen wird.

2. Theologische Grundlagen

2.1 Biblisch–theologische Grundlagen

2.1.1 Schöpfungstheologische- anthropologische Aspekte

Die Unvereinbarkeit rechtsextremen Gedankengutes mit christlicher Theologie und Haltung ist prägnant und evident begründet in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, wie sie in der Schöpfungsgeschichte zum Ausdruck kommt: „Und Gott schuf den Menschen nach seinem Bilde; zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau.“ (1. Mose 1,27). Die Bibel verkündet die von Gott allen Menschen geschenkte Würde und widerspricht damit der von den Rechtsextremen verbreiteten Ideologie, dass bestimmte Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechtes, ihrer Religion, einer Behinderung oder anderem weniger wert seien als andere. Als Christinnen und Christen sind wir verpflichtet, gegen die Abwertung und Missachtung von Menschen aufzustehen und für die Würde aller Menschen einzutreten.

2.1.2 Theologisch–ethische Aspekte

Nach dem Zeugnis der Hebräischen Bibel gibt Gott seinem Volk lebensfördernde Weisungen. Seine Gebote sind aus der Erinnerung heraus begründet. Gottes Volk soll Recht und Gerechtigkeit wahren und die Schwachen schützen, weil Gott selbst an seinem Volk befreiend und schützend gehandelt hat.

Bereits in der Selbstvorstellung Gottes im ersten Gebot des Dekalogs stellt er sein befreiendes Handeln vor: „Ich bin der Herr, dein Gott, der dich aus Ägypten geführt hat, aus dem Sklavenhaus. Du sollst neben mir keine anderen Götter haben.“ (2. Mose 20,2.3). Dieses erste Gebot macht die Befreiung von Sklaverei und Unterdrückung zum unvergesslichen Attribut Gottes und integralen Bestandteil der

Gemeinschaft Israels mit Gott. Darum rücken Menschen, die von Missachtung, Diskriminierung oder Ausgrenzung bedroht sind, in die Mitte der Schutzbestimmungen Gottes. Die Befreiung aus Ägypten und der Bund Gottes mit seinem Volk begründen die Identität Israels, die für die damalige Umwelt Israels alles andere als selbstverständlich den Schutz der Fremden und die Achtung ihrer Rechte einschließt.

Dieses Grundanliegen des Schutzes für Fremde und Schwache durchzieht wie ein roter Faden die Gesetzestexte der Hebräischen Bibel: „Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.“ (3. Mose 19, 33f).

Sowohl in die Welt der Psalmen als auch in die Verkündigung der Propheten Israels hat diese Rechtstradition ihren Eingang gefunden. Denn „Gott behütet die Fremdlinge“ (Psalm 146,9), während das Volk immer wieder daran erinnert wird, dass es „keine Gewalt übt gegen Fremdlinge“ (Jeremia 7,6). Zusammen mit den Witwen und Waisen bleiben die Fremdlinge unter göttlichem Schutz (Hesekiel 22,7; Sacharja 7,19; Maleachi 3,5).

Gottes Weisung wird in der Hebräischen Bibel nicht als abstrakte Forderung eines autoritären Gottes verstanden. Vielmehr wird deutlich, dass seine Weisung im Kern darauf zielt, sich in den anderen einzufühlen: „Die Fremdlinge sollt ihr nicht unterdrücken; denn ihr wisset um der Fremdlinge Herz, weil ihr auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen seid.“ (2. Mose 23,9). Die besondere Verletzlichkeit von Fremden und die Notwendigkeit, sie mit Achtung und Respekt zu behandeln, wird jeder verstehen, der sich in ihre besondere Situation einfühlt.

Diese „Ethik der Einfühlung“ (Heinrich Bedford-Strohm) gipfelt in der Hebräischen

Bibel im Gebot der Nächstenliebe (3. Mose 19,18), das in der Fremdenliebe (3. Mose 19,34) eine hervorgehobene Ausprägung erfährt. Das Liebesgebot der Hebräischen Bibel, das als Summe aller jüdisch-christlichen Ethik gesehen werden kann, trifft den Kern dieser Einsicht. Martin Buber hat das Gebot der Nächstenliebe daher treffend so übersetzt: „Liebe deinen Nächsten, denn er ist wie du.“

Im Neuen Testament wird diese Ethik der Einfühlung von Jesus in der so genannten Goldenen Regel auf den Punkt gebracht: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch. Das ist das Gesetz und die Propheten.“ (Mt 7,12). Sie durchzieht Jesu Weisungen zum Leben von den Seligpreisungen der Bergpredigt (Mt 5) bis hin zu Jesu Gleichnis vom Weltgericht (Mt 25,39-46). „Hungrige speisen, Durstigen zu trinken zu geben, Fremde gastfreundlich aufnehmen und Nackte bekleiden“ - solche existentielle und einführende Zuwendung hat Jesus selbst vorgelebt und seinen Nachfolgern aufgegeben: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr auch mir getan.“ (Matthäus 25, 40b).

2.1.3 Christologische Aspekte

„Seid untereinander gesinnt, wie es dem Leben in Christus entspricht“ (Phil 2,5 - mit diesen Worten leitet Paulus den Philipper-Hymnus ein, der die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus preist. Sein Lebensweg ist geprägt von der Verwundbarkeit eines Neugeborenen in der Krippe, der Flucht nach Ägypten (in matth. Sicht) sowie davon, als „Menschensohn“ keinen festen Ort zu haben, sein Haupt hinlegen zu können. Dieser Lebensweg führt ihn in die Passion und zum Tod am Kreuz. Indem Jesus diesen Weg der liebenden Zuwendung zu den Menschen zu Ende geht, kommt Gottes Liebe in Verletzlichkeit, Niedrigkeit und spezifischer Verborgenheit im Geheimnis der Erlösung durch

Kreuz und Auferstehung zum Ziel. In der Nachfolge des Urbildes seiner Liebe verleiht er uns in der Kraft seines Geistes die Fähigkeit, Gutes von Bösem zu unterscheiden und dem Bösen zu widerstehen (1. Thes 5,22) sowie das Böse mit Gutem zu überwinden (Röm 12,21). In der Gewissheit, dass der Herr nahe ist, sind wir gerufen, seine Freundlichkeit gegenüber allen Menschen zu zeigen (Phil 4,5).

2.1.4 Hamartologische und pneumatologische Aspekte

Obgleich das christliche Verständnis vom Menschen rechtsextremistischen Einstellungen widerspricht, vertreten mitunter auch Kirchenmitglieder fremdenfeindliche, antisemitische, islamophobe und rassistische Auffassungen. Das Böse, das das Menschenherz von Jugend an tangiert (1. Mose 8,21) und zum Teil unserer selbst zu werden vermag, können wir nicht aus eigener Kraft überwinden. Paulus formuliert diese Einsicht so: „Denn ich weiß, dass in mir, das heißt in meinem Fleisch, nichts Gutes wohnt. Wollen habe ich wohl, aber das Gute vollbringen kann ich nicht. Denn das Gute, das ich will, das tue ich nicht; sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich.“ (Römer 7, 18+19) Auch wenn sich in diesen Worten des Paulus das „adamitische Ich“ ausspricht, weiß die christliche Existenz um die Spannung zwischen Wollen und Handeln. Daher bitten wir mit den Worten des Vaterunsers um unsere Erlösung vom Bösen und um seinen uns erneuernden Heiligen Geist. Dieser hilft unserer Schwachheit auf (Röm 8,26) und wirkt seine Früchte in uns: Liebe, Freude, Frieden, Geduld, Güte, Sanftmut und Selbstbeherrschung (Gal 5,22). In diesem Bewusstsein wird deutlich, wie unabdingbar es ist, weder die Schuld der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft noch gegenwärtige rechtsextremistische Gewalttaten oder auch von Flüchtlingen verübte Übergriffe weg zu erklären oder zu verharmlosen.

2.1.5 Ekklesiologische Aspekte

„Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“ (Galater 3, 28) Mit diesen Worten hat der Apostel Paulus die Kirche als eine Gemeinschaft beschrieben, in der Unterschiede zwischen Menschen keine Trennung, sondern eine Bereicherung bedeuten. Die Taufe auf Christus schafft eine Gemeinde, in der die Unterschiede zugunsten der Einheit zurücktreten. Der christliche Glaube entfaltet diese verbindende Kraft nicht nur innerhalb der Kirche, sondern auch im Blick auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Unvereinbar damit ist jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sei es, dass sie sich gegen Migranten und Migrantinnen, Menschen jüdischen oder muslimischen Glaubens, Menschen mit Behinderungen, Wohnungslose oder Menschen anderer Prägung richtet.

Wir wissen, dass rechtsextremistische Einstellungen nahezu immer Antijudaismus, Antisemitismus und Israelfeindschaft einschließen. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage des Apostels Paulus für uns entscheidend: „Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich.“ (Römer 11, 18b) Als Christenheit sind wir mit dem Volk Israel unlöslich verbunden. Die Landessynode der ELKB hat daher den Grundartikel der Kirchenverfassung ergänzt: Die evangelisch-lutherische Kirche „ist aus dem biblischen Gottesvolk Israel hervorgegangen und bezeugt mit der Heiligen Schrift dessen bleibende Erwählung“. Mit dieser Ergänzung wird ausgedrückt, dass das Verhältnis von Christen und Juden grundlegend ist für die Gestaltung des kirchlichen Lebens, für Theologie und Unterweisung sowie für die Beziehung und die Begegnung mit Juden und Jüdinnen und ihren offiziellen Repräsentanten.

2.1.6 Fazit

Ein biblisch-theologisch wohl fundierter Glaube ruft alle Christenmenschen und die christliche Kirche zu gelebter Menschenfreundlichkeit Gottes und damit in den Widerspruch und Widerstand gegen alle Formen von Rechtsextremismus. Denn Rechtsextremismus verleugnet und verletzt alle wesentlichen Grundsätze, die das Christentum in anthropologischer und ethischer Perspektive ausmachen: die Gleichheit aller Menschen als Geschöpfe Gottes, ihre Gottebenbildlichkeit, die biblische Ethik der Einfühlung gegenüber Bedürftigen, zu denen die Fremden gehören, die bleibende Erwählung des Volkes Israel, die grundsätzliche Überschreitung von ethnischen und sozialen Grenzen. Die biblische Botschaft verpflichtet zur Gewaltlosigkeit, zu Nächstenliebe und zu Versöhnung und ruft Christen an die Seite derer, die bedroht, herabgewürdigt und ausgegrenzt werden.

2.2 Systematisch-theologische Aspekte

Gelebte Menschenfreundlichkeit Gottes führt zu Widerspruch und Widerstand der Kirche in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Diese geschieht auf Basis der reformatorischen Unterscheidung zwischen „Person und Werk“, also zwischen Menschen und ihren Taten. Jeder Mensch ist Teil der von Gott in Christus versöhnten Schöpfung. Die von Gott zugesprochene Würde bleibt, selbst wenn ein Mensch seiner eigenen Würde durch sein Handeln zu widersprechen scheint. Menschen mit rechtsextremer Haltung zur Umkehr zu ermutigen, ist neben notwendigen repressiven Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung die allererste Aufgabe. Aussteigerprogramme sind dafür der richtige Ansatz.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kann ausgehend von diesen theologischen Grundlagen und den aus ihr hervorgehenden Einsichten gelebter Menschen-

freundlichkeit Gottes nicht nur an einzelnen Stellen, zufällig und beliebig präsent sein. Vielmehr muss diese überall dort erkennbar werden, wo Kirche öffentlich auftritt. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist eine Querschnittsaufgabe kirchlichen Handelns und wesentlicher Teil des kirchlichen „Wächteramtes“, das heißt,

REFLEXION UND VERTIEFUNG

Kirchengeschichte

„Eine glaubwürdige anti-rassistische Theologie muss zunächst anerkennen, dass es auch in der Bibel fremdenfeindliche Züge gibt (zum Beispiel Israel gegenüber Fremdvölkern und Heiden, antijudaistische Tendenzen bei Johannes und Paulus).“
Michaela v. Freyhold/N. Barney Pityana/
Sabine Udodesku: Art. Rassismus: EKL3,
Band 3, Göttingen 1992, Sp. 1435.

Im Jahre 1977 erklärt der Lutherische Weltbund „Rassismus“ zum status confessionis. Damit führt ein rassistischer Standpunkt zum Ausschluss aus der Religionsgemeinschaft der Lutherischen Kirchen. „Aus diesem Grund wurde die Mitgliedschaft von vier weißen deutschsprachigen Lutherischen Kirchen in Namibia und Südafrika ausgesetzt.“ Ebd. Sp. 1438.

Zu „Wacher Zeitgenossenschaft“: „Der selbstständige Umgang mit der Heiligen Schrift, die unbedingte Geltung des Gewissens und ein oft genug mühsam erkämpfter Freimut – diese drei Eigentümlichkeiten ergeben über die Jahrhunderte hinweg das typisch protestantische Profil.“
Klaus Scholder (Hrg.): Protestanten. Von Martin Luther bis Dietrich Bonhoeffer.
Frankfurt am Main 1992, S. 10.

es gehört zur öffentlichen Verantwortung der ELKB in der Gegenwart, dass sie dem Rechtsextremismus widerspricht und widersteht. Das Verschweigen und Ignorieren von rechtsextremen Übergriffen oder Aufmärschen bedeutet, diese zu dulden. Die protestantische Einsicht aber ist, dass Kirche Gesicht zeigen und im Engagement gegen Ausgrenzung und Rassismus als engagierte Kirche erkennbar sein muss.

Daher hat der öffentliche Widerspruch seinen Ort in der Lehre, in der Predigt, in aller Verkündigung und vielen Verlautbarungen der Kirche. Er äußert sich in kirchlichen Beiträgen zur Erinnerungskultur, in Unterrichtsmodellen zur Gewaltüberwindung und zur Annahme der Fremden im Religions- und Konfirmandenunterricht, in der kirchlichen Jugendarbeit und der Diakonie. Der öffentliche Widerstand und die gelebte Menschenfreundlichkeit unserer Kirche konkretisieren sich in allen Handlungsfeldern der ELKB beziehungsweise in allen in dieser Publikation dargestellten Aktivitäten sowie in einer Prüfung des eigenen Sprachgebrauchs.

2.3 Ökumenischer und interreligiöser Dialog

Im Kampf gegen Rechtsextremismus ist die ELKB mit zahlreichen Partnern anderer Konfession und Religion verbunden. Neben der Kooperation mit der katholischen Kirche und weiteren ökumenischen Partnerkirchen besteht ein enger Schulterschluss mit den jüdischen Gemeinden in Bayern, insbesondere in den Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Seit über 50 Jahren setzen diese sich, vertreten durch je einen katholischen, jüdischen und evangelischen Vorstand auf der Basis des biblischen Menschenbildes gegen Rassismus und Antisemitismus und für ein menschenfreundliches und tolerantes Miteinander in der Gesellschaft ein. Muslimische Gemeinden sind vielerorts in diese Aktivitäten

„Jesus will unsere Liebe, ich kann mir kaum einen größeren Gegensatz denken als den zwischen rechtsextremen menschenverachtenden Ideologien und der Idee der Liebe, die Christus in uns pflanzt. Liebt Eure Feinde; tut wohl denen, die euch hassen; segnet, die euch verfluchen; bittet für die, die Euch beleidigen. Dieses Wort Jesu ist so umstürzend, weil aus ihm deutlich wird: Jesus will unsere Liebe zu Opfern von Gewalt und sogar zu den Tätern. Er hasst die Tat und liebt doch den Täter, den er nicht aufgibt, sondern zur Umkehr ruft.“ Regionalbischöfin Dr. Dorothea Greiner, Bayreuth

eingebunden und bringen sich darüber hinaus gemeinsam mit der ELKB in Bündnissen gegen Rechts aktiv ein. Zusammen mit diesen Partnern legt die ELKB Wert auf pro-aktives Handeln und steht Menschen bei, die von Rechtsextremismus betroffen sind. Vertreter und Vertreterinnen jüdischer Gemeinden etwa müssen heute wieder Anfeindungen erleben und werden zur Zielscheibe von Drohbriefen. Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit können durch Aufklärung, Bildung und Begegnungen problemorientiert aufgegriffen und entkräftet werden. Die Beauftragten für den christlich-jüdischen Dialog beziehungsweise für den interreligiösen Dialog und Islamfragen achten auf eine theologische Reflexion des Engagements der ELKB als gesellschaftliche Akteurin in diesem Aufgabenfeld.²

3. Rechtliche Rahmenbedingungen

Von zentraler Bedeutung ist die Betonung der menschlichen Würde in Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Und weiter: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner ‚Rasse‘, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politi-

schen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ (Art. 3, Abs. 3). Über das Grundgesetz hinaus garantiert seit 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) den rechtlichen Schutz vor Diskriminierung.

Im Sinne der „wehrhaften Demokratie“ wird in Deutschland der Verstoß gegen grundlegende Normen des demokratischen Rechtsstaates bestraft. Obwohl politischen Parteien ein hoher Stellenwert innerhalb der bundesdeutschen Demokratie und ihrem Schutz besondere Bedeutung zukommt, können sie (gemäß Art. 21, Abs. 2 des GG) verboten werden, wenn sie darauf abzielen, das Grundgesetz zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder wenn sie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Auf Antrag eines Verfassungsorgans (Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung) kann ein Verbotsantrag gestellt werden. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet dann darüber, ob die Partei für verfassungswidrig erklärt wird. Es gab bisher zwei Parteiverbote: Im Jahr 1952 wurde die extrem rechte „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) verboten, im Jahr

² Kontakt: Dr. Axel Töllner, Beauftragter für christlich-jüdischen Dialog, axel.toellner@elkb.de; Dr. Rainer Oechslen, Beauftragter für interreligiösen Dialog und Islamfragen, rainer.oechslen@elkb.de. Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in München: info@gcjz-m.de; in Nürnberg: gcjz-franken@t-online.de

EIN BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Öffentliche Kirche sein – drinnen und draußen.**Ein Abend im September vor der Lorenzkirche in Nürnberg gegen Rechtsextremismus**

Am Kreuzungspunkt vieler Fußgängerströme in der Nürnberger Altstadt: die Lorenzkirche. Vor der Kirche eine Kundgebung, durchgeführt von der Partei „Die Rechte“. Sie wird vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft. Angemeldet wurde die Kundgebung am Vortag von einem Neonazi, der dem Verfassungsschutz und in der Öffentlichkeit bekannt ist.

„Die Allianz gegen Rechtsextremismus“ in der Metropolregion Nürnberg erfährt von der geplanten Kundgebung. Diese Allianz ist ein Zusammenschluss von circa 230 Landkreisen, Kommunen, Parteien und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Vereinen, darunter ungefähr 60 evangelische und katholische Kirchengemeinden und Dekanate. Gerade noch rechtzeitig bis 13 Uhr am Dienstag meldet die Allianz eine Gegendemonstration an und ruft über die Vertreter ihrer Mitgliedsorganisationen zur Teilnahme auf. Versammlungsleiter ist in diesen Fällen immer einer der fünf Vorstände der Allianz, dieses Mal der Regionalbischof.

Die Netzwerke funktionieren. Innerhalb weniger Stunden wissen die Nürnberger Kirchengemeinden Bescheid. Der Nürnberger Stadtdekan und die Lorenzpfarrerin laden um 18 Uhr zu einem politischen Abendgebet in die Lorenzkirche ein. Dann kommen die knapp 25 rechtsextremen Teilnehmer der Kundgebung auf den abgesperrten Platz. Begrüßt werden sie von den Kirchenglocken, die zum Gebet rufen. Mehr als 140 Menschen sind der Einladung gefolgt, darunter allein 20 Pfarrerinnen und Pfarrer. Kaum verstummen die Glocken, versucht sich der erste Redner von „Die Rechte“ Gehör zu

verschaffen. Er wird übertönt von den etwa 500 Gegendemonstranten: Pfliffe und Musik übertönen jede der unsäglichen menschenverachtenden Aussagen.

Drinnen in der Kirche geht es differenzierter zu: Aus dem Evangelium gewonnene Freiheit macht es möglich, Willkommenskultur und Sorgen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sensibel zu thematisieren und so Orientierung und einen realistischen Blick auf die Herausforderung zu finden. Mitten in einen neuerlichen Redeversuch der „Rechten“ beginnen die großen Glocken zum Vaterunser und zum Segen zu läuten. Dann mischen sich die am Gottesdienst Teilnehmenden unter die bunt gemischten Gegendemonstranten draußen vor der Kirche. Gemeindemitglieder, gewerkschaftlich organisierte Bürgerinnen und Bürger, Mitglieder der verschiedensten Communities in der Stadt, Kommunal- und Bundespolitikerinnen, ein Bürgermeister, mehrere Landtagsmitglieder, Menschen aus dem gesamten demokratischen Spektrum von rechts bis links. Die Kirchen sind dabei mit ihrer Kompetenz und haben eine wichtige Rolle. Zwei Stunden lang sind Stimme, Phantasie und Wortwitz gefragt, um positiv formulierte Parolen zu finden. Eine neue Erkenntnis: Die Artikel des Grundgesetzes lassen sich wunderbar in rhythmisiertes Rufen übersetzen.

Dann ist der Spuk vorüber. Unterschiedlichste „Freundinnen und Freunde des aufrechten Gangs“ haben auf ihre je typische Weise deutlich gemacht, dass menschenverachtende Parolen in ihrer Stadt keinen Platz haben.



Seit Jahrzehnten gelingt es der Stadt Wunsiedel und ihren Partnern, sich kreativ und clever gegen Rechtsextremismus zu positionieren. Die Kirche und ihre Mitarbeitenden sind in vielen Formen beteiligt. *Weiterführende Infos:*
 Broschüre zum Wunsiedler Forum, www.bayern-evangelisch.de/downloads/ELKB-WunsiedlerForum-27-04-14-2014.pdf (13.11.2015)

1956 die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD). Ein erstes Verbotverfahren gegen die NPD scheiterte vor dem Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 aus formalen Gründen (das Gericht lehnte es ab, über die Verfassungswidrigkeit der Partei zu entscheiden, weil festgestellt wurde, dass die Partei von Verfassungsschutzbehörden durchdrungen war). Ein zweites Verbotverfahren wurde im Dezember 2013 vom Bundesrat beantragt, das Hauptverfahren wurde im Dezember 2015 vom Bundesverfassungsgericht eröffnet (bis März 2016 lag noch kein Ergebnis vor).

Die Hürden für ein Verbot von Organisationen jenseits von politischen Parteien sind deutlich niedriger (vgl. GG und §3, 1 VereinsG). Bei Vereinigungen, die in mehreren Bundesländern vertreten sind, ist das Bundesministerium des Inneren zuständig. Es hat beispielsweise die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) verboten, die nie als Partei, sondern als Vereinigung eingestuft wurde. Ist eine entsprechende Vereinigung nur in einem Bundesland vertreten, entscheidet der jeweilige Landesinnenminister. Das Bayerische Innenministerium hat beispielsweise den „Nationalen Block“ (NB) oder jüngst das „Freie Netz Süd“ (FNS) verboten.

Auch verfassungsfeindliche Publikationen können verboten werden (BVerSchG §§3, 4), ebenso politische Aktivitäten, die als „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“ im Strafgesetzbuch aufgeführt sind. Schutzzweck ist hierbei die Bewahrung des demokratischen Rechtsstaats und des politischen Friedens. §85 des Strafgesetzbuchs (StGB) stellt die Fortführung verbotener Organisationen unter Strafe. Mit §86 StGB können Personen, die Propagandamittel verfassungswidriger Organisationen verbreiten, bestraft werden. Damit soll verhindert werden, dass unter dem Deckmantel der Berichterstattung Werbung für verbotene Organisationen betrieben wird. Ebenso ist nach §86a StGB das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen strafbar, auch von solchen, die ihnen „zum Verwechseln ähnlich sind“. §111 stellt die öffentliche Aufforderung zu Straftaten unter Strafe, §129a die Gründung einer terroristischen Vereinigung. Ein großer Anteil der erfassten extrem rechten Delikte fallen unter §130: Verbreitung volksverhetzender Schriften, Billigung, Verharmlosung und Leugnung des Holocausts, öffentliche Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der NS-Gewaltherrschaft (bei Störung des öffentlichen Friedens und Verlet-

FORMULIERUNGSVORSCHLAG

Einlassvorbehalt gegen Rechtsextreme

„Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, zur rechtsextremen Szene gehören oder sich bereits in der Vergangenheit rassistisch, antisemitisch oder anderweitig menschenverachtend äußerten, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen.“³

zung der Würde der Opfer). Im Jahr 2005 wurde der Strafrechtsparagraph § 130 um das Verbot der Verherrlichung nationalsozialistischer Gewalt erweitert und 2009 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Möglich wurde diese Ergänzung durch das Engagement von Bundespolitik, Bürgern und Bürgerinnen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch der Kirche. Fortan können deshalb Neonazi-Aufmärsche in Wunsiedel und an weiteren rechtsextremen Pilgerorten verboten werden. Darüber hinaus kann der Paragraph 131 des Strafgesetzbuches zur Ahndung von „Gewaltverherrlichung“ genutzt werden.

Das Bayerische Versammlungsgesetz ermöglicht, Konfrontationen mit Rassisten, Antisemiten und Rechtsextreme zu vermeiden:

Für den direkten Umgang mit Rechtsextremen inklusive rassistischer und antisemi-

tischer Äußerungen, bei Veranstaltungen und Versammlungen ist das Bayerische Versammlungsgesetz (BayVersG) relevant. Dieses erlaubt den Organisatoren von öffentlichen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen bereits in der Einladung, Personen oder Personenkreisen, die rassistisch, antisemitisch oder rechtsextrem aktiv sind, die Teilnahme zu verwehren (Einlassvorbehalt; Art. 10, Abs. 1 BayVersG).

Auch finden sich im Bayerischen Versammlungsgesetz klare Regeln zum Hausrecht, die es ermöglichen, Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die die Ordnung erheblich stören (etwa bei Zwischenrufen oder bei Gewalttätigkeit), von einer Veranstaltung auszuschließen (Art. 11 BayVersG). Sollten die Störenfriede auf den verbal formulierten Ausschluss von der Veranstaltung nicht reagieren und weiterhin im Saal verbleiben, machen sie sich wegen Hausfriedensbruchs nach § 123 StGB strafbar. Für ihre Entfernung ist dann die Polizei zuständig. Das Hausrecht kann jedoch nicht genutzt werden, nicht aktiv in Erscheinung tretende Rechtsextreme, Rassisten und Antisemiten auszuschließen.

³ Vgl. *weitere Hinweise und praktische Tipps: Landeshauptstadt München. Oberbürgermeister. Fachstelle gegen Rechts extremismus (Hrsg.): Veranstaltungsstörungen durch die extreme Rechte ... und was dagegen hilft. Ein Wegweiser der Landeshauptstadt München für Veranstalterinnen und Veranstalter. München 2014. www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/Literatur-zum-Thema.html (21.12.15).*

KAPITEL II

Rechtsextremismus als Thema der Kirche

1. Begegnung und Umgang mit Rechtsextremismus in kirchlichen Kontexten

Die Diskriminierung bestimmter, als fremd wahrgenommener Personen macht auch vor unseren Kirchengemeinden nicht halt. Interkulturalität und Partizipation von Zuwanderern sind nicht durchweg selbstverständlich. Evangelische Familien, die etwa aus Russland kommen, können von Etablierten als fremd erlebt und ausgegrenzt werden.⁴ Hier sind ein ebenso klares wie behutsames Aufgreifen und Problematisieren der Äußerungen und Verhaltensmuster durch Mitarbeitende und Mitglieder der ELKB gefragt – auch und gerade wenn der rechtsextreme Gehalt den Urhebern selbst nicht bewusst sein sollte. Damit lassen die Bestandsaufnahme und innere Reflexion der ELKB die Sorge erkennen, dass es auch in der Kirche Menschen gibt, die rechtsextreme Einstellungselemente hegen.⁵

1.1 ... bei Veranstaltungen

Meinungsbildungskampagnen und Unterwanderungsversuche von Rechtsextremen sind zwar im kirchlichen Kontext eher selten, aber es gibt sie: zum Beispiel in Form von Diskussionsbeiträgen rechtsextremer Eltern bei Kindergarten-Elternabenden, durch das Wirken „brauner

Öko-Höfe“ im Bereich „Umweltarbeit“ oder bei Diskussionen zum Thema „Asyl“.⁶ Hier greifen Rechtsextreme Themen wie „soziale Gerechtigkeit“, „prekäre Beschäftigung“, „Kinderschutz“, „Kriminalität“ oder „heimische Natur“ auf. Dabei versuchen sie, negative Stimmung gegen ihre – stets personifizierten – Feindbilder zu erzeugen und Anhänger und Anhängerinnen für ihre ideologischen Ziele zu gewinnen.⁷

Beispiel: Sommer 2013

„In einer bayerischen Kleinstadt wird eine russlanddeutsche Frau mit ihren beiden Kindern getauft. Ihr Mann, Russe mit kasachischem Pass, ist bereits orthodox getauft. Ein normaler Vorgang in unseren evangelischen Gemeinden. Die Familie ist engagiert, der Mann geht regelmäßig in den Männerkreis der Gemeinde. Dann besucht er an einem Abend das städtische Volksfest. Kurz danach ist er tot, von Neo-Nazis erschlagen, weil er dort Russisch sprach. Rechtsradikale gefährden nicht allein die Demokratie und richten sich nicht nur gegen Fremde. Sie töten den direkten Nachbarn, auch mitten in unseren Gemeinden.“
Information: 10 Prozent der Mitglieder der ELKB sind Aussiedlerinnen und Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion und deren Kinder, in einigen Gemeinden und Religionsklassen bilden sie sogar einen Großteil oder die Mehrheit der Mitglieder.

*Rückmeldung aus der Gemeinde
Deggendorf, Pfarrer Gottfried Rösch*

KONTAKT pfr.roesch@deggendorf-evangelisch.de

4 Vgl. Rückmeldungen aus HFK 6/Migration.

5 Vgl. u.a. Rückmeldungen aus Gemeinden, aus HFK 2, HFK 3, HFK 4, HFK 5, HFK 6, HFK 7, vgl. auch die Rückmeldungen aus der Frauenarbeit, der kirchlichen Arbeit an den Hochschulen, die Rückmeldungen Jugend (1), sowie die Rückmeldungen von der Jugendsozialarbeit. Eine detaillierte Einstellungsuntersuchung in den Gewerkschaften hat unter den eigenen Mitgliedern und Fachkräften einen nicht unerheblichen Personenanteil mit rechtsextremen Einstellungen empirisch belegt (vgl. Zeuner et al 2005).

6 Vgl. Rückmeldungen vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (kda), vom Umweltbeirat und von den Arbeitsbereichen Kindertagesstätten sowie ländlicher Raum.

7 Vgl. ebenda.

Kirche hilft gegen Neonazis zu mobilisieren

In Oberprex, einem Ortsteil von Regnitzlosau, ging es zu wie bei einer Belagerung, nur mit verkehrten Rollen. Das neonazistische „Freie Netz Süd“ (FNS) verschanzte sich zwar in einem Gasthof, der zu einer Festung umgebaut wurde, schaffte es aber trotzdem, die ganze Stadt zu terrorisieren. Der durch ein Familienmitglied erworbene Gasthof, der „Haus 47“ genannt wurde, diente als Treffpunkt für Rechtsextreme aus der Region und aus ganz Deutschland. Selbst internationale bekannte Rechte kamen zu Besuch. Gleichzeitig war das Haus Sitz eines rechten Online-Handels und der mutmaßliche Ursprung politisch motivierter Taten. So wurden unter anderem einem gegen Rechtsextremismus aktiven Gemeindeglied die Autoreifen zerstochen, andere engagierte Bürger erhielten anonyme Drohanrufe.

Die Anwesenheit der Rechtsextremen wurde von den Einwohnern zunehmend als Belastung empfunden. Das Gefühl der Sicherheit in dem sonst so ruhigen Ortsteil, der nur circa 100 Seelen zählt, war verloren. Jederzeit musste man mit Aktionen der Neonazis rechnen. Die Medien, die nach und nach immer mehr auf den Fall aufsprangen, schienen zunächst nicht zu helfen. Die Rechtsextremen bekamen ein Publikum und Aufmerksamkeit und jeder, der mit Journalistinnen und Journalisten sprach, musste fürchten, selbst zum Ziel der Aggression zu werden. Besonders bedenklich war zudem der Versuch, junge Leute für die Sache des „Freien Netz Süd“, dem größten neonazistischen Dachverband in Bayern, zu gewinnen.

Die Kirchengemeinde Regnitzlosau wollte diesen Entwicklungen entgegentreten. Doch kleineren Gemeinden im ländlichen Raum stehen nur geringe oder gar keine finanziellen Mittel für soziale Arbeit zur Verfügung. In Oberprex gab es keine personellen Kapazitäten für eine Stelle der Jugendarbeit. Mit Hilfe der bayerischen Landessynode konnte eine Partnerschaft gegen Rechtsextre-

mismus zwischen süd- und nordbayerischen Gemeinden angeregt werden. Im Kirchenkreis München erklärten sich darüber hinaus mehrere Gemeinden und Einrichtungen dazu bereit, zunächst für fünf Jahre einen festen Betrag für das Projekt zu spenden.

Es ging um die Einrichtung einer Stelle für eine Fachkraft für Jugendarbeit im Dekanat Hof – dieses Ziel wurde mit vereinten Kräften erreicht. Heute ist eine Diakonin mit dem Auftrag tätig, junge Leute durch und mit dem christlichen Glauben zu unterstützen und gemeinsam Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Doch das war nur eine der kirchlichen Initiativen, weitere „Projekte“ waren unter anderem ein Vortragsabend und ein Solidaritätsgottesdienst. Dieser wurde mit den umliegenden Gemeinden und auch von mehr als 50 Mitchristen aus München mitgestaltet. Die Münchner waren der Einladung der Gemeinde gefolgt und angereist, um sich ein Bild zu machen und längerfristige Bündnisse zu schmieden. Dabei kam es zu einem – zum Glück nicht schwerwiegenden – Zwischenfall: Als diese sich das „Haus 47“ anschauen wollten, bauten sich die schwarz gekleideten Neonazis am anderen Straßenrand gegenüber auf. Spontan fingen die Christinnen und Christen an, Kirchenlieder zu singen.

Durch die investigativen Journalisten, zivilgesellschaftliche Gruppen wie a.i.d.a. (Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München) und auch durch das öffentlichkeitswirksame Engagement der Kirche gelang es, den Bayerischen Landtag zu sensibilisieren. Im April 2012 sprachen sich hier alle Parteien für ein Verbot der Neonazi-Kameradschaft aus. Im Juli 2013 durchsuchte die Polizei schließlich Wohn- und Geschäftsräume der Rechtsextremen, ein Jahr später erfolgte schließlich das Verbot. Die Immobilie in Oberprex wurde beschlagnahmt – seitdem ist wieder Ruhe eingekehrt.

1.2 ... im städtischen und im ländlichen Raum

Rechtsextremismus begegnet in Großstädten und Ballungsräumen wie auch in weniger besiedelten Regionen in jeweils spezifischen Ausprägungen. Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen sind in allen Sozialräumen damit konfrontiert. Fernab von den Großstädten und ihren sozialen Strukturen erhoffen sich Rechtsextreme mitunter bessere Chancen, ihre Orientierungen in den Alltag der Menschen hinein zu transportieren. Deshalb kommt es auch immer wieder zu Ansiedelungsversuchen, wie nachfolgendes Beispiel auf Seite 22 aus Oberprex bei Regnitzlosau zeigt.⁸

1.3 ... in Gestalt von Neonazis

Die bayerische Neonaziszene ist dadurch gekennzeichnet, dass sie einen eindeutigen Bezug zum historischen Nationalsozialismus aufweist. Dies wird allein schon durch die Aktionen im Kalenderjahr – etwa Anknüpfungen an den von den Nationalsozialisten instrumentalisierten Tag der Arbeit (1. Mai) oder den „Frankentag“ – deutlich.

Die Szene ist zudem davon geprägt, dass sie zunehmend seltener offen auftritt. Denn Rechtsextreme wissen zum einen, dass die Menschen ihren Parolen und ihrem Auftreten meist skeptisch gegenüberstehen, und zum anderen, dass sie wegen bestimmter Aktivitäten mit staatlichen Repressionen rechnen müssen. Deshalb nutzen Neonazis codierte Sprache und versuchen, mit ihren Inhalten und Thesen bestehende Strukturen eher unauffällig zu unterwandern und für sich zu nutzen. Gern wählen sie Regionen aus, die besonders vom aktuellen Strukturwandel (abnehmende Bevölkerung, wenig Arbeitsplätze) gekennzeichnet sind und deren Bewohner deshalb größere Pro-

bleme haben, sich gegen die Propaganda und die Aktivitäten der Neonazis zu wehren.

Heute sehen wir gerade in strukturschwachen Gegenden eine besondere Gefährdung von Menschen, die wegen ihrer Herkunft oder Haltung zum Ziel rechtsextremer Aggression werden, besonders auch Flüchtlinge. Hier kann es – auch als Folge des Strukturwandels und seiner Auswirkungen auf die Bürgergesellschaft – Rechtsextremen eher gelingen, Bürgerinnen und Bürger jenseits der rechtsextremen Szene einzubinden (ausführlich zum Thema „Umgang mit Flüchtlingen“, vgl. S. 52 ff).

1.4 ... in Gestalt „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“

Viel häufiger als mit dem organisierten Rechtsextremismus ist Kirche mit dem ideologischen Kern des Rechtsextremismus konfrontiert: mit feindlichen Einstellungen gegenüber bestimmten Menschen, die als „nicht-dazugehörig“ und „minderwertig“ betrachtet werden. Eine diskriminierende Abwertung erfolgt, weil der jeweils einzelne Mensch einer angeblich minderwertigen Gruppe zugeordnet wird, die als Gegensatz oder Kontrast zur eigenen Gruppe wahrgenommen wird. So betreffen etwa rassistische oder antisemitische Vorurteile einzelne Menschen und ganzen Gruppen. Diskriminierungen können von verbalen Attacken, über stillschweigende Benachteiligungen bis hin zu klarer Ausgrenzung und gewalttätigen Ausschreitungen reichen. Wichtig ist, dass Kirche das Problemfeld der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit thematisiert, und dass dort, wo entsprechende Probleme auftauchen, diese sensibel, aber nachhaltig angesprochen werden.

Die jüngere Forschung sieht im Phänomen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit den Grundstock rechtsextremer Überzeugungen. Jedoch muss ein Antisemit nicht immer auch ein Rechtsextremer sein; ein Rechtsextremer ist aber stets Antisemit. Aller-

⁸ Vgl. auch Rückmeldungen aus der HFK2 / Aussiedlerarbeit.



Start zum Nürnberger Friedenslauf 2008
FOTO: PETER REUTER

Vorurteile verbreitet

„Der hat zu mir Neger gesagt! Was fällt dem ein? Ich bin Deutscher“, „Die ist Zigeunerin. Da musst Du aufpassen! Die klauen“. Oder: „Der Islam ist gefährlich, dem kann man nicht trauen.“

Das sind nur einige der Beispiele von vorurteilshaften Äußerungen, wie sie immer wieder auch kirchlichen Mitarbeitenden begegnen. Ein weiteres Beispiel aus einer Gemeinde: „Ihr gehört nicht hierher!“, sagten engagierte Ehrenamtliche im Gemeindehaus zu einem russischsprachigen Kind, das in der bayerischen Gemeinde getauft wird, den Kindergottesdienst besucht und den Religionsunterricht liebt.

Zitate aus Rückmeldungen von Gemeinden aus der HFK3

dings wird von einem geschlossenen rechts-extremen Weltbild erst dann gesprochen, wenn politische Einstellungselemente wie Autoritarismus und Führerkult hinzukommen.

1.5 ... bei Kindern und Jugendlichen

Eine Befragung der ELKB legt offen, dass unsere Mitarbeitenden immer wieder vorurteils-behaftete Äußerungen feststellen, sogar bei Grundschulkindern (siehe Kasten links).⁹

Diese Berichte zeigen, dass Kinder bereits in Kindertageseinrichtung und Grundschule verletzenden Äußerungen und rassistischen Anschuldigungen ausgesetzt sein können. Allerdings: Diejenigen Kinder, die Vorurteile äußern, denken noch nicht in politischen Kategorien. Sie formulieren etwas, was sie von ihren Eltern oder anderen Bezugs-

⁹ Vgl. u.a. die Rückmeldungen insgesamt.

personen übernommen haben: ausgrenzende Vorurteile.

In der Phase der Pubertät, wenn Heranwachsende auf der Suche nach Orientierung und einer persönlichen Identität sind, können die politische Ideologie des Rechtsextremismus und der Anschluss an eine rechtsextreme Gruppierung für Jugendliche zur Option werden. Unsere Befragung zeigt, dass kirchliche Fachkräfte im Umgang mit Jugendlichen, in der Schule und besonders deutlich in der eher ungezwungenen Atmosphäre der Konfirmandenarbeit und der Jugendsozialarbeit mit dem Thema „Rechtsextremismus“ konfrontiert werden – sei es, dass einzelne Jugendliche rechte Parolen äußern, dass sie rechtsextreme Symbole auf ihre Materialien malen oder dass sie Musik und damit verbundene Texte rechtsextremer Gruppen, also entsprechendes Liedgut, hören.

Während rassistische und antisemitische Vorurteile in allen Gruppen artikuliert werden, sind es häufig jedoch gerade besonders unterstützungsbedürftige Jugendliche, die rechtsextreme, gewaltaffine Orientierungen attraktiv finden.¹⁰ Inhaftiert wegen rechtsextremer Delikte in Justizvollzugsanstalten sind vor allem Personen, die keinen Schulabschluss, keine Ausbildung und keine Arbeit haben und die bereits als Kinder Verwahrlosung oder Gewalt in der Familie erleben mussten.¹¹ Aber auch jenseits solcher Problemgruppen können junge Menschen in die Fänge von rechtsextremen Organisationen und Schulungsgruppen geraten. Sie können dort Freundschaften knüpfen und dann die Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene als positiv empfinden.¹²

¹⁰ Vgl. die Rückmeldungen aus HFK 2, HFK 3, HFK 4, HFK 5, HFK 6, HFK 7. (insbesondere: Evangelische Schulen, Religionsunterricht, Konfirmand/inn/en, Rücklauf Diakonie (1), Rücklauf Diakonie (2) / Bammessel, Rücklauf ejsa, Rücklauf Aussiedlerarbeit).

¹¹ Vgl. Rückmeldungen aus der HFK 4 (Gefängnisseelsorge), vgl. auch Wahl 2003.

¹² Vgl. Artikel Buhl, Rücklauf HFK 3, Rücklauf Fachakademie für Sozialpädagogik Hof/Saale, Nanne Wienands.

Seelsorge handelt

„Die Seelsorge kann versuchen, das Selbstwertgefühl der Betroffenen zu stärken, ihnen neue Ziele und Aufgaben zu eröffnen. Sie kann an der Ideologie arbeiten, indem sie diese mit dem christlichen Lebens- und Menschenbild ins Gespräch bringt. Sie kann helfen, im Fremden das Eigene zu entdecken.“

*Rückmeldung aus dem Arbeitsbereich
Gefängnisseelsorge*

Die betroffenen jungen Menschen sind zumeist auf der Suche nach Normen, Werten und Identifikationsfiguren. Hier liegt das Potential von kirchlicher Arbeit: Unsere Werte sind stark und stärkend, dabei haben wir ein positives, offenes und versöhnendes Menschenbild, das Menschenfreundlichkeit einfordert.

1.6 ... bei der älteren Generation

Rechtsextremismus und rassistische Vorurteile sind aber keineswegs nur ein Problem der jungen Generation. Wenngleich Gewalt auf der Straße vor allem von Jugendlichen verübt wird, sind rechtsextreme Einstellungen wie Antisemitismus, Rassismus und Autoritarismus besonders bei der ältesten Generation, die zur Zeit des Nationalsozialismus sozialisiert oder geboren wurde, verbreitet. Mit den Generationen nehmen rechtsextreme Einstellungen eher ab.¹³

Auch die innerkirchliche Bestandsaufnahme deutet darauf hin, dass gerade die Altenhilfe besonders stark mit ausgrenzenden Vorurteilen zu tun hat. Hier gibt es Menschen,

die festgefahrene, intolerante oder feindselige Überzeugungen gegenüber bestimmten Menschengruppen haben. Diese Meinungen werden zum Teil freimütig Mitarbeitenden mitgeteilt und können sich im Einzelfall auch in der offenen Ablehnung von beispielsweise denjenigen Pflegekräften zeigen, deren Aussehen sie als fremd empfinden.¹⁴

1.7 ... in Hochschule und Diakonie

Es gilt sich zu verdeutlichen: Rechtsextreme Tendenzen können in allen kirchlichen Bereichen auftreten.¹⁵ So etwa auch in der Hochschul- und Studierendenarbeit, wenn beispielsweise auf kirchlichen Wohnungsbörsen Vermieter ihren Wohnraum nicht an afrika-

Auseinandersetzung der ELKB mit Rechtsextremismus

„Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB) ist davon überzeugt, dass hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus Personen oder auch Institutionen erst dann Teil der Lösung werden können, wenn sie akzeptieren, dass sie Teil des Problems sind.

Die ELKB will gemeinsam mit anderen dieses Selbstverständnis fördern. Diese Form der Selbstreflexion und des Sich-selbst-Fragens beziehungsweise In-Frage-Stellens ist wesentlich für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. So wird eine moralische (Selbst-)Überhöhung vermieden und deutlich gemacht, dass nicht mit dem Finger auf andere gezeigt wird, die ein Problem haben, wovon man selbst frei sei. Letztendlich sind wir davon überzeugt, dass dieser Verzicht auf eine moralische Anklage und das Bewusstsein, selbst Problemträger zu sein, bei Anderen die Bereitschaft stärken, sich mit den eigenen Einstellungen und Haltungen auseinander zu setzen.

Die ELKB achtet und respektiert, dass es sehr unterschiedliche Grundlagen gibt, sich gegen

die menschenverachtende Ideologie des Rechtsextremismus zu stellen. Diese Grundlagen können politischer, weltanschaulicher, humanistischer und eben auch religiöser Natur sein. Eine Wertung oder Bewertung in gute und weniger gute Motive steht niemandem zu und ist nicht zielführend. Wir kooperieren als ELKB mit staatlichen, ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, denn diese sind durch den Rechtsextremismus bedroht und damit aufgerufen, sich gegen ihn zur Wehr zu setzen. Dabei nutzen wir als ELKB die Doppelstruktur von Kirche: Kirche ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts, als so genannte Amtskirche, ein adäquater Partner für die staatliche Politik. Gleichzeitig ist Kirche aber auch ‚Kirche vor Ort‘. Sie ist in ihren Gemeinden und deren Gruppen oder in ihren Verbänden Teil der Zivilgesellschaft. Dort ist sie regional vernetzt und auf der Handlungsebene aktiv. Es gilt für die Kirche, diese Spannung zwischen ‚Amtskirche‘ einerseits und ‚Kirche vor Ort‘ andererseits auszuhalten und damit in eine konstruktive Balance zu bringen.“

Kriterien der ELKB für die Partnerauswahl in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

KONTAKT Martin Becher / Reiner Schübel; becher@ebz-alexandersbad.de; reiner.schuebel@elkb.de

WEITERFÜHRENDE INFOS vollständiges Dokument im Intranet der ELKB: www2.elkb.de/intranet/node/8494

*„Dietrich Bonhoeffer hat Jesus Christus als den Menschen für Andere und die Kirche als Kirche für Andere beschrieben. Kirche für Andere sind wir, wenn wir uns einmischen und dem Rad der fremdenfeindlichen Menschenverachtung mit Zivilcourage in die Speichen fallen. Kirche für Andere sind wir, wenn wir den gewalttätigen Fremdenhass als das sichtbar machen, was er ist: Barbarei. Kirche für Andere sind wir, wenn wir den Mut haben, uns aus unserer gedankenlosen Dickfelligkeit herauszubekommen und dem Ungeist landläufiger Vorurteile gegenüber dem Fremden die Stirn zu bieten. Dickfelligkeit, Blindheit und fehlende Entschlusskraft, den eigenen Verstand menschenfreundlich zu gebrauchen, sind die natürlichen Feinde nicht nur einer zivilisierten humanen Gesellschaft, sondern auch einer Kirche für Andere. Wir können uns nur dann zu Recht als christliches Abendland bezeichnen, wenn wir uns im Geist Jesu Christi, des Menschen für Andere, radikal einmischen, reden und handeln.“*²⁰

Dr. Annekathrin Preidel, Präsidentin der Landessynode

13 Vgl. Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler: *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Leipzig: Universität Leipzig 2014; Andreas Zick und Anna Klein: *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Hrsg. v. Ralf Melzer für die FES. Bonn: Dietz 2014.

14 Vgl. *Rückmeldungen aus der Diakonie 2013/Interview Bammessel*.

15 Vgl. *Rückmeldungen aus HFK 2, HFK 3, HFK 4, HFK 5, HFK 6, HFK 7*. (insbesondere: Sport, Ev. Schulen, Religionsunterricht, Konfirmandenarbeit, *Rückmeldungen aus Diakonie (1) und (2) / Bammessel, Rücklauf ejsa, Artikel Wolff, Gefängnisseelsorge, ländlicher Raum*).

16 Vgl. *Rückmeldungen der kirchlichen Arbeit an den Hochschulen*, Pfr. Dr. Daniel Wanke.

17 Vgl. *Rückmeldungen aus HFK 2, HFK 3, HFK 4, HFK 5, HFK 6, HFK 7*. (insbesondere: Sport, Ev. Schulen, Religionsunterricht, Konfirmandenarbeit, *aus Diakonie (1) und Diakonie (2) / Bammessel, Rücklauf ejsa, Artikel Wolff, Gefängnisseelsorge, ländlicher Raum*).

18 Vgl. u.a. *Rückmeldung Diakonie 2013 / Bammessel*.

19 *Grußwort Präsidentin der Landessynode Dr. Annekathrin Preidel zur Veranstaltung „Lückenlose Aufklärung ...“ am 18. November 2014*.

nische Studierende vergeben wollen, sondern fordern, diese von ihrem Angebot auszuschließen.¹⁶ Diese Klage der Diskriminierung wird auch in Beratungsgesprächen der Diakonie hörbar.¹⁷

2. Die Haltung der ELKB

Rassistische Äußerungen, gruppenbezogene Abwertungen und rechtsextreme Ideologien widersprechen christlichen Überzeugungen fundamental. Sie richten sich gegen Menschen, die Teil unserer Gesellschaft, Teil von Kirche, Teil unserer Welt sind: beispielsweise gegen Flüchtlinge oder Menschen mit Behinderung. Sie widersprechen dem christlichen Gebot der Gottes- und Nächstenliebe. Letztlich richten sie sich gegen alle, die nicht den „völkisch-deutschen“ Vorstellungen der Rechtsextremen entsprechen.¹⁸

Erforderlich ist eine eindeutige, informierte und kompetente Haltung. So ist es unabdingbar klarzustellen, dass die Grenze des verständnisvollen Umgangs erreicht ist, wenn Menschen sich im zwischenmenschlichen Umgang diskriminierend verhalten oder ihre menschenverachtenden Einstellungen im öffentlichen Raum und in Gruppen offen äußern. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen als minderwertig betrachtet werden und sich in Einrichtungen der Kirche oder in Einrichtungen, in denen Kirche aktiv ist (zum Beispiel Schulen), vor verbalen und körperlichen Übergriffen fürchten müssen. Hier müssen die Verantwortlichen offen markieren: Solche Verhaltensweisen und Äußerungen widersprechen dem christlichen Geist und haben in einer kirchlichen Einrichtung und auch sonst keinen Platz.²⁰

Damit zeigt sich, dass Rechtsextremismus kein Phänomen ist, das sich auf einige wenige junge Gewalttäter oder alte Ideologen beschränken lässt, sondern eines, das uns auch im Alltag begegnet und das einer ständigen Auseinandersetzung, auch mit uns selbst, bedarf. Hierbei will und kann die ELKB helfen.

3. Das Engagement der ELKB

3.1 Historische Perspektive

Aufgrund ihres Engagements für den Menschen richtet sich die ELKB gegen Menschenverachtung in der Gegenwart und setzt sich kritisch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinander. In Bayern hat sich die Wirkungsmacht des Nationalsozialismus in den 1920er und 30er Jahren entfaltet, die gesamte Gesellschaft wurde „gleichgeschaltet“. Hier befanden sich die „Hauptstadt der Bewegung“ (München), die Hitlers Aufstieg erst ermöglichte, und die „Stadt der Reichsparteitage“ (Nürnberg). Gerade protestantische Hochburgen waren stark

Jugendhaus auf dem Hesselberggipfel

Mit der Weiterführung des Jugendhauses seit 2014 will man nun jungen Menschen Themen wie unter anderem „Nachhaltige Entwicklung“ sowie „Prävention gegen Rechtsextremismus“ näherbringen. Durch die Vermittlung des christlichen Menschenbildes soll der Einzelne in seinem Glauben und seiner moralischen Persönlichkeit gestärkt werden. Dadurch sollen demokratisches Denken, Respekt und Verantwortung für den Anderen gefördert werden. Seit dem 1.10.2015 ist Thomas Strauß bei der Evangelischen Landjugend als Jugendbildungsreferent angestellt und dem Evangelischen Bildungszentrum Hesselberg zugeordnet. Er erarbeitet aktuell ein pädagogisches Programm für Schulklassen und Konfirmandengruppen, das dann praktisch umgesetzt werden soll.

KONTAKT Thomas Strauß, info@ebz-hesselberg.de

WEITERE INFOS www.vhs-hesselberg.de

nationalsozialistisch geprägt, so etwa Ansbach, Bayreuth und Coburg, die Stadt, die bereits 1931 einen Nationalsozialisten als Oberbürgermeister hatte und ein Jahr darauf Adolf Hitler zum Ehrenbürger ernannte. Evangelische Christen trugen mit dazu bei, dass sich rechts-extremistisches und antisemitisches Gedankengut verbreitete. Am Hesselberg, inmitten des protestantischen Westmittelfranken gelegen, fanden die „Frankentage“ statt, eine Miniaturausgabe der Reichsparteitage, organisiert vom Gauleiter und „Stürmer“-Herausgeber Julius Streicher, einem der aggressivsten Antisemiten des NS-Regimes.

²⁰ Vgl. Rückmeldung Diakonie 2013 / Bammessel.

„Was wir ins gesellschaftliche Bewusstsein zu bringen haben, sind energische, aufrechte, geistreich-freche Alternativen zu dem braunen Spuk, den Ewiggestrige und Neonazis veranstalten wollen. Wir brauchen Hochachtung und Respekt vor Zivilcourage! Wir als Christenmenschen sollen ein wild entschlossenes, hoffnungsvolles Ja zum Leben sagen in der ganzen Vielfalt, in der Gott es gemeint und geschaffen hat (...) Menschenverachtung ist nicht salonfähig. Wir brauchen jeden Tag Mut zum klaren Widerspruch.“

Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler, München

Unter dem Motto „Kein Bauer wählt mehr braun“ entschied die ELKB in der jungen Bundesrepublik, jungen Erwachsenen auf dem Land Bildung anzubieten. Mit dem Ziel, ihnen Orientierung und Werte für das eigene Leben zu vermitteln, wurde 1951 die Evangelisch-Lutherische Volkshochschule Hesselberg, das heutige Evangelische Bildungszentrum Hesselberg, gegründet. Der Hesselberg wurde dafür ganz bewusst von dem Gründungskreis um den Diethofer Pfarrer Leonhard Winter, aber auch von der ELKB ausgewählt, weil man vor der braunen Vergangenheit des Berges nicht zurückschrecken, sondern von dem Ort aus, an dem (auf der Osterwiese) zwischen 1928 und 1939 die so genannten Frankentage unter Julius Streicher stattfanden, positive Kräfte entfalten wollte. So wird dem nationalsozialistischen Ungeist der Geist der Kirchentage entgegengesetzt.

Seinerzeit hatten viele Pfarrer leider eine ambivalente Haltung zum Nationalsozialismus. Nicht alle teilten die Aussage des Stuttgarter Schuldbekennnisses des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 19. Oktober 1945, in dem eine Mitschuld evangelischer Christen an den Verbrechen des Nationalsozialismus bekannt wurde. Deshalb setzte die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im bundesrepublikanischen Vergleich relativ spät ein; dies gilt für die Politik

Kritische Auseinandersetzung mit der lokalen NS-Geschichte 1

In Rothenburg ob der Tauber bemüht sich die Gemeinde um die Umbenennung der Ludwig-Siebert Straße. Kirche trägt hier zur Aufklärungs- und Bildungsarbeit über den Nationalsozialisten und Ministerpräsidenten Bayerns während der Nazizeit bei. Rechte Aktivisten wandten sich gegen die Umbenennung. Nach Beratungen des Stadtrates, intensiver Diskussion inklusive vieler Leserbriefe stand das Ergebnis fest: Die Straße ist im Herbst 2015 in „Obere Bahnhofstraße“ zurückbenannt worden.

KONTAKT Dr. Oliver Gußmann, Evangelische Kirchengemeinde St. Jakob, Rothenburg ob der Tauber, gaestepfarrer@rothenburgtauber-evangelisch.de

WEITERE INFOS www.rothenburg-unterm-hakenkreuz.de

im Freistaat, aber auch für die Kirche, die sich lange Zeit schwer damit tat, diejenigen hervorzuheben, die kraftvoll dem christlichen Glauben anhängen und das christliche Doppelgebot der Liebe wahren.

Kritische Auseinandersetzung mit der lokalen NS-Geschichte 2

Die Geschichte des FrauenWerks Stein ist einerseits durch die Gründungszeit und andererseits durch den Ort unweigerlich mit dem Nationalsozialismus verbunden und konfrontiert – was heute als Ausgangspunkt für kritisches Engagement genutzt wird. Die Gründung des Bayerischen Mütterdienstes reicht in das Jahr 1933 zurück, und auch wenn sie nicht direkt durch den Nationalsozialismus angeregt oder bedingt war, so entsprach sie doch den Idealen der Zeit und wurde anfangs durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten begünstigt und gefördert. Andererseits reicht die Nutzung des Gebäudekomplexes in Stein in das Jahr 1946 zurück, das – ursprünglich als

Heim der Hitler Jugend (HJ) gebaut – von den Alliierten für den Mütterdienst freigegeben wurde. Im Jahr 2014 wurde vor dem Hintergrund dieser historischen Umstände gemeinsam mit dem Bayerischen Bündnis für Toleranz und in Anwesenheit von Landesbischof Bedford-Strohm eine Informations- und Gedenktafel angebracht. Begleitend werden die historischen Ursprünge mit der Frage nach gegenwärtigen Entwicklungen der Menschenfeindlichkeit im Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen Lebens aufgearbeitet.

KONTAKT Isolde Heine-Wirkner (alternativ: Dr. Andrea König), Frauenwerk Stein, info@frauenwerk-stein.de

Heute gelingt es der Kirche besser, dem Erbe von lutherischen Theologen und Widerstandskämpfern wie Dietrich Bonhoeffer, Karl Steinbauer und anderen mutigen Menschen gerecht zu werden. Ihnen werden Veranstaltungen gewidmet, bei denen sich Christen und Christinnen aktuellen Herausforderungen stellen. Dabei gilt es, neue Formen der politisch-historischen Bildungs-, Erinnerungs- und Gedenkarbeit zu finden, nicht zuletzt, weil es immer weniger Zeitzeugen und -zeuginnen gibt. Mit dem „Bonhoeffer-Gedenken“ im April 2015 hat die Evangelische Jugend in Bayern einen entsprechenden Beitrag geleistet.²¹ Die Internationale Bonhoeffer-Gesellschaft unterstützt theologische Wissenschaft und lädt zu Bonhoeffer-Gedenkortern auch in Bayern ein, so etwa in die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg (www.gedenkstaette-flossenbuerg.de).

In der Debatte um eine angemessene Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gab es auf ausdrücklichen

Wunsch von Häftlingen in den 1960er Jahren von Seiten der evangelischen Kirche Überlegungen, auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau einen meditativen Ort einzurichten. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wollte ein Zeichen setzen, mit Rücksicht auf den eigenen weithin unterbliebenen Widerspruch zum Nationalsozialismus. Der Vorschlag für ein Sühnekreuz auf dem KZ-Gelände konnte die Überlebenden überzeugen. So entstand 1967 in Trägerschaft der EKD die „Versöhnungskirche“ auf dem ehemaligen KZ-Gelände. Der erste Prediger der Versöhnungskirche Dachau war Pastor Martin Niemöller, einst selbst Gefangener im KZ Dachau. Mit Edmund Stoiber besuchte im Jahr 1995 erstmals ein bayerischer Ministerpräsident ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende offiziell eine KZ-Gedenkstätte. Die Auseinandersetzungen um ein angemessenes Gedenken in Dachau dauerten bis in das 21. Jahrhundert an.

Projekt „Gedächtnisbuch“ der evangelischen Versöhnungskirche Dachau

Der Grundgedanke des preisgekrönten Projekts ist, den mehr als 200.000 Häftlingen und über 40.000 Toten einen Namen zu geben und die Hintergründe ihrer Verfolgung für unsere Gegenwart lebendig werden zu lassen. Dafür werden jedes Jahr am 22. März, dem Jahrestag der Errichtung des Konzentrationslagers Dachau, neue biografische Gedächtnisblätter vorgestellt. Angehörige ehemaliger Häftlinge, Schülerinnen und Schüler sowie engagierte Personen haben sie verfasst. Die Wanderausstellung „Namen statt Nummern“ mit ausgewählten Biografien begleitet das Projekt und kann ausgeliehen werden.

KONTAKT info@gedaechtnisbuch.de

WEITERE INFOS www.gedaechtnisbuch.de

Doch Rechtsextremismus endet nicht mit dem Nationalsozialismus. Das zeigt eindringlich die jüngere Geschichte des Rechtsextremismus in Bayern, die bis in die Gegenwart hineinreicht. Besonders offensichtlich ist aktueller Rechtsextremismus durch einschlägige Morde und Anschläge: etwa das Oktoberfest-Attentat (1980), der Mord an dem Verlegerehepaar Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen (1980), der tödliche Brandanschlag von Schwandorf (1989), der vereitelte Anschlag auf die Grundsteinlegung der Synagoge in München (2003) und die Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ in Nürnberg (2000, 2001 und 2005) und München (2001 und 2005).

²¹ Vgl. Rückmeldung *Evangelische Jugend* (Hans Schlicht).

²² Britta Schellenberg: „Neonazi-Kameradschaften“ und „Neonazismus“, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 5. *Organisationen, Institutionen, Bewegungen*, de Gruyter, Saur: Berlin 2012, S. 443–445, 445–447.

Rechtsextreme Aggression manifestiert sich durch die Aktivitäten einer Reihe einschlägiger Organisationen und Internetpräsenzen; die dahinter stehenden Personen weisen mehr Kontinuität auf als ihre Namen oder ihre Organisationsform: rechtsextreme, aggressiv-gewalttätige Vereinigungen wie die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die „Kameradschaft Süd“, die „Fränkische Aktionsfront“, das „Freie Netz Süd“, „Die Rechte“ und „Der III. Weg“.²² Mit entsprechend organisierten Personen können Gemeinden vor Ort konfrontiert werden. Einer

Der Wilhelm Freiherr von Pechmann-Preis

Der Preis fördert die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus. Ausgezeichnet werden herausragende Leistungen vor allem zur damaligen Rolle der Kirche in der historisch-wissenschaftlichen Forschung oder in Bildungsarbeit und Publizistik. Außerdem können überzeugende Beispiele für Gemeinsinn und Zivilcourage in der Gegenwart ausgezeichnet werden. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis wurde zum Gedächtnis an Wilhelm Freiherr von Pechmann (1859-1948) gestiftet, dem ersten gewählten Präsidenten der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Pechmann war entschiedener Gegner des „Dritten Reiches“ und bekleidete – neben seinem Hauptberuf als Direktor der Bayerischen Handelsbank – zahlreiche nationale und internationale kirchliche Ehrenämter. Der Preis würdigt seine besonderen Verdienste um Humanität und Recht, Christentum und Kirche und sein Eintreten für die verfolgten Juden.

KONTAKT Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler, Vorsitzende der Jury regionalbischoefin.muenchen@elkb.de

„Die Herausforderung ist klar: Alle menschenfeindlichen Einstellungen der Gesellschaft aufdecken, wahrnehmen, dagegen streiten, aufklären. Rassismus und Antisemitismus beim Namen nennen, da wo er aufkommt. Und dafür werben, dass ein Zusammenleben, in dem alle Menschen einander achten, ein viel glücklicheres Leben ist.“

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm

breiteren Öffentlichkeit bekannter sind Parteien wie die NPD, „Die Republikaner“ und die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die im Nürnberger und Münchner Stadtrat vertreten und die deshalb stärker in den Medien präsent sind.

3.2. Politisch-gesellschaftliche Perspektive

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts entwickelte sich der Wunsch in der ELKB, sich mit anderen gesellschaftlichen Akteuren stärker zu vernetzen, um gemeinsam Aktivitäten gegen

Die Initiative „!Nie Wieder“

Die Initiative „!Nie Wieder“ ist ein Bündnis aus Einzelpersonen, Fangruppen und Fanprojekten, Vereinen, Verbänden und Institutionen aus dem Fußball, das der Überlebenden und deren Familienmitgliedern sowie ehemaliger jüdischer Fußballspieler und Funktionäre gedenkt und sich für eine würdige Gedenkkultur sowie für ein Stadion ohne Diskriminierung einsetzt. Die Initiative wurde am 27. Januar 2004 in der Evangelischen Versöhnungskirche, KZ-Gedenkstätte Dachau gegründet; die Anregung dafür kam aus Italien. Am „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ werden dann Texte gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Stadion verlesen und durch eine Fülle von Aktionen im und um das Stadion begleitet. Die Versöhnungskirche



bietet neben Rundgängen auch kostenlose Führungen mit Schwerpunkt Fußball an. So besteht eine Möglichkeit, sich in besonderer Weise über den Fußball mit diesem bis heute aktuellen Thema zu beschäftigen. Weiterhin stellt sie die Ausstellung „Kicker, Kämpfer, Legenden“ – Juden im deutschen Fußball“ kostenlos zur Verfügung.

KONTAKT Diakon Klaus Schultz kl.schultz@t-online.de; info@versoehnungskirche-dachau.de

WEITERE INFOS www.versoehnungskirche-dachau.de



Jubiläumsfeier des Bayerisches Bündnisses für Toleranz 2015 in Augsburg FOTO: THOMAS WITZGALL

rechtsextreme Einstellungen, Haltungen und Handlungen zu entwickeln und damit für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz zu werben. Zusammen mit der katholischen Kirche entstand die Idee, ein Bayerisches Bündnis gegen Menschenverachtung zu initiieren, das schließlich den Namen „Bayerisches Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ erhielt.

Das Bündnis wurde im Jahr 2005 vom Erzbistum München und Freising, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, dem Deutschen Gewerkschaftsbund Landesbezirk Bayern und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern gegründet. Das Bündnis setzt sich gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus ein, weil diese Phänomene den Einzelnen, die Gesellschaft und den Staat - und damit den gesellschaftlichen Frieden bedrohen.

Um Privatpersonen und Unternehmen die Möglichkeit zu geben, sich deutlich gegen Rechtsextremismus und im Verbund eines starken Partners zu engagieren, wurde von einzelnen Personen aus der Mitte des Bündnisses heraus im Jahr 2011 der „Bayerische Verein für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde“ gegründet. In diesem Verein können zum einen Privatpersonen Mitglied werden, aber auch Organisationen oder Unternehmen, die die Aufnahmekriterien des Bündnisses nicht erfüllen, also zum Beispiel nicht bayernweit tätig sind.

Die ELKB ist insgesamt fast flächendeckend in den Bündnissen gegen Rechtsextremismus vertreten und bildet gemeinsam mit anderen Religionsgemeinschaften und den Gewerkschaften deren Rückgrat. Sie übernimmt Verantwortung dafür, dass diese Bündnisse vor Ort arbeitsfähig sind, und ist darin ein kontinuierlicher und verlässlicher Partner.



Regionalbischof Stefan Ark Nitsche bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Neonazi-Terrors am 10. Dezember 2011 auf dem Kornmarkt in Nürnberg

FOTO: ALLIANZ GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN DER METROPOLREGION NÜRNBERG

Bayerisches Bündnis für Toleranz

Die bayerische Landeskirche nimmt eine führende Rolle im immer weiter wachsenden Bündnis ein. Als Nachfolger von Landesbischof Johannes Friedrich ist Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm Sprecher der mittlerweile insgesamt 50 Bündnismitglieder. Die Geschäftsstelle des Bündnisses ist im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad angesiedelt. Das Bündnis entfaltet eine Vielzahl an Aktivitäten, unter anderem findet jährlich eine große Tagung zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen, etwa zur Handlungsfähigkeit gegen Rechtsextremismus, in Wunsiedel statt. Infolge einer deutsch-tschechischen Tagung und einer intensiven transnationalen Diskussion hat das Bündnis im September 2015 den Sammelband „Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus“, herausgegeben von Britta Schellenberg und Martin Becher, in der renommierten Reihe „Non-Formale Politische Bildung“ des Wochenschau-Verlags vorgelegt. Das druckfreie Buch wurde am 30. September 2015 beim halbjährig stattfindenden Bündnis-Treffen in der Evangelischen Akademie Tutzing vorgestellt.

KONTAKT Martin Becher, becher@ebz-alexandersbad.de

WEITERE INFOS www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de



Abstimmung in der Landesversammlung der Evangelischen Landjugend, Pappenheim, Herbst 2010. Demokratische Strukturen sind wichtige Lernfelder für Demokratie.

FOTO: MANFRED WALTER

Dass es zahlreiche Menschen gibt, die dem Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus etwas entgegensetzen wollen und sich für Menschenrechte und Respekt einsetzen, zeigt das breite zivilgesellschaftliche Engagement nach der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ und gegen islamfeindliche und flüchtlingsfeindliche Hetzemonstrationen in Großstädten. Als einige Hundert PEGIDA („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“)-Nachahmer unter dem Namen „MÜGIDA“ in München gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ auf die Straße gingen, standen sie einer über 20.000-köpfigen Demonstration unter dem Motto „Platz da! Für Vielfalt und Miteinander“ gegenüber. Auch hier hat die ELKB Gesicht ge-

zeigt und klar Stellung bezogen: Die Münchner Stadtdekanin Barbara Kittelberger hielt anlässlich der PEGIDA-Demonstration eine Rede, durch die sie „ein Zeichen der Klarheit und Solidarität gegen die diffusen und oft unhaltbar menschenverachtenden PEGIDA-Aufmärsche“²³ setzte. Sie schloss ihre Rede mit den Worten: „Wir sagen Nein zu jeder Form von Hetze und Gewalt“ und „kein Mensch, keine Frau, kein Mann, kein Kind darf an Leib und Seele verletzt werden. Jeder Mensch soll Schutz finden. Fürchtet euch nicht – diese Weihnachtsbotschaft tragen wir in die Welt.“²⁴

Wir stehen jetzt vor der Herausforderung, die Präsenz von Kirche in den ländlichen Räumen zu ermöglichen. Regelstrukturen sind gerade für Menschen in schwierigen gesellschaftlichen Situationen wichtig, die wir verstärkt in ländlichen Regionen vorfinden. Hinsichtlich des Rechtsextremismus kann Kirche hier eine unersetzliche präventive Wirkung herstellen.

²³ Rede Stadtdekanin Barbara Kittelberger, 2014.

²⁴ Ebenda.

Runder Tisch

Zur Institution ist der seit 2011 bestehende „Runde Tisch ELKB und Rechtsextremismus“ für unsere Landeskirche geworden. Er tagt halbjährlich und umfasst rund 30 Personen. Hier findet ein regelmäßiger gegenseitiger Informationsaustausch statt. Er hat damit eine wichtige seismographische Funktion, denn es werden unterschiedliche Entwicklungen wahrgenommen und diskutiert. Außerdem bilden sich durch diesen Austausch Positionen der Landeskirche zu bestimmten Fragestellungen in einem wichtigen Politikfeld. Bei rechtsextremen Vorfällen werden diejenigen kirchlichen

Akteure zusätzlich eingeladen, die örtlich oder fachlich davon betroffen sind. Der Runde Tisch ist auch als ein dynamischer Arbeitszusammenhang zu verstehen, an dem parochiale wie überparochiale Akteure gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Die Geschäftsführung des Runden Tisches liegt bei Martin Becher von der Projektstelle gegen Rechtsextremismus aus Bad Alexandersbad. Er verantwortet den Runden Tisch gemeinsam mit dem Nürnberger Regionalbischof Dr. Ark Nitsche und Diakon Klaus Schultz von der Versöhnungskirche Dachau.

KONTAKT Martin Becher, becher@ebz-alexandersbad.de

Zuschüsse „Initiativen gegen Rechtsextremismus“ durch die ELKB

Für Kleinprojekte beziehungsweise Aktionen gegen Rechtsextremismus und für Menschenwürde ist beim Landeskirchenamt ein Sonderzuschusstopf geschaffen worden. Es können Beträge bis zu 1.000 Euro beantragt werden. Gefördert werden:

- » theologische Angebote
- » Bildungsmaßnahmen in Kirchengemeinden, Dekanatsbezirken, Erwachsenenbildungseinrichtungen und Schulen
- » Begegnungen von Erwachsenen und Jugendgruppen
- » thematische Tagungen, Aktionen oder Demonstrationen gegen Rechtsextremismus

- » kulturelle Aktivitäten
- » Kreativangebote (Theater, Kabarett, Filmprojekte, etc.)
- » Fahrten zu Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager, Dokumentationszentren, Themen- oder Sonderausstellungen (Fahrkostenerstattung)
- » Einladungen von Zeitzeugen / Erinnerungskultur
- » öffentlichkeitswirksame Materialien
- » Materialien für Infostände und Veranstaltungen

KONTAKT Kirchenrat Reiner Schübel, reiner.schuebel@elkb.de

EIN BEISPIEL AUS DER PRAXIS

„Pommersfelden ist bunt“

Ursprünglich schien alles harmlos. Ein „Schulverein“ sei man, der sich „für eine Schule in Ostpreußen“ engagiere, wurde zu Protokoll gegeben. Das Schlosshotel konnte das Geld gebrauchen und forschte auch nicht weiter nach – warum auch. So konnte sich über Jahre hinweg einmal im Jahr eine Auswahl von „Neuen Rechten“ aus ganz Deutschland unbehelligt im Schlosshotel Pommersfelden treffen. Die zivilgesellschaftliche Organisation a.i.d.a. (Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München) deckte dann den Schwindel auf. Das Bamberger Bündnis gegen Rechts ist darauf aufmerksam und aktiv geworden. Der Bürgermeister lud die Pfarrer beider Kirchen zum Gespräch, und schnell wurde klar: Hier muss etwas getan werden!

So wurde eine Versammlung einberufen. Mit dabei waren neben den offiziellen Amtsinhabern auch diverse Vertreter von Bündnissen gegen Rechts, Vertreter der Polizei und auch des Verfassungsschutzes. Die Entschlüsse der Runde, geordnet und koordiniert gegen die Veranstaltung vorzugehen, wurden leider nicht immer eingehalten, und so wurde eine nicht abgestimmte antifaschistische Lesung vor dem Schloss abgehalten, die nur ein Teil des Bündnisses begeistern konnte. Im nächsten Jahr setzte sich die Kirche stark für ein geschlossenes Vorgehen ein, das vor allem auch auf die Beteiligung der Bewohner Wert legte.

Mit der Unterstützung der Projektstelle des Bündnisses für Toleranz organisierte die

Gemeinde ein Fest der Toleranz parallel zur Veranstaltung der Rechtsextremen, als Kontrastprogramm. Die sich fundamental widersprechenden Wertvorstellungen sollten deutlich aufgezeigt werden, deswegen auch das Motto: „Pommersfelden ist bunt“, das vielfach auf T-Shirts und Plakaten zu sehen war. Daneben gab es noch einen Schlosslauf für Toleranz, auch eine Ausstellung zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland konnte eröffnet werden. Durch eine wache Öffentlichkeit und durch persönliches Engagement wurde schließlich das Ziel erreicht. Mithilfe ihrer Anwälte konnte die Hotelbesitzerin den Vertrag mit dem angeblichen „Schulverein“, sprich den Rechtsextremen, aufkündigen und so im Namen der Gemeinde ein Zeichen setzen gegen Rechtsextremismus, ganz im Sinne der wehrhaften Demokratie.

Die Aufdeckung der Treffen der rechten Kader entfachte in der Gemeinde eine breitere Auseinandersetzung. Kirche setzte weitere Zeichen gegen Rechtsextremismus, so zum Beispiel bei einem alten Kriegerdenkmal, das aus der Nazi-Zeit stammt und entsprechende Inschriften hat. Hier wurde eine erklärende und damit die rechtsextremen Aussagen kritisch reflektierende Tafel angebracht. Außerdem wurde noch eine Fahrt mit Konfirmandinnen und Konfirmanden nach Berlin zum Thema durchgeführt. Alles in allem konnte Kirche ihre Haltungen und ihre Kraft einbringen und zu einer positiven Verständigung in der Gemeinde beitragen.

*Mit Schiedsrichtern:
Der Deggendorfer
Oberbürgermeister
Christian Moser,
Gustav Kagerbauer
(BFV-Spielaus-
schuss), Staats-
sekretär Bernd
Sibler und Oberkir-
chenrat Detlev
Bierbaum (v. l. n. r.)
im April 2013*

FOTO: BAYERISCHER
FUßBALLVERBAND



4. Kompetenzen für Menschen- freundlichkeit fördern

„Unser Kindergarten ist bunt!“ Die Haltung und die Aktivitäten der Einrichtung können deutlich gemacht werden – mit einem Logo, auf einem Plakat, einem Banner, bei besonderen Gelegenheiten in der Presse, mit einer Erklärung auf dem Schwarzen Brett oder im Newsletter.

4.1 Theorie – Kompetenzerwerb und Kompetenzvermittlung von jung bis alt

„Evangelische Bildung verbindet die zentrale Dimension des Kompetenzerwerbs mit dem spezifischen Anspruch des Evangeliums. Das Evangelische bedeutet mehr als eine strukturelle Anbindung zur evangelischen Kirche. Das ‚Evangelische‘ bezeichnet vielmehr eine Basis aller Normen und Werte, einen Maßstab und

Anspruch, der in Themen, Zielen, Inhalten und Methodik der Bildungsarbeit Gestalt gewinnt.“²⁵ „Evangelisch‘ meint: auf das Evangelium bezogen, in ihm gegründet, von ihm inspiriert, an ihm orientiert. Die christliche Liebe (Agape) als menschliche Antwort auf Gottes Liebe wird als zentrale Norm eines evangelischen Argumentierens, Urteilens, Entscheidens und Handelns verstanden.“²⁶

Somit ist der Aufruf zu menschenfreundlichem Handeln bei der Vermittlung unseres Glaubens ein zentrales Element, das unser Leben prägt: beginnend in der Kindheit, prägend im Jugendalter und begleitend während der Erwachsenenzeit bis hin zum Seniorenalter.

²⁵ Jürgen Wolff: *Evangelische Erwachsenenbildung zwischen Profil und Zeitgeist*, in: Gottfried Adam und Rainer Lachmann (Hrsg.): *Neues Gemeindepädagogik Kompendium*, Göttingen 2008, S. 381 – 412.

²⁶ Ebenda

„Je mehr über diese offene und bunte Orientierung inner- und außerhalb der Einrichtung diskutiert wird, desto besser.“

Nanne Wienands, Dozentin an der Fachakademie für Sozialpädagogik Hof/Saale



Wertschätzender zwischenmenschlicher Umgang

„Voraussetzung für einen angemessenen zwischenmenschlichen Umgang ist das Bemühen, den jeweiligen Menschen mit seinen Vorerfahrungen, Ängsten und gewohnten Bewältigungsmustern zu verstehen. Auf dieser Basis können Vorurteile im Gespräch hinterfragt und andere Deutungen eingebracht werden. Vor allem können durch neue Erfahrungen der Wertschätzung und Integration auch neue Werthaltungen aufgebaut werden. Menschen, die Annahme auf Augenhöhe und echte Solidarität erleben, werden weniger anfällig für die demagogische Abwertung Anderer. Eine solche Haltung der wertschätzenden Kommunikation auf der Basis des christlichen Menschenbildes wird in den Ausbildungsstätten und Akademien der Kirche und Diakonie vermittelt.“

KONTAKT Michael Bammessel,
Präsident des Diakonischen Werkes Bayern,
bammessel@diakonie-bayern.de

*Erziehung zu
Toleranz und
fairem Miteinander
beginnt bereits im
Kindesalter.*

FOTO: DIAKONIE BAYERN

4.2 Förderung ab der Kindheit: individuelle und soziale Kompetenzentwicklung

Bereits im Kindergarten und in der Grundschule sind die Vermittlung unseres Glaubens und seiner Grundsätze sowie die Einübung einer menschenfreundlichen Einstellung elementar. Bei einer angemessenen und altersgemäßen Behandlung des Themas „Rechtsextremismus“ kann es im Kindes- und Kleinkindalter nicht um eine kognitive Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologieelementen gehen. Zu fördern sind soziale wie individuelle Kompetenzen, die gegen Rechtsextremismus wappnen und fit für das Leben machen. So werden zum Beispiel Empathie, soziale Offenheit, Neugier, die Fähigkeit, die Perspektive zu wechseln, Altruismus, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, allgemeine Widerstandsfähigkeit (Resilienz) und ein angemessenes Selbstwertgefühl früh entwickelt. Ebenso sind ein ausgeglichenes emotionales Klima und Bezugspersonen grundlegend, die feinfühlig und rücksichtsvoll auf die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen eingehen. Darüber hinaus können Vorurteile durch Begegnungen, Erkunden und Erleben abgebaut werden (vgl. die so genannte Kontakthypothese von Gordon Allport).²⁷

Damit kommt der Kindertagesstätte und der Schule, neben der Familie, eine wichtige Vermittlungsrolle zu.²⁸

4.3 Förderung und Unterstützung in der Jugend: kognitive Kompetenzen und Demokratiefähigkeit

Bei der Identitätsentwicklung junger Menschen hin zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten kommt dem Erwerb demokratischer Haltungen eine besondere Bedeutung zu. Dabei spielen non-formale Bildungsorte, die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen, eine große Rolle.²⁹ In einem Angebotsmilieu, das gekennzeichnet ist von

Partizipation oder Selbstorganisation, erwerben Jugendliche Kompetenzen wie zum Beispiel Kooperations- und Diskussionsfähigkeit und lernen, Haltungen wie die Gleichwertigkeit von Menschen oder das Prinzip der Gewaltfreiheit in selbständiges Handeln umzusetzen.³⁰

Rechtsextremismusprävention ist bei Jugendlichen und Erwachsenen dann besonders erfolgreich, wenn kognitive, emotionale und handlungsorientierte Ansätze zusammenwirken.³¹

Ein kognitiver Kompetenzerwerb, also die faktenbezogene Auseinandersetzung mit Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, ist ab dem Jugendalter nötig. Zentrale Anliegen der kognitiven Auseinandersetzung sind: kritische Auseinandersetzung mit Ideologien, die Entwicklung eigenständiger Urteilsfähigkeit und Kritikfähigkeit sowie die Bereitschaft, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen. Auch das Einüben einer Wahrnehmungs- und Reflexionskultur wird mit dem Jugendalter möglich.³²

Zur kognitiven Auseinandersetzung gehören etwa: (a) Analysen zu Ursachen von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit (etwa Bindungsstörungen in der Kindheit oder Gefühle der Benachteiligung und Orientierungslosigkeit). (b) Analysen zu Folgen rechtsextremer Orientierungen für die Gesellschaft, dar-

27 Vgl. Viola B. Georgi, Hauke Hartmann, Britta Schellenberg und Michael Seberich (Hrsg.): *Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis*, Bertelsmann Stiftung: Gütersloh 2005.

28 Vgl. Rückmeldungen der HFK 3.

29 Vgl. Wolfgang Mack: *Non-formale Bildungsorte und informelle Lernwelten*. In: Yvonne Kaiser, Matthias Spenn und Thomas Rauschenbach (Hrsg.): *Handbuch Jugend. Evangelische Perspektiven*. Babara Budrich: Opladen 2013.

30 Vgl. Text Walter.

31 Vgl. Text Buhl.

32 Vgl. Viola B. Georgi, Hauke Hartmann, Britta Schellenberg und Michael Seberich (Hrsg.): *Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis*, Bertelsmann Stiftung: Gütersloh 2005.



Überreichung der ELKB-Broschüre
„Null Toleranz für Intoleranz“ an den
Israelischen Botschafter Yakov
Hadas-Handelsman (rechts) im
Oktober 2014 FOTO: PETER REUTER

unter zu den Auswirkungen auf diejenigen, die zum Ziel rechtsextremer Aggression werden. (c) Klärend sein kann auch die kritische Auseinandersetzung mit den Programmen und Zielen rechtsextremer Gruppierungen, da hier der Kontrast zum christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild offenkundig wird. (d) Um die menschenverachtende Ideologie des Rechtsextremismus rechtzeitig erkennen und abweisen zu können, kann zudem eine Auseinandersetzung mit Argumentations- und Werbestrategien der rechtsextremen Szene ertragreich sein.³³ Damit Rechtsextremismusprävention ganzheitlich wirken kann, ist es über diese Form der Kompetenzvermittlung hinaus notwendig, Jugendlichen Lernorte für demokratisches und tolerantes Verhalten zur Verfügung zu stellen.³⁴

³³ Vgl. Text Buhl und Rückmeldung Evangelische Jugend.

³⁴ Vgl. Text Walter; vgl. zudem Rückmeldung Jugend (W).

³⁵ Vgl. Text Buhl.

4.4 Unterstützung in jedem Alter: Wertevermittlung und demokratische (Lern-)Orte für engagiertes Handeln

Kirche kommt bei der Wertevermittlung eine Schlüsselfunktion zu, weil sie eine Vielzahl von Menschen erreicht: Menschen in den Gemeinden und von hier aus in diversen Gruppen; in Arbeitskreisen und Verbänden; in der Familien- und Erwachsenenbildung; in Hochschulen und Akademien; Kinder und Jugendliche in allgemeinbildenden Einrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen, Religionsunterricht) und in der Jugendarbeit, sowie Menschen in der Diakonie – hier nicht zuletzt in der Beratung.

Kirche kann so für die Gesamtgesellschaft wesentliche Impulse geben, denn sie überwindet die Grenzen gesellschaftlicher Milieus. Gerade auch verunsicherten und ängstlichen Personen kann sie mit ihrem Glauben, der sich aus einem menschenfreundlichen und integrativen Menschen- und Gesellschaftsbild speist, Orientierung bieten.³⁵

Gleichwohl gilt es, menschenfreundliche Werte auch erlebbar zu machen, indem Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene, die

„Der Ausgangspunkt der evangelischen Erwachsenenbildung, wie wir sie heute kennen, war auch ein Reflex auf die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland: Entsprechenden Entwicklungen sollte frühzeitig (durch Information und Aufklärung) entgegen getreten werden.“

Rücklauf Akademie Tutzing

Möglichkeit haben, zu partizipieren und selbst mitzugestalten. Dabei ist es wichtig, Menschen für das Leben in einer pluralen und diversen Gesellschaft zu öffnen und sie dazu zu befähigen, Konflikte auszuhalten und sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen.³⁶ Insgesamt gilt es, die soziale und emotionale Persönlichkeit und Kompetenz jedes Einzelnen wahrzunehmen und zu stärken.³⁷ Ein respektvolles Verhalten allen anderen gegenüber ist allerdings die Grundvoraussetzung.³⁸

5. Aus der Praxis – Handlungsfähig werden durch Aufklärung und Prävention

5.1 Angebote für Erwachsene: Schwerpunkt Aufklärung und Information

Um in der Praxis handlungsfähig zu sein, sollen sich Hauptamtliche und Ehrenamtliche mit dem Themenkomplex Rechtsextremismus, Rassismus und Vorurteile ebenso auskennen wie mit den Themen Menschenrechte und Migration. Bildungsangebote können Wissen vermitteln, Hintergründe verdeutlichen und schließlich über menschenfeindliche Ideologien und Verhaltensweisen aufklären.

Mit unterschiedlichen Teilthemen und in verschiedenen Veranstaltungsformaten wird Rechtsextremismus in der ELKB aufgegriffen, sowohl seine ideologischen Elemente als auch aggressive Verhaltensformen. Das Repertoire

ist dabei äußerst vielfältig: Evangelische Einrichtungen bieten Podiumsdiskussionen aus aktuellem Anlass, Lesungen mit zeitgenössischen Autorinnen und Autoren, Vorträge mit geschichtlichem Hintergrund, Informationsveranstaltungen zu Studien und neuesten Erhebungen sowie Begegnungen im Rahmen der Ökumene und im interreligiösen Dialog an. In zahlreichen Bildungseinrichtungen vor allem auch in der Erwachsenenbildung – werden Projekte, die das Zusammenleben in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft fördern, initiiert.³⁹

Neben einem soliden Faktenwissen ist ein Selbst- und Professionalitätsverständnis, das die positiven Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen bewusst stützt und fördert und eigene Dialogfähigkeit, auch Selbstreflexion und Kritikfähigkeit, als Basiskompetenz begreift, Voraussetzung für eine kompetente Bearbeitung des Themenfeldes.

Charakteristisch für Angebote für Erwachsene sind ganz allgemein die Schwerpunktsetzungen „Nationalsozialismus“ und „Menschenrechte“, zum Teil auch spezifisch „Rechtsextremismus“. Das Thema wird zum einen aus einer historischen Perspektive heraus

³⁶ Vgl. Hauke Hartmann und Britta Schellenberg: *Strategien gegen Rechtsextremismus: Ergebnisse und Handlungsfelder*, in: *Strategien gegen Rechtsextremismus*, Band 2, Bertelsmann Stiftung: Gütersloh 2005, S. 16–41.

³⁷ Vgl. ebenda.

³⁸ Vgl. Text Wienands, *Rückmeldungen HFK 3*.

³⁹ Vgl. *Rückmeldungen der HFK 3*.

betrachtet und zwar als Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus durch Seminare und Gedenken.

Zum anderen wird eine menschenrechtliche Perspektive eingenommen und das Thema Toleranz eingehend behandelt. So setzt sich etwa die Evangelische Frauenarbeit im Rahmen der Weltgebetstagsarbeit mit Intoleranz gegenüber Andersgläubigen und mit Rassismus auseinander. Auch der „Tag der Toleranz“ im Rahmen der Lutherdekade von Evangelischer Männerarbeit und Evangelischer Jugend ist ein Beispiel hierfür.⁴⁰ Zu Vorträgen zum Thema „Menschenrechte“ und zu Gesprächen mit Zeitzeugen und -zeuginnen lädt etwa die Evangelische Kirchengemeinde St. Jakob in Rothenburg ob der Tauber im Rahmen der internationalen Antirassismuswoche ein.⁴¹ Ähnliche Schwerpunktsetzungen nimmt das Publikationsforum „ZusammenAndersSein“ des FrauenWerkes Stein vor. Die Themen werden dabei oft bewusst so aufbereitet, dass den Teilnehmenden auch die Möglichkeit eingeräumt wird, sich selbst auf eigene Vorurteile kritisch zu hinterfragen.

Von der Frauen- und Männerarbeit werden auch Veranstaltungen mit einer geschlechterspezifischen Perspektive organisiert, so zum Beispiel die Veranstaltung „Frauen und Rechtsextremismus“.⁴²

Die Evangelische Akademie Tutzing entfaltet bundesweit Ausstrahlungskraft. Sie

verknüpft häufig das Thema mit einer historischen Perspektive: So befasst sie sich in diversen Veranstaltungsformen mit der Entstehung und Aufarbeitung nationalsozialistischen Gedankengutes und mit jüdischer Kultur und Geschichte. Darüber hinaus greift sie gegenwartsbezogene menschenrechtliche Perspektiven auf, beispielsweise mit dem Thema „Asyl und Flüchtlinge“, ein Thema, das in der Akademie bereits im Jahr 1986 zur Gründung der unabhängigen Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“ geführt hat.⁴³

Studierende haben über das Lehrangebot an den Evangelischen Hochschulen und an zahlreichen Universitäten die Möglichkeit, sich mit dem Thema Rechtsextremismus und mit Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu befassen. Das Angebot erstreckt sich dabei auf diverse Disziplinen.⁴⁴ Die Evangelische Hochschule Nürnberg beispielsweise bearbeitet das Thema unter anderem in der Politikwissenschaft, Ethik oder Sozialpsychologie. Sie bietet Seminare zu interkultureller Arbeit, zur politischen Bildung und zur Antidiskriminierungsarbeit an. Darüber hinaus verfügen die Hochschulen wie die Akademien über ein vielschichtiges Vortrags- und Diskussionsprogramm zu historischen und aktuellen Themen, das sich auch Interessierten über den Wissenschaftsbereich hinaus öffnet.⁴⁵

Der Verein (b)ildung (e)vangeltisch in (E)uropa e.V. thematisiert bei Expertengesprächen und Tagungen Entwicklungen in Deutschland und Europa, um wissenschaftlich fundierte Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Beispielsweise wurde im Jahr 2013 das Thema „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa“ aufgegriffen, wobei insbesondere die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Ungarn in den Blick genommen und spezifische Umgangsformen mit den Phänomenen diskutiert wurden.

40 Vgl. Rückmeldungen Frauenarbeit und Männerarbeit.

41 Vgl. Rückmeldung Kirchengemeinde St. Jakob, Rothenburg, Pfr. Dr. Oliver Gußmann.

42 Vgl. Rückmeldung Frauenarbeit (Dr. Andrea König), Rückmeldung Männerarbeit (Pfr. Günter Kusch).

43 Vgl. Rückmeldung Akademie Tutzing; vgl. Vortrag des Akademiendirektors Udo Hahn am 30.09.2015 über die Gründung von Pro Asyl, an der der damalige Akademieleiter Jürgen Micksch beteiligt war.

44 Vgl. Rückmeldung kirchliche Hochschul- und Studierendenarbeit.

45 Vgl. Rückmeldungen Evangelische Hochschule Nürnberg, Rückmeldungen 1, 2 und Evangelische Hochschule (Diakon Feder vom 29.06.15).

Plurability – Vielfalt gestalten vor Ort. Proaktive und präventive Jugendarbeit

„Plurability“, der Arbeitsbereich gegen Rechtsextremismus der Evangelischen Landjugend in Bayern, vereint proaktive und präventive Aspekte gleichermaßen. Junge Menschen für ein Leben in Vielfalt zu befähigen und damit rechtsextreme Haltungen zu verhindern, ist das Ziel der Arbeit von Diakon Jürgen Kricke. Von der ELJ-Bezirksstelle im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad aus entwickelt er gemeinsam mit Jugendlichen Konzepte für die Arbeit vor Ort. Ob beim Gruppenabend, der Get-together-Party oder beim Seminar gegen Stammtischparolen: Plurability verbindet ländliche Jugendarbeit mit den Inhalten und Netzwerken der Prävention gegen Rechtsextremismus. Die Aufforderung „Vielfalt gestalten“ und die zwei ineinandergreifenden Flaschen auf dem Plurability-Logo sind ein provokatives Signal: Auf Augenhöhe und im Gespräch mit jungen Menschen bietet Plurability ein Lernfeld, um sich und seine Jugendarbeit der Vielfalt und Bedürfnissen vor Ort zu öffnen.

ty-Logo sind ein provokatives Signal: Auf Augenhöhe und im Gespräch mit jungen Menschen bietet Plurability ein Lernfeld, um sich und seine Jugendarbeit der Vielfalt und Bedürfnissen vor Ort zu öffnen.



Flyer „Plurability“ der Evangelischen Landjugend

KONTAKT Jürgen Kricke, juergen.kricke@elj.de
WEITERE INFOS www.plurability.de

5.2 Prävention – Angebote für Kinder und Jugendliche

Die Evangelische Jugend in Bayern etwa organisiert Seminare und Veranstaltungen zum Themenbereich „Alltagsrassismus“, um ihn zu reflektieren und zu entkräften. Sie initiiert proaktive und präventive Bildung auch in Form von interkulturellen oder gesellschaftspolitischen Angeboten. Ein gutes Praxisbeispiel stellt „Plurability – Vielfalt gestalten vor Ort“ dar.⁴⁶ Es ist ein längerfristiges Projekt, das dem besonderen Bedarf nach Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen in ländlichen Räumen Rechnung zollt. Besonders viele Kinder und Jugendliche werden über die Kindertagesstät-

te, Schule und den Konfirmandenunterricht erreicht. Bildungs- und Erziehungsperspektiven sind hier ebenso Standard wie spezielle Unterrichtseinheiten und Bildungsangebote, die sich präventiv mit Rechtsextremismus auseinandersetzen. Es gibt ein nützliches Tableau an Methoden und Ansätzen, die Respekt vor dem Menschen und ein wertschätzendes Miteinander fördern. Bewährt haben sich etwa Methoden der Streitschlichtung und Mediation. Damit können Erfahrungen mit Formen der Konfliktlösung gesammelt werden.

⁴⁶ Vgl. Rückmeldungen Jugend (1 und 2).

Besondere Bedeutung kommt der Schulung einer reflektierten interkulturellen Kompetenz zu, damit die Mitarbeitenden fähig sind, problematische Äußerungen richtig einzuordnen und angemessen darauf zu reagieren.⁴⁷

Hervorzuheben als ein zentrales präventives Projekt in Schule und Konfirmandenarbeit ist die sehr breit angelegte Initiative „Diakonisches Lernen“. Schüler und Schülerinnen machen praktische Erfahrungen im Umgang mit Schwachen und Hilfsbedürftigen. Das hier gelebte christliche Menschenbild widerspricht rechtsextremen Ideologien fundamental.⁴⁸

Was wird konkret gemacht? Die wichtigsten Lernformen sind diakonische Aktionen oder Aktionstage und das Schülerpraktikum. Dabei übernehmen Schüler und Schülerinnen unterstützende Tätigkeiten gegenüber alten, pflegebedürftigen oder behinderten Menschen. Sie helfen Kindern oder jugendlichen Flüchtlingen bei ihren Hausaufgaben oder kochen für bedürftige oder alleinstehende Menschen. Gemeinsam mit ihren Mentoren und den Lehrkräften reflektieren sie die Begegnungen. Ebenso werden die Erfahrungen im Religions- oder Sozialkundeunterricht oder in der Konfirmandenarbeit besprochen.

In der Schule werden die Themenfelder Aufklärung und Prävention im Rahmen des Lehrplanthemas 10.2 Kirche in der Welt (Kirche im Nationalsozialismus) bearbeitet, und damit auch das Thema Toleranz; im Lehrplanthema 8.5 geht es um die Begegnung mit Fremden und Minderheiten.

Beim Lehrplanthema „Judentum“ in der Jahrgangsstufe 10 am Gymnasium sollen die Schüler und Schülerinnen unter der Zielvorgabe „zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus fähig sein“, antisemitische und rechts-

KiTa. Weiterbildungsangebote mit Zertifikat

Gewaltpräventive KiTa. Weiterbildungsangebote mit Zertifikat
Gewaltprävention-Inhalte sind unter anderem:

- » Spiritualität, Glaube und Achtsamkeit – Starke Wurzeln in der gewaltfreien Erziehung
- » Gewaltprävention in der Kita
- » „Wenn die Giraffe mit dem Wolf tanzt“
- » Grundlagen konstruktiver Streitkultur
- » Resilienz – Kinder stärken, damit sie das Leben meistern können.
- » „Die Kinderstube der Demokratie – Wie Partizipation in unseren Kitas gelingen kann“.
- » Fortbildungen zur Arbeit mit Flüchtlingskindern und Inklusion.

KONTAKT www.evkitabayern.de/fachberatung.html

WEITERE INFOS www.evkitabayern.de

radikale Klischees im Denken der Mitmenschen zu erkennen und sich mit ihnen argumentativ auseinander zu setzen. So üben sie zum Beispiel in Rollenspielen ein, rechtsradikalen Parolen zivilcourageigert zu widersprechen.⁴⁹

Präventionsarbeit wird insbesondere auch über die Fächer Geschichte, Sozialkunde oder Sozialpraktische Grundbildung/Sozialwissenschaftliche Arbeitsfelder geleistet. Vielfach kommt es hier zu fächerübergreifenden Kooperationen mit der Evangelischen Religionslehre. Beispielsweise wird in Gestalt von Begleitung bei Exkursionen zur KZ-Gedenkstätte in Dachau mit der 9. Jahrgangsstufe zwischen dem Geschichts- und Religionsunterricht kooperiert. Speziell der Religionsunterricht hat diverse thematische Anknüpfungspunkte, die es ermöglichen, präventive Wirkung gegen rechtsextre-

⁴⁷ Vgl. Rückmeldung *Diakonie/Bammessel*.

⁴⁸ Vgl. *ebenda*.

⁴⁹ Vgl. Rückmeldungen *Religionspädagogisches Zentrum Heilsbronn*.



Toleranz auch auf dem Rasen – bei einem Fußballturnier der Evangelischen Jugend. FOTO: WOLFGANG NOACK

me, menschenverachtende Einstellungen und Verhaltensweisen zu entfalten.⁵⁰

Jenseits des Schulunterrichts hat ein kirchliches Engagement im Bereich der Ganztagesangebote, der schulbezogenen Jugendarbeit und der Konfirmandenarbeit die Möglichkeit, Jugendliche bei ihrer Selbstfindung zu unterstützen, christliche Wertvorstellungen zu fördern und zu einem selbstverantworteten Glaubensleben anzuregen.⁵¹

Neben der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und der Schule spielt die evangelische Jugendarbeit eine wichtige Rolle. Deshalb beteiligt sich die Evangelische Jugend an Protesten gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus und ist Mitglied in verschiedenen Bündnissen für Zivilcourage, so etwa in „Die Hofer Region ist bunt, nicht braun“.⁵² Die Themen „Rechtsextremismus“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Zivilcourage“ und „Fluchtursachen“ werden in Dekanatsjugendkonventen, Jugendgottesdiensten und auch

in Jugendgruppen thematisiert. Manchmal bewusst provozierend, zum Beispiel zugespitzt zu „Ausländer! Lasst uns mit den Deutschen nicht allein“. Dies geschieht nicht aus Mangel an anderen „Themen“, sondern kommt immer aus der Mitte derer, die im Mittelpunkt der Jugendarbeit stehen – den Jugendlichen selbst.⁵³ Zudem werden Kooperationsprojekte mit dem Jugendring wie etwa in Weißenburg die Aktion „Mut zu Respekt, Toleranz und Zivilcourage“ initiiert.⁵⁴ Damit wird ein Set an reaktiven, präventiven und proaktiven Maßnahmen und damit Bausteine für eine demokratische und wertschätzende Kultur bereitgestellt.

⁵⁰ Vgl. Rückmeldungen der HFK 3.

⁵¹ Vgl. Text Buhl.

⁵² Vgl. ebenda.

⁵³ Vgl. Rückmeldung Jugend (Walter).

⁵⁴ Vgl. Rückmeldung Weißenburg (Jugend).

⁵⁵ Vgl. Rückmeldung ejsa.

5.3 Bedürftige junge Menschen integrieren

In der Arbeit mit benachteiligten jungen Menschen wird die Erfahrung gemacht, dass diese regelmäßig mit dem organisierten Rechtsextremismus konfrontiert werden. Daher ist das Thema und sind Fragen, wie eine kritische Auseinandersetzung stattfinden kann, beispielsweise für die Fachkräfte der Evangelischen Jugendsozialarbeit/ejsa Bayern, in allen Arbeitsfeldern relevant.⁵⁵

Unerfüllte basale Bedürfnisse können zu Gewalt und Rechtsextremismus führen. Daher können Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen besonders empfänglich für Rechtsextremismus sein. So zeigen Biographien rechtsextremer Gewalttäter frühe Probleme bei emotionalen, sozialen und auch kognitiven Kompetenzen. Häufig haben diese jungen Menschen in der eigenen Familie Gewalt erfahren. Wechselnde oder unzuverlässige Bezugspersonen, mangelnde Bindungen und Drogenkonsum im Elternhaus sind weitere Probleme, die Kinder und Jugendliche empfänglicher für menschenverachtende Orientierungen machen. Ein gestörtes Selbstbewusstsein, mangelnde Offenheit und Anschlussfähigkeit, fehlendes Empathievermögen und allgemeines Misstrauen sind Merkmale, die den Anschluss an rechtsextreme Gelegenheitsstrukturen unterstützen.⁵⁶ Menschen mit diesen Problemen brauchen oft besondere Formen der Hilfe. Großes Gewicht ist bei ihnen insbesondere auf die Entwicklung sozialer und emotionaler Kompetenzen zu legen, damit die jungen Menschen für menschenfreundliche Werte gewonnen werden können, wobei klare Spielregeln im Umgang miteinander durchzusetzen sind.

⁵⁵ Vgl. Britta Schellenberg und Daniela Steenkamp, *Präventionsorientierte Arbeit mit Kindern für Vielfalt und Demokratie, aber wie? Handlungsorientierte Strategien gegen Rechtsextremismus im pädagogischen Kontext*. In: Stein, Margit; Steenkamp, Daniela (Hrsg.): *Menschenrechte – Menschenwürde – Menschenbilder*. Reihe Veichtaer Universitätschriften. Münster: Lit, i 2016 (im Erscheinen).

Sport vermittelt positive Werte

Sport eignet dafür, positiv die christlich-ganzheitlichen Werte ins Spiel zu bringen: Toleranz, Respekt, Fairness, Gemeinschaft und Inklusion werden auf den Spielfeldern eingeübt. Dies geschieht unter anderem bei den Veranstaltungen von Kirche und Sport, ej-sport und Eichenkreuz, bei Sportfestivals wie „bunt ist cool“ und „sportissimo“, beim KonfiCup-Bayern, durch das Kirchenlaufteam „Laufen für Gerechtigkeit“ und beim „Fußballfest gegen Rassismus“. Gottesdienste und Andachten vertiefen diese Werte theologisch. Ausstellungen und Diskussionsrunden zum Thema Rechtsextremismus und Diskriminierung regen zu Bewusstseinsbildung und Auseinandersetzung an.

KONTAKT Kontakt Martin Voß, Sportpfarrer der ELKB, martin.voss@elkb.de

Fußballfest gegen Rassismus

Im Sport kommen ganz verschiedene Menschen zusammen. Hier wird nicht nach Herkunft, Kultur oder sexueller Identität gefragt. Alle haben das gleiche Ziel vor Augen: für Respekt, Fairness und Menschenwürde in der Gesellschaft einzutreten. Keiner soll ausgegrenzt werden, weil er zu schwach, zu langsam, behindert oder anders ist. So sorgen der Sport in der Evangelischen Kirche und Jugend gemeinsam für mehr Einklang in unserer Gesellschaft. Im Rahmen des Fußballfests der Evangelischen Jugend in Bayern „Bunt ist cool“ wird seit 2014 der Friedens-Cup ELKB-weit ausgespielt. Alle Sportlerinnen und Sportler des Fußballfests der Evangelischen Jugend verpflichten sich mit ihrer Unterschrift, keine rassistischen, fremdenfeindlichen und rechtsradikalen Parolen zu äußern oder zu verbreiten.

KONTAKT www.ej-sport.ejb.de



Respekt auf dem Spielfeld: Die Mannschaften beim Fußballturnier „Bunt ist cool“ 2014 in Nürnberg. FOTO: PETER REUTER

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Rat und Hilfe

Religionspädagogisches Zentrum Heilsbronn

KONTAKT Klaus Buhl (Direktor), www.rpz-heilsbronn.de

Amt für Evangelische Jugendarbeit

KONTAKT Ilona Schumacher, schumacher@ejb.de

WEITERE INFOS www.ejb.de

Projektstelle gegen Rechtsextremismus am Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad

KONTAKT Martin Becher, becher@ebz-alexandersbad.de

WEITERE INFOS www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

WEITERE INFOS www.schule-ohne-rassismus.org

Die Mobilen Beratungsteams und Regionalen Beratungsstellen der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus beim Bayerischen Jugendring

KONTAKT lks@bjr.de

WEITERE INFOS www.lks-bayern.de

Aussteigerhilfe Bayern

KONTAKT ashbayern@exit-deutschland.de

WEITERE INFOS www.aussteigerhilfe.de

Opferberatung Bayern: B.U.D.

KONTAKT info@bud-bayern.de

WEITERE INFOS www.bud-bayern.de



5.4 Orientierung bieten – Respektvolles Miteinander ermöglichen

Eine enorme Herausforderung für Bildungsinstitutionen und gemeinschaftliche Arbeit stellen Rechtsextreme dar, die zu einer rechtsextremen Organisation gehören. In Einrichtungen finden sich in Einzelfällen Jugendliche mit rechtsextremem Hintergrund beziehungsweise Kinder aus rechtsextremen Haushalten. In diesen Fällen müssen umsichtige Maßnahmen zum Schutz anderer Kinder, Jugendlicher und Eltern ergriffen werden. Dazu gehört, Beteiligte aufzuklären, zum Beispiel Eltern in der Kindertagesstätte darüber zu informieren, was es bedeuten kann, wenn ihr Kind zu einem Kindergeburtstag in einen rechtsextrem geprägten Haushalt eingeladen wird. Das ist nicht

einfach zu handhaben und muss ausführlich mit den Beteiligten diskutiert werden.⁵⁷

Bei organisierten Jugendlichen mit einem verfestigten rechtsextremen Weltbild wird es schwierig sein, einen hilfreichen pädagogischen Zugang zu finden und in der Gruppe entstehende Probleme angemessen zu bewältigen. Kinder aus rechtsextremen Haushalten, die zu uns in Einrichtungen kommen, brauchen besondere Hilfe und Unterstützung bei der Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit.

Einrichtungen sollten, wenn sie mit Rechtsextremen oder ihren Angehörigen zu tun haben, oder wenn sie von menschenverachtenden Äußerungen oder von rechtsextremen Aktivitäten betroffen sind, auf den Rat und die Hilfsangebote von außen zurückgreifen. Hierfür gibt es qualifizierte Ansprechpartner.

Über bayernweite Angebote hinaus haben zahlreiche Gemeinden, Städte (zum Beispiel München und Nürnberg) und Landkreise

⁵⁷ Vgl. Text Wienands.

Hilfsangebote oder gar Stellen „für Demokratie“ oder „gegen Rechtsextremismus“ etabliert. Die Unterstützung von außenstehenden Fach-

kräften muss man nicht erst im Ernstfall in Anspruch nehmen.

EIN BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Engagement gegen Rechtsextremismus in Weißenburg

Ende 2011 wird Rechtsextremismus in Weißenburg zum Thema. Von einem Tag auf den anderen hängt ein Banner über einer Straße mit der Aufschrift „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“. Kurz darauf sind Handzettel im Umlauf, die den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß zeigen. Und auf der Bahnhofswand steht „Damals wie heute – Hitlerleute“. Unbekannte beschmierem die Rollläden des Jugendzentrums mit rechtsextremen Parolen und einer klaren Warnung: „Wir kriegen euch alle“.

Am 28. November wird diese Warnung in die Tat umgesetzt, jedenfalls teilweise. Rechtsextreme attackieren Teilnehmer einer Mahnwache mit Böllern, vor allem den im Rollstuhl sitzenden Gemeinderat, und versuchen, ein Transparent mit der Aufschrift „Nie wieder Faschismus“ in Brand zu stecken. Am 10. Dezember greifen Rechte erneut das Jugendzentrum Weißenburg an und brechen die Jalousien auf. Später wurde ein Wandgemälde, das zu einem Gymnasium gehört, mit einem einen Meter großen Hakenkreuz und einem Hitlerbart verunstaltet. Hier musste deutlich Stellung bezogen werden. Die

Evangelische Jugend Weißenburg nutzte dafür auch ihre guten Kontakte. Sie ist Mitglied beim „Runden Tisch für den Tag der Menschenrechte“ im Kreisjugendring und unterhält Kontakt zum Landkreisbündnis gegen Rechts. In einer gemeinsamen Aktion mit der katholischen Jugend wurde die ökumenische Reihe „Extremismus nein danke!“ ins Leben gerufen. Es wurden Veranstaltungen durchgeführt mit dem Ziel, über Rechtsextremismus zu informieren und die Standpunkte und Werte der Evangelischen Jugend zu verdeutlichen. Als besonderer Gast wurde außerdem Manuel Bauer eingeladen, ein Aussteiger aus der Szene. Außerdem wurde der Film „Kombat Sechzehn“ gezeigt und so Fachwissen über Rechtsextremismus vermittelt und eine öffentliche Diskussion angeregt. Ein ökumenischer Gottesdienst bildete den Abschluss. Gemeinsam mit dem Kreisjugendring wurde zudem die Aktion „Mut zu Respekt, Toleranz und Zivilcourage“ gestartet. Im Vordergrund stand aber stets die „normale“ Jugendarbeit – denn auch die ist ein wertvoller Beitrag zur Präventionsarbeit.



Kundgebung gegen Rechtsextremismus in Weißenburg nach dem Anschlag auf das Weißenburger Jugendzentrum im Jahr 2011

FOTO: EVANGELISCHE LANDJUGEND



Entschieden gegen Rechtsextremismus:
die Evangelische Jugend in Bayern

FOTO: WOLFGANG NOACK

„Angst ist ein schlechter Ratgeber. Aber Ängste vor dem Anderen und den Fremden müssen ernst genommen werden. Nur wenn wir die Ängste ernst nehmen, können wir helfen, echte Brücken zwischen den Menschen zu bauen. Dies geschieht durch Begegnung, durch Erfahrungen mit den Anderen, die scheinbar Angst machen. Solche Begegnungen können durch Kirchengemeinden organisiert werden. Dort gibt es Räume für Begegnungen. Werden solche Möglichkeiten des Kennenlernens und Miteinanders genutzt, ist das eine gute Möglichkeit, die Menschen davor zu bewahren, rechtsradikalen Parolen auf den Leim zu gehen.“ Oberkirchenrat Michael Martin

KAPITEL III

Vertiefende Einblicke und Diskussion

1. Christliche Menschenfreundlichkeit. Zum Umgang mit Flüchtlingen

Christus sagt: „Denn ich bin hungrig gewesen und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich bin durstig gewesen und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen und ihr habt mich gekleidet. Ich bin krank gewesen und ihr habt mich besucht. Ich bin im Gefängnis gewesen und ihr seid zu mir gekommen. Dann werden ihm die Gerechten antworten und sagen: Herr, wann haben wir dich hungrig gesehen und haben dir zu essen gegeben, oder durstig und haben dir zu trinken gegeben? Wann haben wir dich als Fremden gesehen und haben dich aufgenommen, oder nackt und haben dich gekleidet? Wann haben wir dich krank oder im Gefängnis gesehen und sind zu dir gekommen? Und der König wird antworten und zu ihnen sagen: Wahrlich, ich sage euch: Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“ (Mt 25, 35-40).

1.1 Flüchtlingshilfe als gelebtes Christentum und Rechtsstaatlichkeit

Das Gebot der Bibel, sich um Fremde zu kümmern und sie als Nächste liebevoll anzunehmen, ist tief in unserem Glauben verwurzelt. Kirche berührt die Menschen und ihre Schicksale in besonderem Maße. Wir sind dazu aufgerufen, Hilfe zu leisten und den Menschen in Not Schutz zu bieten. Gerade auch dann, wenn Flüchtlinge abgewiesen, bedroht oder gar physisch angegriffen werden. „Der Herr behütet die Fremdlinge“ (Psalm 146,9), er „hat die Fremdlinge lieb“ (5. Mose 10,18).

Wir können dazu beitragen, Flüchtlinge willkommen zu heißen, günstige Rahmenbedingungen für Ihre Aufnahme zu schaffen und ihnen den vorübergehenden Aufenthalt oder

das Ankommen zu erleichtern. Einzelne Menschen können ebenso wie ganze Gemeinden bei der längerfristigen Integration einen wertvollen Beitrag leisten und den „Fremden“ Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen. So ist es auch nötig, wertschätzend auf die Menschen zuzugehen und zu fragen, was sie mitbringen – sie also dazu einzuladen mitzureden und mitzugestalten.

Internationale Gottesdienste

„Als ich etliche Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete besuchte, wurde mir deutlich, dass dort viele Christen leben, die seit Monaten kein Vaterunser in christlicher Gemeinschaft mehr gesprochen haben, keine Predigt gehört und kein Abendmahl genossen haben“ – so Regionalbischöfin Dr. Dorothea Greiner.

Ab dem Dezember 2015 gibt es einmal im Monat einen internationalen Gottesdienst in der Stadtkirche Bayreuth. Eingeladen sind alle Menschen und insbesondere Flüchtlinge und ausländische Studierende. Ein Gottesdienstkonzept wurde erarbeitet, ebenso ein besonderes Liturgieheft. Mit Hilfe dieses Heftes können die Teilnehmenden den Gottesdienst in Englisch, Deutsch, Französisch, Farsi, Arabisch und Russisch mitfeiern. Die Gemeinde Deggendorf feiert – wie andere Gemeinden auch – mit Unterstützung von Mission EineWelt seit geraumer Zeit „Internationale Gottesdienste“. Diese leben davon, dass sie von Flüchtlingen vorbereitet und mitgestaltet werden. Sie können hier ihre Kompetenzen einbringen bei der Formulierung von Gebeten und beim Auslegen der Heiligen Schrift.

KONTAKT Mission EineWelt, info@mission-einewelt.de
WEITERE INFOS <http://mission-einewelt.de>,

„Ich [bin] dankbar für all die Menschen in unseren Kirchengemeinden und darüber hinaus überall in der Gesellschaft und auch in den zuständigen Behörden, die sich für eine den christlich-humanitären Traditionen unseres Landes angemessene würdige Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen und dafür viel Liebe und Lebenszeit investieren. Sie sind für mich Vorbilder für die Exzellenzinitiative der Humanität, die wir jetzt im Umgang mit den Flüchtlingen brauchen!“

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Ebenso sind wir dazu aufgerufen, uns für ein friedliches Miteinander weltweit einzusetzen, damit den Ursachen von Flucht entgegen gewirkt wird und sich die Zahl der Menschen auf der Flucht in der Zukunft wieder verringert. „Wir haben die Freiheit zur Barmherzigkeit“, so die Münchner Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler.

Als Kirche suchen wir zu allererst, den Schutz- und Hilfebedürftigen nahe zu sein und beizustehen. Wir wissen jedoch um die Belastung von Ehren- und Hauptamtlichen wie auch von staatlichen Behörden (z. B. von Verwaltungsrichtern und Polizeibeamten) etwas bei der notwendigen Durchsetzung des Rechts gegenüber gewalttätigen Rechtsextremen oder bei Übergriffen von Flüchtlingen. Pfarrer und Pfarrerinnen stehen ihnen für seelsorgliche Gespräche zur Verfügung. Zudem sehen wir als unsere Aufgabe an, auch straffällig gewordene Täter zu begleiten, z. B. in der Gefängnisseelsorge. Abgelehnte Flüchtlinge werden bis zu deren Abreise seelsorglich durch die Flughafenseelsorge betreut. Die Notfallseelsorge stellt einen Leidfaden für eine Abschiedskultur zur Verfügung, der Hilfestellung für alle betroffenen Flüchtlinge sowie Haupt- und Ehrenamtliche bietet.

Eine christlich motivierte Willkommenskultur und eine auf christlichen Werten fußende Rechtsstaatlichkeit widersprechen einander

nicht. Recht verstanden ergänzen sich beide, da das Eintreten der ELKB für die Integration von Flüchtlingen im Rahmen bestehender rechtstaatlicher Grundsätze und deren Härtefallregelungen erfolgt.

1.2 Rassistische und rechtsextreme Reaktionen

Rechtsextreme und Rassisten hingegen nutzen das Thema „Flüchtlinge“ und die Not dieser Menschen, um für ihre menschenfeindliche Orientierung zu werben. Sie initiieren Angstdebatten und Hetzkundgebungen, demonstrieren aggressiv gegen Flüchtlingsheime und sind gewalttätig gegen schutzsuchende Menschen. Auch Menschen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, werden Ziel ihrer Angriffe. Rechtsextremen geht es darum, alle, die sie nicht als „völkisch-deutsch“ betrachten, auszuschließen, verbal und gewalttätig, bis hin zum Mord. Die Menschen, die hilfesuchend zu uns kommen, sind für sie pauschal „minderwertig“, „böswillig“ und „kriminell“ – keine Menschen.

Rechtsextreme missachten die menschliche Würde, die Gottes- und die Nächstenliebe ebenso wie den Rechtsstaat. Kirche wendet sich gegen religiöse und rassistische Hetze, explizit auch gegen jene, die eine vermeintliche Islamisierung und eine Zerstörung des christ-

lichen Abendlandes anprangern. Rechtsextreme verkehren, wenn sie vom christlichen Abendland reden, den Inhalt des christlichen Glaubens zum Gegenteil. „Es [ist] ein Widerspruch in sich, mit dem Verweis auf das christliche Abendland zu versuchen, sich die Schwächsten vom Leibe zu halten“⁵⁸, betont Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm. Kirche wehrt sich gegen diese Form der Instrumentalisierung durch Menschenfeinde – sie setzt sich für Menschenfreundlichkeit ein.

Die Dokumentation „Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge“ von PRO ASYL und der Amadeu Antonio Stiftung listet für das Jahr 2014 bundesweit insgesamt 247 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, davon 36 Brandanschläge sowie 81 tätliche Angriffe auf Flüchtlinge. Darüber hinaus hat sie 292 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen und Demonstrationen protokolliert.⁶⁰ Die Initiative, die sich auf staatliche und zivilgesellschaftliche Daten stützt, wurde ins Leben gerufen, um die Gewalt und Hetze zu dokumentieren. Zu den Veranstaltungen wird meist über Facebook-Seiten mobilisiert. Die Veranstaltungen werden weitgehend von Rechtsextremen organisiert. Jedoch treten die Veranstalter gern unter dem Deckmantel „besorgter Bürger“ auf, auch um die Menschen vor Ort einzubinden und nicht zu verschrecken. Laut Innenministerium waren im Jahr 2014 an jeder zweiten Kampagne das Neonazi-Kameradschaftsnetzwerk „Freies

EIN BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Immenstadt. Kirche wendet sich gegen Rechtsextremismus und wirbt für Menschlichkeit

In Immenstadt wurden im Sommer 2015 die Evangelische Kirche, die muslimische Gemeinde und ein Asylheim beschädigt. Die Gebäude wurden mit Neonazi-Aufklebern verunstaltet, die von Konfirmandinnen und Konfirmanden der Gemeinde entwickelte Kunstinstallation für Menschlichkeit vor dem evangelischen Gemeindehaus wurde zerstört. Auch bei der muslimischen Gemeinde im Ort wurde randaliert. Immenstadt hat mit einem Schweigemarsch reagiert, an dem neben zahlreichen Menschen auch Bürgermeister Armin Schaupp, Dekan Jörg Dittmar und viele Pfarrer und Pfarrerinnen aus dem Dekanat sowie Regionalbischof Michael Grabow aus Augsburg teilnahmen. Beim Solidaritätsschweigen an der Erlöserkirche rief der Regionalbischof dazu auf:

„Lassen Sie uns (...) weiter vehement für die Würde aller Menschen eintreten, ganz besonders aber für diejenigen, die als Flüchtlinge und Asylsuchende aus den Konflikt- und Krisenregionen der Welt zu uns kommen und Schutz begehren. Bei uns im Kirchenkreis Augsburg und Schwaben ist kein Platz für Hass, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. All diesen Tendenzen müssen wir uns, wie heute Abend, vehement entgegenstellen und für ein offenes und tolerantes Bayern eintreten. Dies ist und bleibt die einzige Perspektive auch für die Zukunft.“⁵⁹

KONTAKT Pfarrerin Marlies und Pfarrer Ulrich Gampert, Dekan Jörg Dittmar, Dekanat.Kempton@elkb.de

58 Bedford-Strohm im Interview, geführt von Armin Jelenik: Stacheldraht hilft nicht. Landesbischof Bedford-Strohm warnt vor Abschottung, in: Nürnberger Nachrichten vom 17.09.2015, S. 3.

59 Pressemitteilung der ELKB, Kirchenkreis Augsburg und Schwaben vom 21.07.2015, Statement „Fremdenfeindliche Aktion Immenstadt“, vom 21.07.2015, Regionalbischof Michael Grabow.

60 Vgl. PRO ASYL / Amadeu Antonio Stiftung: Rechte Hetze gegen Flüchtlinge. Eine Chronik der Gewalt 2014. <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03> (Zugriff: 07.09.2015).

„Wir müssen die Ängste der Menschen und die Überforderung der Helferinnen und Helfer sehr ernst nehmen. Die Diskussion um gangbare Lösungen muss geführt werden. Sie darf nicht Populisten überlassen werden. Die Ängste ernst zu nehmen kann nicht heißen, sie durch unbedachte Äußerungen (‚Es können ja nicht alle Flüchtlinge dieser Welt zu uns kommen‘, ‚Recht und Ordnung sind außer Kraft gesetzt‘, ‚Wir werden islamisiert‘, etc.) noch zusätzlich zu verstärken. Vielmehr müssen wir Mut machen und die Zuversicht stärken und zeigen, dass in dieser Krise auch eine Chance steckt.“

Regionalbischöfin Gisela Bornowski, Ansbach

Netz Süd“ oder, nach dessen Verbot, die Nachfolgeorganisation „Der III. Weg“ aktiv beteiligt.⁶¹

Im Jahr 2014 wurden für Bayern 40 Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, davon fünf Brandanschläge, gezählt,⁶² so zum Beispiel im mittelfränkischen Vorra. Die Kriminalität gegenüber Flüchtlingen in Bayern ist im Jahr 2014 sprunghaft gestiegen, was für den gesamten Bereich der „Hasskriminalität“ gilt (um 60 Prozent auf 596 Meldungen).⁶³ „Hasskriminalität“ kann alle Personen treffen, die nicht in das menschenverachtende Schema rechts-extremer Ideologien passen. Auch im Jahr 2015 wurden Brandanschläge verzeichnet - im oberbayerischen Winden bei Reichertshofen wie auch im unterfränkischen Waldaschaff und im oberpfälzischen Neustadt an der Waldnaab. Die rechtsextremen und rassistischen Gewalttäter agieren weitgehend im Verborgenen; bislang ist es leider so, dass in vielen Fällen die Täter nicht gefasst und zur Rechenschaft gezogen werden.⁶⁴

Eine traurige Spitzenrolle nimmt der Freistaat im Bundesvergleich bei den flüchtlingsfeindlichen Kundgebungen und Demonstrationen ein: 93, rund ein Drittel des bundesweiten Gesamtaufkommens, wurden hier gezählt.⁶⁵ Kirchliche Einrichtungen wie das Diakonische Werk Bayern beobachten schon

seit geraumer Zeit beunruhigt, dass sich rechts-extreme Kameradschaften zunehmend gegen die Einrichtung von Asylunterkünften wenden und Hass schüren.⁶⁵

1.3 Kirche als Bewegung für Menschenfreundlichkeit

Es sind vielerorts die Kirchen, von denen aus Menschen in Not unterstützt werden und die sich öffentlich klar gegen die Angriffe auf das physische und psychische Wohlbefinden der

61 Vgl. Antworten des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 02.07.2015 betreffend Rechtsextremistische Gewalttaten 2014 und erstes Halbjahr 2015. Vom 24.08.2015, S. 1-7.

62 Vgl. PRO ASYL / Amadeu Antonio Stiftung.

63 Vgl. ebenda, S. 2.

64 Vgl. Antworten des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 02.07.2015 betreffend Rechtsextremistische Gewalttaten 2014 und erstes Halbjahr 2015. Vom 24.08.2015, S. 1-7, 3f. und insbesondere Anlage 3 und 4.

65 Vgl. PRO ASYL/Amadeu Antonio Stiftung: Rechte Hetze gegen Flüchtlinge. Eine Chronik der Gewalt 2014. <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03>

66 Vgl. Rückmeldung DKW Bayern (2).

Flüchtlinge positionieren. Es gibt einen breiten Konsens dafür, gegen rassistische und rechts-extreme Scharfmacher und Terroristen einzutreten, und auch den weit verbreiteten Wunsch, Flüchtlingen zu helfen und aus eigener Kraft etwas Positives beizusteuern.

Doch inmitten der Diskussion über Zahlen, Wege und Kosten der globalen Krisen stehen Menschen die „anpacken“, auch „vor der Haustür“. Das Thema „Flüchtlinge“ und „Flüchtlingshilfe“ hat uns gefunden, konstatieren Kirchenvertreter wie Stephan Reichel, der Beauftragte für Asylfragen der ELKB. In den Gemeinden, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, findet sich stets eine große Anzahl ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer. Ob auf dem Land oder in der Stadt, Jung oder Alt, sie heißen die Flüchtlinge willkommen, sammeln Kollekten im Gottesdienst, unterstützen bei der Kleider- und Essensversorgung wie bei der Beratung. Sie übernehmen Patenschaften, leisten Hausaufgabenhilfe und unterrichten Deutsch, organisieren Begegnungen und begleiten Arztbesuche und Behördengänge. Sie organisieren Schweigemärsche und Solidaritätsbekundungen, wenn Asylheime oder Menschen angegriffen werden. Und sie sind auch aktiv beim Schutz vor problematischen Abschiebungen, etwa im Kirchenasyl.⁶⁷ Es sind viele Teilerfolge, die im Umgang mit Flüchtlingen durch die Kirche erzielt wurden und die unsere Gesellschaft menschlicher machen.

Heute, nach über einem Jahr engagierter Arbeit, treffen die Flüchtlinge bereits häufig auf Strukturen, die zielgenaue Hilfe leisten können. Das Thema „Flüchtlingshilfe“ hat zu einer großen Belebung der Kirchen geführt, finden interne wie externe Beobachter.⁶⁸ Eine Umfrage aus dem Jahr 2014 zu den Hilfeleis-

tungen von Kirchengemeinden, kirchlichen Einrichtungen sowie der bayerischen Diakonie zeigt, wie groß die Hilfsbereitschaft ist. Die ELKB hat, um das kirchliche Engagement zu

Chance, Herausforderung, Bedrohung?

Kirchenmitglieder betrachten die Vielzahl der Menschen auf der Flucht, die zu uns kommen, als Chance und als Herausforderung, nicht wenige fühlen sich verunsichert. Viele fragen danach, wie sich ihr persönliches Leben und die Gesellschaft dadurch verändern.

Kirchenmitglieder, die weniger aktiv mit der Flüchtlingsthematik befasst sind, stellen sich vermehrt Fragen nach entstehenden Kosten und nach einem passenden Umgang mit künftigen neuen Nachbarn. Zahlreiche Ehrenamtliche und Hauptamtliche, ob Lehrerinnen, Polizisten oder Sozialarbeiter, helfen, die Situation für alle positiv zu gestalten und auftretende Integrationsschwierigkeiten möglichst gut zu bewältigen.

Manche persönlichen Eindrücke und Erlebnisse können zu inneren Konflikten und Überforderungen führen. Es können auch Fragen auftreten, die man alleine nicht mehr beantworten und bewältigen kann. Pfarrer und Pfarrerrinnen in Kirchengemeinden sowie in kirchlichen Diensten und Einrichtungen haben ein offenes Ohr. Sie sind für diesbezügliche Fragen ansprechbar. Die Experten der Asylsozial- und Migrationsberatung in den diakonischen Einrichtungen stehen in gleicher Weise mit ihrem Wissen zur Verfügung. Darüber hinaus kann man sich auch an unsere Telefonseelsorgestellen wenden.

KONTAKT Evangelische Telefonseelsorge (bayerweit)
Tel. 0800/111 0 111 oder 0800/111 0222

⁶⁷ Vgl. Rückmeldungen des Arbeitsbereichs Kirche und Asyl.

⁶⁸ Ebenda. Vgl. auch Medienanalyse vom Sommer 2015 (Schellenberg).



Münchener Hauptbahnhof im September 2015: Kardinal Reinhard Marx und Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm heißen Flüchtlinge willkommen.

FOTO: JOHANNES MINKUS

Helfer und Helferinnen unterstützen

Ehrenamtliche Helfer und Helferinnen müssen ebenso wie Hauptamtliche immer wieder mit hohen Belastungen umgehen und Schwierigkeiten meistern, sie können dabei an ihre eigenen Grenzen kommen. Die ELKB unterstützt diese Menschen durch Entspannungs-, Meditations- und Gesprächsangebote. Beispiele für kostenfreie Angebote sind:

„Ja, wir schaffen das! Auszeit für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit“
 Auch Engel machen einmal Pause.
 Zeit zum Aufatmen für Ehrenamtliche“

KONTAKT Evangelisches Bildungszentrum Hesselberg,
 info@ebz-hesselberg.de, Tel.: 098 54 / 10 – 50

WEITERE INFOS www.ebz-hesselberg.de

dokumentieren, eine digitale Übersicht zum Engagement angelegt (vergleiche Intranet).⁶⁹

Der Landesbischof betont: „Es ist beglückend zu sehen, wie viele Menschen in ihren Gemeinden jetzt wirklich zur Stelle sind, wenn es darum geht, den Glauben zu bewähren. Dieses ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge, das zum Kern unseres Glaubens gehört, das bringt Menschen auch zusammen – und das ist eine sehr schöne Erfahrung.“⁷⁰

1.4 Diakonisches und kirchliches Handeln

Doch ehrenamtliches Engagement muss gut organisiert werden, um längerfristig wirkungsvoll zu sein. Auch kann es professionelle Ar-

⁶⁹ Vgl. Rundschreiben „Willkommenskultur für Flüchtlinge in Kirchengemeinden“ von Oberkirchenrat Detlev Bierbaum vom 24. November 2014.

⁷⁰ Bedford-Strohm im Interview, geführt von Armin Jelenik: Stacheldraht hilft nicht. Landesbischof Bedford-Strohm warnt vor Abschottung, in: Nürnberger Nachrichten vom 17.09.2015, S. 3.

beit nicht ersetzen. Flüchtlinge brauchen kompetente Unterstützung, um die für sie wichtigen Informationen für die Neuorientierung in einer für sie fremden Gesellschaft zu erhalten und bei ihren Anliegen gegenüber Behörden und in Krisensituationen unterstützt zu werden. Sie brauchen dafür ausgebildete Ansprechpartner, die sich in den relevanten Rechtsgebieten auskennen und Beratungskompetenz besitzen.

Diese Aufgabe erfüllen die Mitarbeitenden der Asylsozialberatung der Diakonie. Sie beraten und unterstützen die Flüchtlinge in Beratungsstellen und vor Ort in den Asylunterkünften. Schon bei der Erstaufnahme ist sprachliche und rechtliche Begleitung nötig, oft auch Zuwendung und seelsorgerliche Hilfe. Die Fachkräfte kümmern sich insbesondere auch um diejenigen, die in besonderem Maße Schutz und Hilfe benötigen, wie zum Beispiel chronisch erkrankte Personen, unbegleitete Minderjährige, alleinerziehende Mütter oder Väter und traumatisierte Personen.

Die Asylsozialberatung vermittelt zwischen den Flüchtlingen und den Behörden sowie zwischen Flüchtlingen und der Nachbarschaft. Sie kann daher in einem begrenzten Umfang zur Bewältigung von Konflikten beitragen. Auch in den verschiedenen Phasen der Integration bleibeberechtigter Flüchtlinge sind professionelle Begleitung, aktive Unterstützung der Ratsuchenden zur Überwindung von Integrationshürden sowie die Vermittlung von Tipps

und Informationen für die Alltagsorientierung wichtig. Hier leistet die diakonische Migrationsberatung ihren Beitrag.

Die Beratungsfachkräfte der Migrationsberatung vermitteln Informationen zu Sprachkursen, zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen, zum Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt und beraten in Krisensituationen. Sie arbeiten mit anderen Integrationsakteuren in Netzwerken zusammen, um die Integration vor Ort zu fördern.⁷¹

Hilfe für Flüchtlinge ist eine staatliche Aufgabe und eine christliche Beistandspflicht. Tatsächlich deckt kirchliche Flüchtlingshilfe, getragen von Diakonie, Caritas und vielen Gemeindekreisen, über 80 Prozent der professionellen bayerischen Flüchtlingsarbeit ab. Dazu kommen viele tausend Ehrenamtliche der Kirchengemeinden, der Diakonie und der Caritas.

Darüber hinaus unterstützt die ELKB Bau- oder Umbauprojekte und bemüht sich zudem darum, kirchliche Immobilien entweder langfristig als Wohnraum (zum Beispiel leerstehende Pfarrhäuser) oder kurzfristig für Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen.⁷² Kirche und Diakonie möchten eine „Willkommenskultur für Flüchtlinge“ organisieren.⁷³ Um Strukturen, Regeln und Prozesse für Hilfe zu professionalisieren, wurde im August 2015 im Landeskirchenamt die Gruppe „Wir schaffen Herberge“ eingerichtet. Hier können zusätzlich benötigte Finanzmittel beantragt werden. Für die Jahre 2015 und 2016 wurden jeweils zehn Millionen Euro zur Verfügung gestellt.⁷⁴

Aus Hilfsbereitschaft sind konkrete Hilfe und anwaltschaftliches Engagement gewachsen. Diejenigen, die sich von Nächstenliebe inspiriert auf den Weg zu den Flüchtlingen begeben haben, wachsen im Umgang mit den Menschen in Not. Die quälende Ungewissheit von Menschen, die dringend Hilfe brauchen, die Notwendigkeit einfacher Angebote wie Hausaufgabenhilfe oder Sport, oft auch eingefahrene Bürokratien und rechtliche Unsicherheiten lassen sie selbst zu einem wichtigen Teil

⁷⁰ Vgl. Rückmeldung *Diakonisches Werk Bayern (Migration, Nürnberg, Stoll)*.

⁷¹ Vgl. *Input zum Thema „Flüchtlinge“, Hesselbergkonferenz vom 1.10.2015, Oberkirchenrat Helmut Völkel*.

⁷² Vgl. z.B. *Schreiben von Dr. Tobias Mähner (Diakonisches Werk Bayern) vom 7.09.2015 zum Thema „Unterbringung von Flüchtlingen“*.

⁷³ Vgl. *Brief an alle (Gesamt-)Kirchengemeinden, Dekanatsbezirke, kirchliche Einrichtungen und freie Träger vom Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und der Präsidentin der Landessynode der ELKB, Annekathrin Preidel vom 1. Oktober 2015*.

The screenshot shows the website of the Evangelisches Bildungswerk Bayreuth/Bad Berneck/Pegnitz e.V. The main content area features a seminar announcement titled "Politik und Gesellschaft" scheduled for Wednesday, 30.09.2015, at 19:30 Uhr in the Seminarraum im Hof, Richard-Wagner-Str. 24, 95444 Bayreuth. The topic is "Traumatisierung durch Flucht- und Gewalterfahrungen" (Traumatization through flight and experiences of violence), presented as a lecture and discussion. The text explains that the organizers aim to support multipliers and those responsible in their field of activity, who often deal with asylum seekers. It mentions that Sr. Edith Schmidt has extensive experience in treating traumatized clients and that the seminar will address the psychological burdens of refugees, including the challenges of language barriers and the need for interpreters. The seminar is free of charge, and donations are welcome. Contact information for Edith Schmidt, a diploma psychologist, is provided. A sidebar on the left lists various offerings such as "Unser Angebot" (Our Offer) including religion, politics, and life, and "Angebote der Gemeinden" (Offers of the Communities). The footer contains copyright information for 2014 and links to the privacy policy and imprint.

*Fortbildungs-
veranstaltung des
Evangelischen
Bildungswerks
Bayreuth/
Bad Berneck/
Pegnitz e.V.*

„Wir schaffen Herberge“

Ziel der Initiative der ELKB ist schnelle, wirksame Hilfe für Flüchtlinge: Bereitstellung von Unterkünften, Unterstützung und Fortbildung von Ehrenamtlichen und Ehrenamtskoordinatoren, gemeindliche, berufliche und schulische Integrationsmaßnahmen, Asylsozialberatung etc.

KONTAKT herberge@elkb.de

vgl. auch Präsentation auf der Hesselbergkonferenz „Wir schaffen Herberge“ von den beiden Oberkirchenräten Dr. Erich Theodor Barzen und Dr. Hans-Peter Hübner

der Flüchtlingshilfe werden. Doch damit sie sich hilfreich und effizient einbringen können, aber auch um einer persönlichen Überbeanspruchung vorzubeugen, sind Koordinatoren für Ehrenamtliche nötig.⁷⁵ Die zahlreichen in der Flüchtlingshilfe tätigen Menschen können sich – im Rahmen der Erwachsenenbildung – zu Expertinnen und Experten in Flüchtlingsfragen entwickeln, die sich öffentlich für die Belange von Flüchtlingen einsetzen, und beginnen, Forderungen an Politik und Behörden zu formulieren – nolens volens zeigen sie dabei Gesicht gegen Rechtsextremismus.

⁷⁵ Vgl. Workshop „Flüchtlingsarbeit an der Schnittstelle zwischen Kirche und Diakonie“, Hesselbergkonferenz, vom 1.10.2015, verantwortlich: Oberkirchenrat Michael Martin und Oberkirchenrat Detlev Bierbaum, Protokoll: Michael Thoma.

KAPITEL IV

**Handlungsfähig für den Menschen
und gegen Rechtsextremismus**

Kirche kann als Ort der öffentlichen Verständigung in der Zivilgesellschaft und zwischen unterschiedlichen politischen und sozialen Initiativen gegen den Rechtsextremismus agieren. Sie ist Teil der Gesellschaft, Akteur und Mitstreiter. Zudem ist sie Kooperationspartnerin des Staates. Kirche gilt als ein Ort, der von sehr unterschiedlichen Beteiligten akzeptiert wird. Von daher ist sie in der Lage, mit den unterschiedlichsten Gruppen zu kommunizieren, moderierend divergierende Interessen zum Ausgleich zu bringen und ein Bündnis auf Zeit für ein gemeinsames, konkretes Handeln gegen Rechtsextremismus zu schmieden. Dabei begibt sie sich an die Seite der zivilgesellschaftlichen Akteure, etwa wenn es darum geht, gemeinsam Strategien der konkreten Intervention vor Ort zu entwickeln – auch jenseits der traditionellen Formate. Dabei müssen die nichtkirchlichen Partner konkrete kirchliche Positionen nicht teilen, aber offen sein für die spezifischen Beweggründe.

Mit diesen Möglichkeiten und Rollen muss sich Kirche aber auch der unterschiedlichen Dilemmata bewusst sein, die sich in der gemeinsamen Arbeit mit sehr unterschiedlichen Akteuren, zum Beispiel staatlichen und unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen, ergeben können.⁷⁶

Für eine gewinnbringende Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist es wesentlich, den Ursachen und den Entstehungsbedingungen von Ressentiments nachzuspüren – nicht hilfreich hingegen ist eine rein moralische Disqualifizierung, die oft lediglich der eigenen Erhöhung dient, aber wenig beim Gegenüber bewirkt. Es geht vielmehr darum, den Funktionen und auch der Attraktivität von Ressentiments nachzugehen, um sie angemessen reflektieren und kritisch zurückweisen zu können – wohl wissend, dass auch Menschen mit kirchlicher Bindung von ihnen keineswegs frei sind.

Eine solche Haltung erleichtert die Auseinandersetzung auch mit manifestem Rechts-

extremismus, denn tiefgehende Auseinandersetzung findet oft asymmetrisch statt. Das liegt daran, dass Rechtsextreme einerseits die Demokratie und deren Rechte für sich nutzen – sei es die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit oder ihr Klagerecht. Andererseits machen sie deutlich, dass sie diese Demokratie mit ihren demokratischen Rechten, sofern sie einflussreicher würden oder gar die Regeln selbst bestimmen könnten, sofort abschaffen würden. Rechtsextreme nehmen für sich elementare Rechte, Grund- und Menschenrechte, in Anspruch, die sie anderen nicht zubilligen. Sie nehmen diese widersprüchliche Haltung wie ihr historisches Vorbild, die Nationalsozialisten, in Kauf, weil sie dadurch strategische Vorteile erzielen. Dies führt für alle Akteure, die sich gegen sie stellen, zu vielschichtigen Dilemmata-Situationen.

Einige seien hier erwähnt:

- *Dilemma für die Politik:* Sollte man eine Partei wie die NPD nicht sofort verbieten, damit sie das Parteienprivileg verliert und keine Finanzierung durch Wahlkampfkostenerstattung mehr erhält und man sie nicht mit öffentlichen Mitteln am Leben hält? Oder wird man nicht selbst autoritär und letztlich undemokratisch, wenn der Staat eine Partei, die einen Zusammenschluss von Menschen, die bestimmte politische Ziele verfolgen, darstellt, verbietet? Und hat ein Verbot einer Partei oder anderer Organisationsformen tatsächlich etwas mit der Bekämpfung menschenverachtender Orientierungen zu tun?

- *Dilemma für kommunalpolitisch Verantwortliche:* Wenn Neonazis in einer Stadt eine Demonstration oder Kundgebung anmelden, soll sie dann verboten werden? Damit tritt die Versammlungsbehörde einerseits eindeutig auf und zeigt klar, wo die Grenzen des Akzeptier-

⁷⁶ Vgl. Rückmeldung Erwachsenenbildung (Wolff).

Solidarität mit Menschen, die für Demokratie und Menschenwürde eintreten: der Fall „Tina Krause“

Tina Krause ist Sprecherin des von ihr mitgegründeten zivilgesellschaftlichen Bündnisses „KunterbunT – Farbe bekennen für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde“. Sie bezieht Stellung gegen Neonazis und Rassismus, ob in Bürgerforen, in Artikeln für die Internetplattform „Endstation Rechts“ oder auf Demonstrationen, die sie oft selber anmeldet. Aufgrund ihres Engagements in aller Öffentlichkeit wurde sie von Rechtsextremen und ihren Sympathisanten zur ‚Hassfigur‘ erkoren. Sie wurde im Internet beleidigt und diffamiert, man hat versucht,

sie einzuschüchtern, ihr Engagement für Menschlichkeit wurde als Linksextremismus verunglimpft. In diesen für Frau Krause beklemmend-schweren Zeiten hat sich der evangelisch-lutherische Dekanatsbezirk Bayreuth mit seinen Gemeinden und Einrichtungen mit ihr solidarisiert. Die Evangelische Kirche hat, vertreten durch die Dekanatsynode und durch Dekan Hans Peetz, das Engagement von Tina Krause gewürdigt und ihr für ihren Einsatz für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde gedankt. Andere schlossen sich dieser Würdigung an, zum Beispiel die SPD.

KONTAKT Dekan Hans Peetz, Hans.Peetz@elkb.de

blen sind. Andererseits gibt sie damit den Neonazis die Möglichkeit vor Gericht zu ziehen und ganz demokratisch ihr Demonstrationsrecht einzuklagen. Die Neonazis können einen symbolisch wichtigen Sieg erringen – damit könnte die Versammlungsbehörde in Fragen der Demokratie selbst blamiert wirken.

- *Dilemma für zivilgesellschaftlich engagierte Menschen:* Sie stellen sich gegen Rechtsextremismus und wollen mit allen Möglichkeiten zum Ausdruck bringen, dass sie menschenverachtenden Ideologien keinen Platz in ihrer Stadt einräumen. Deswegen sagen sie, dass sie einen Demonstrationszug der Neonazis blockieren würden. Das ist sicherlich aufgrund der ethischen Grundhaltung legitim, aber es ist dann nicht mehr legal, wenn ein allgemeines Versammlungsverbot besteht oder falls nach einer dreimaligen Aufforderung durch die Polizei die Straße nicht verlassen wird. Hier befinden sich engagierte Personen im Dilemma zwischen

Legitimität und Legalität, zwischen zwei jeweils für sich sehr hohen Werten.

- *Dilemma für die Medien:* Einerseits ist es unabdingbar, dass die Medien über Aktionen und Taten von Rechtsextremisten berichten und damit die Öffentlichkeit informieren. Das Thema macht sich meist dann gut, wenn es Faktoren wie „Schaden“, „Dramatik“ und „Negativität“ erfüllt. Andererseits belohnt die Erwähnung in der Zeitung oder im Fernsehen die Rechtsextremen in gewisser Weise; ihre Ideologie wird öffentlich bekannt und damit manifest. Zusätzlich ist ihre deutliche Erwähnung ein schwieriges Signal an alle anderen Menschen, die sich für ihr menschenrechtlich-demokratisches Engagement auch nur einen Bruchteil der Aufmerksamkeit wünschen, welche die Neonazis erfahren.
- *Dilemma für die Polizei:* Polizeibeamte haben einen Eid auf das bundesdeutsche Grundgesetz geschworen. Es ist deshalb davon aus-

zugehen, dass Ihnen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte am Herzen liegen. Nun müssen sie – möglicherweise aufgrund eines Gerichtsurteils – das Demonstrationsrecht von Menschen schützen, die diese Grund- und Menschenrechte mit Füßen treten. Außerdem müssen sie sich möglicherweise noch Äußerungen von Gegendemonstranten anhören wie „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“.

- *Dilemma für viele Lehrkräfte:* sie wollen einerseits über neonazistische Symbole und Zeichen und über rechtsextreme Musik informieren. Das ist wichtig, damit ihre Schülerinnen und Schüler aufgeklärt sind, Rechtsextremismus erkennen und sich dementsprechend wehren oder andere Jugendliche ebenfalls informieren können. Andererseits erledigen Lehrkräfte damit das Geschäft der Rechtsextremisten, nämlich die Verbreitung ihrer Gedanken, Ansichten, Symbole und Codes, die dann möglicherweise auch noch pubertäre Reaktionsweisen von Aufbegehren gegen Erwachsene, hier Lehrer, hervorrufen können.

Diese Dilemmata sind unausweichlich, sie treten immer wieder auf. Häufig findet sich bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus keine eindeutige oder einzige Lösung.

Doch es gibt auch Leuchttürme gelungener Auseinandersetzung: gute Beispiele aus der Praxis, die zeigen, dass im Engagement gegen Rechtsextremismus auch breit akzeptierte Lösungen, die viele Menschen tragen, gefunden werden können. Und die zeigen, dass engagierten Bürgerinnen und Bürgern hierbei eine zentrale Rolle zukommt. Ein solches gutes Beispiel ist die Initiative „Keine Bedienung für Nazis e.V.“, in der sich Regensburger Gastronominnen und Gastronome nach rassistischen und rechtsextremen Übergriffen in einem Lokal mit den Betroffenen solidarisiert haben. Mit dieser gezielten Reaktion war es möglich, eine klare und von Vielen getragene Antwort zu finden.

Preis „Das unerschrockene Wort“ der Lutherstädte für die Initiative „Keine Bedienung für Nazis e.V.“

Neonazis beleidigten eine schwarze Frau und ihr Kind im Juni 2010 rassistisch und bedrängten sie, woraufhin ein Barkeeper des Regensburger Lokals „Picasso“ dazwischen ging und die pöbelnde Gruppe vertrieb. Etwa zwei Wochen später rächten sich die Neonazis an dem Barkeeper: Sie verprügelten ihn und verwüsteten das Lokal, in dem er arbeitete. Zuvor waren die Neonazis mit „Sieg Heil“-Rufen durch die Stadt gezogen. Dem Barkeeper gelang es, mit schwereren Verletzungen zu entkommen und sich in einen benachbarten Imbiss zu flüchten. Die herbeigerufene Polizei nahm die Neonazis schließlich fest, nüchterte sie aus und ließ sie am nächsten Tag wieder frei. Regensburger Gastronomien sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger wollten weitere Übergriffe verhindern und Rassisten im öffentlichen Raum eine deutliche Absage erteilen, auch christliche Pfadfinder beteiligten sich. Die Initiative „Keine Bedienung für Nazis e.V.“ war geboren. Entsprechende Aufkleber mit dem Motto „Rassisten werden hier nicht bedient“ wurden an den beteiligten Lokalen angebracht, und eine breite öffentliche Debatte war entfacht. Heute stehen Regensburger Lokale und ihre Betreiber breit hinter der Kampagne, andere Städte haben sich der Aktion angeschlossen. Die Initiative wurde im Jahr 2013 mit dem Preis „Das unerschrockene Wort“ der Lutherstädte ausgezeichnet und mit einem Preisgeld von 10.000 Euro bedacht. Regionalbischof Dr. Hans-Martin Weiss aus Regensburg begleitete gemeinsam mit Oberbürgermeister Joachim Wolbergs die Preisverleihung.



Vor der Urkunde des unerschrockenen Wortes: Ludwig Simek, Melec Yelkenci und Helga Hanusa von der Initiative „Keine Bedienung für Nazis e.V.“, Oberbürgermeister Joachim Wolbergs (links) und Regionalbischof Hans-Martin Weiss (rechts).

FOTO: INITIATIVE „KEINE BEDIENUNG FÜR NAZIS E.V.“

Nahezu alle Formen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten sind von diesen Dilemmata geprägt. Als Kirche sollten wir für einen respektvollen Umgang gegenüber den jeweiligen Entscheidungen in solchen Dilemmata-Situationen werben. Wir vermitteln zwischen denjenigen, die sich in diesen Dilemmata-Situationen für unterschiedliche Wege entscheiden. Im Wissen, dass dem Dilemma in

der Regel niemand entkommt, sprechen wir uns für einen mutigen und offenen Umgang damit aus.

Es gehört zu unserem Christ-Sein, auch dann handlungsfähig zu sein, wenn nicht alle Bedingungen in unserer Umwelt klar und eindeutig sind, auch wenn unser Eintreten gegen Menschenfeindlichkeit selbstverständlich, klar und eindeutig ist.

Raus aus der Schweigespirale!

Eine Frage, die jeden Einzelnen betrifft: Wie reagieren, wenn Freunde, Nachbarn oder Verwandte in Sozialen Netzwerken fremdenfeindliche Äußerungen posten? Ignorieren? Kommentieren? Oder gar die betreffende Person aus seiner Freundesliste streichen? Auch wenn Facebook & Co als Zeitfresser nerven können, lohnt es sich, die Auseinandersetzung zu suchen. Wer fremdenfeindliche Inhalte postet und keinen Widerspruch erhält, fühlt sich bestätigt. Seine Einstellung wird sich verfestigen. Auch beim unbeteilig-

ten Leser hinterlässt unwidersprochene rassistische Post einen Eindruck, Menschenfeindlichkeit wird zur scheinbar akzeptablen Meinung. Elisabeth Noelle-Neumann hat diese Tendenz bereits in den 1970er Jahren als „Schweigespirale“ beschrieben. Wie man seine Reaktion formuliert, hängt nicht zuletzt von der Beziehung zu demjenigen ab, an dessen Post man Anstoß nimmt. Ein fundiertes Argument, eine humorvolle Spitze oder selbst ein klares „Gefällt mir nicht!“ können wirkungsvolle Impulse sein.

KONTAKT Manfred Walter, Landessekretär Evangelische Landjugend, manfred.walter@elj.de

Resümee

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern setzt sich mit ihren Haltungen und Erfahrungen nachhaltig für Menschenfreundlichkeit ein und tritt Rechtsextremismus klar entgegen. Sie steht den Menschen tatkräftig zur Seite mit ihren räumlichen, personellen, logistischen und überzeugenden ideellen Kapazitäten. Vor dem Hintergrund der christlichen Botschaft wenden wir uns mit unserem Glauben gegen Rechtsextremismus und jegliche Menschenfeindlichkeit und rufen zu einem sozialen und menschlichen Miteinander auf. Dabei verstehen wir uns gleichwohl als Partnerin des Staates wie der Zivilgesellschaft und arbeiten, wo möglich, gemeinsam mit diesen Akteuren - ob in überregionalen Bündnissen für Menschenwürde und Toleranz oder an lokalen Runden Tischen gegen Rechtsextremismus, ob in der Pflege, der Erwachsenenbildung, in der Jugendsozialarbeit oder im Kindergarten.

Die ELKB setzt sich für Menschen ein, sie sorgt für Orientierung und Schutz in der Gegenwart und Zukunft. Das Thema Rechtsextremismus und verschiedene Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wollen wir perspektivenreich und damit möglichst

umfassend bearbeiten: So setzen wir uns mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit kritisch auseinander und treten gegenwärtigen Formen von Menschenfeindlichkeit engagiert entgegen. Wir sammeln und reflektieren unser vielschichtiges Handlungsrepertoire und haben das Ziel, es kontinuierlich im Austausch mit der Praxis, auf der Höhe der Forschung – und wo möglich auch in Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern – kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dafür sind Koordination, personeller Einsatz und eine aufmerksame, den gegenwärtigen Anforderungen und Bedürfnissen entsprechende Fortentwicklung von Zugängen und Formaten nötig.

Das Engagement der ELKB umfasst innerkirchliche und gesellschaftliche Perspektiven. Wir sehen unsere Aufgabe in der Gegenwart und Zukunft darin, Diskussionsprozesse zu begleiten oder auch erst anzustoßen, innerhalb, aber auch außerhalb der Gemeinden. Und gemeinsam mit unseren zivilgesellschaftlichen und staatlichen Partnern inspiriert und inspirierend das Engagement gegen Rechtsextremismus und für ein menschenfreundliches Miteinander voranzubringen.

ANHANG

**Nicht belehren, nicht moralisieren.
Argumentationshilfen gegen
rechtsextremistische Äußerungen**

Nicht belehren, nicht moralisieren

Argumentationshilfen gegen rechtsextremistische Äußerungen

Hierzu ein paar Vorschläge:

Das Parolenspringen nicht mitmachen:

Die Parolenvertreter wechseln von einem Thema zum nächsten, bringen schlagwortartig eine Parole nach der anderen ins Spiel. Das sollte gestoppt werden; wer dagegen halten will, sollte darauf beharren, am Thema zu bleiben und konsequent auf einen Punkt nach dem anderen einzugehen.

Initiativ werden:

Die Seite der Protagonisten ist nach aller Erfahrung sofort in der Offensive. Dagegen sollten diejenigen, die widersprechen, die Initiative übernehmen und die Gesprächsführung in die Hand nehmen.

Gesprächsregeln herstellen:

Wenn es zu laut wird und alles durcheinander gerät – was eigentlich immer der Fall ist – dann heißt es, Regeln aufzustellen und einzufordern: z.B. ausreden lassen, zuhören, am Thema bleiben.

Gezielt nachfragen:

Die Schwadronen an den Stammtischen ergehen sich oft in Allgemeinplätzen. Dagegen sollten sie angehalten werden mitzuteilen, was sie gemeint haben, konkret zu werden, Ross und Reiter zu benennen (Was heißt genau und im Detail? Welche Personen kennst du? Welche Beispiele hast du? Und woher?)

Zum Zuhören zwingen:

Bekundungen an den Stammtischen erfolgen nicht mit der Absicht, echte Gespräche zu führen. Diese haben nämlich das Ziel zuzuhören, Argumente abzuwägen und ggf. mit der Einsicht

aufzunehmen, eine bessere Erkenntnis gewinnen zu können. So laufen aber die Situationen an den Stammtischen nicht. Um wenigstens ansatzweise ein echtes Gespräch herbeizuführen, sollte darauf bestanden werden zuzuhören.

Keine Belehrung:

Wer belehrt, schafft Abwehr. Wer lässt sich schon freiwillig pädagogisieren? Belehrungen wirken überheblich, besserwisserisch, führen dazu, dass abgeschottet wird.

Nicht moralisieren:

Wer moralisiert, also empört den Zeigefinger hebt, demonstriert eine bessere, eine höhere Erkenntnis. Abgesehen davon, dass er sie sicherlich hat, kommt das nicht gut an. Denn das damit hergestellte Gefälle lässt sich nicht mehr überwinden.

Mit Moral argumentieren:

Dagegen sollte der eigene Standpunkt durchaus mit dem Hinweis auf die Menschenrechte, das Grundgesetz oder die christliche Gebote begründet werden. Das zeigt, von welchem sicheren Fundament aus man die Gegenposition begründet, aber es bietet im Unterschied zum Pathos des Moralisierens noch Zugänge zum Gesprächspartner.

Das „die“ auflösen:

„Die“ Ausländer, „die“ Juden, „die“ Schwulen... – charakteristisch für die Parolen sind ihre höchst allgemeine Pauschalität. Deshalb nachfragen, wer genau gemeint ist: Gehört zu „den“ Ausländern auch der italienische Gastwirt, die spanische Mitschülerin der Tochter, der belgische Kollege?

Probleme verdeutlichen:

Allgemeine Verunglimpfungen kommen flott daher, schwer zu beantworten ist hingegen z.B. die Nachfrage: Wie sollte später deine Rente gesichert werden, wenn nicht durch „ausländische“ Rentenbeitragszahler?

Widersprüche aufdecken:

Keiner lebt im völligen Einklang mit sich selbst, sicherlich auch nicht diejenigen, die lauthals ihre Parolen von sich geben. Bei allzu viel Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus ist es vielleicht einmal angebracht, auf den Pullover des Gegenüber zu verweisen, der möglicherweise aus China kommt. Oder zu fragen, wo die Billigwaren produziert werden, die wöchentlich bei Aldi, Lidl oder Tchibo im Extraangebot gekauft werden.

Die Luft heraus nehmen:

Wenn die Tonlage steigt und der Umgang schroff wird – was sehr schnell passiert, denn es sind intensive Gefühle im Spiel –, dann ist es sinnvoll mit einer ablenkenden Bemerkung zur Entkrampfung beizutragen. Einfach auf etwas anderes hinzuweisen hilft, z.B. warum der Wirt heute mit dem Bier so lange braucht.

Gefühle ansprechen:

Auch Aggressionen sind Gefühlsäußerungen – sie verraten viel von der Lebenssituation und den Bedürfnissen des Menschen, der sie äußert. Vielleicht kommt in der Heftigkeit eine Angst, ein Bedrohungsgefühl, eine Kränkung zu Tage. Mit Sicherheit ist der Stammtisch der denkbar ungeeignetste Ort für Therapieversuche. Aber ernst nehmen sollte man diese Gefühle. Vielleicht öffnet ja die Frage „Warum regst du dich so auf?“ eine völlig neue Perspektive.

Brücken bauen:

Hinter vielen Parolen steckt durchaus auch so etwas wie eine „subjektiv erlebte Wahrheit“. Statt Mauern kann es sinnvoll sein, Brücken zu bauen. Das Motto hieße dann: „Du hast ja auch Recht, aber sieh doch mal...“. So entsteht eine Beziehung und die starre Konfrontation wird aufgeweicht.

Grenzen setzen:

Auch wenn Brücken gebaut werden sollten, Grenzen müssen dennoch gezogen werden.

Denn bei Menschenverachtung oder offenem Rechtsextremismus darf es keinen Kompromiss geben. Wer beispielsweise behauptet, Auschwitz sei eine Lüge, mit dem ist kein Gespräch möglich. Das sollte an dieser Stelle auch beendet werden, d.h. zahlen und gehen.

Die Perspektive wechseln:

Warum so viel Abwehr denjenigen gegenüber, die anders sind, anders leben, anders aussehen, eine andere Herkunft, eine andere Religion haben? Ist da möglicherweise auch Neid im Spiel? Man kann es ansprechen, aber dann in der Wir-Form (denn es gilt ja Brücken zu bauen): „Vielleicht sind wir ja neidisch auf ihre Spontaneität, Freiheit, Lebenslust...“. Oder auf ein anderes Szenario hinweisen: „Was wäre, wenn man selbst einmal um Asyl bitten müsste etc.“ „Was wäre, wenn die Nationalsozialisten noch an der Macht wären und wir den Krieg gewonnen hätten?“

Solidarität organisieren:

Das Muster immer das gleiche: Die Seite der Parolenverkünder bedient sich untereinander mit Stichworten, unterstützt sich, spielt sich die Bälle zu. Auf der anderen Seite sitzen oftmals einsam erstarrte oder gar schweigende Einzelkämpfer. Warum sollte da nicht Solidarität hergestellt werden, etwa durch eine Ansprache und Aufforderung, auch einmal etwas zu äußern?

Auf die Unentschiedenen achten:

Ein Gespräch ist selten so strukturiert, dass es nur zwei Seiten gibt, entschiedene Pro- und deutlich erkennbare Contra-Vertreter. Dazwischen sind noch andere, Indifferente, Abwartende, Dabeisitzende, Unentschlossene. Auf sie kommt es in erster Linie an, sie und nicht der harte Kern der Parolenwerfer sind die eigentlichen Adressaten des Gesprächs. Sie sind noch offen und ansprechbar sowie zu beeindrucken von der Entschlossenheit, mit der die Widersprüche zu den Parolen geäußert werden.

Authentisch bleiben:

Überzeugungsstärke, Entschiedenheit, Geradlinigkeit und Echtheit beeindrucken. Das imponiert gerade denjenigen, die selbst ein Autoritätsproblem haben (und dieses verbirgt sich oft hinter den markigen Sprüchen). Man kann der Empfehlung Luthers folgen „tritt frei auf, sprichs gerade aus, hör bald auf“. Wer diese Weise klar und authentisch ist, hat eine größere Wirkung, als er/sie zunächst zu glauben vermag.

Witz und Ironie einbringen:

Ironie zeigt Absurditäten auf, macht Widersprüche deutlich und entkrampft. Vorsicht ist aber geboten: Zynismus ist da nicht gemeint, dieser verletzt und verschärft die Situation. (Beispiel: „Jeder Sozialhilfeempfänger hat einen Hund und ein Handy“. Antwortmöglichkeit 1: Soll er seinen Hund erschießen?“, Antwortmöglichkeit 2: „Das ist ja toll, wann gehst du zum Sozialamt?“ Ein weiterer Fall: „Wir brauchen wieder ein Nationalbewusstsein“. Antwort: „Machst du auch jeden Morgen Flaggenparade in deinem Garten?“ Ans Dadaistische erinnert der folgende Wortwechsel: „Deutschland den Deutschen“. Antwort: „Und Pizza den Pizzen“.

Ansprüche reduzieren:

Man muss wissen, dass die Einstellung der Stammtischbrüder und -schwestern im Kontinuum einer Lebensgeschichte steht. Die zum Ausdruck gebrachten Vorurteile und Zerrbilder haben sie sich über Jahre hinweg angeeignet. Da ändert zunächst einmal die Konfrontation mit einer Gegenposition wenig. In einem meiner Seminare prägte ein Teilnehmer die Formel: Was ohne Argumente geglaubt wird, kann auch nicht mit Argumenten widerlegt werden“. Ganz so kategorisch muss es zwar nicht gesehen werden, aber ein Kern Plausibilität steht in diesem Satz. Und er befreit auch von Allmachtsphantasien. Die absurde Botschaft lautet: Du hast wenige Chancen, daher nutze sie. Dahinter steht die Erkenntnis, dass die Parolen

auf psychosozialen Bedingungen und Faktoren beruhen. Für diese sind nicht diejenigen verantwortlich die dagegenhalten. Aber sie sind mitverantwortlich für eine zivilisierte demokratische Gesellschaft.

Die langfristige Wirkung beachten:

Ein Gespräch ist nie zu Ende, auch wenn die Begegnung vorbei ist. Vieles wirkt nach, gerade wenn – siehe oben – der Widersacher mit seiner Authentizität überzeugt haben sollte. Aus vielerlei Gründen (der Angst vor dem Gesichts- oder Prestigeverlust z.B.) werden im Gespräch keine Zugeständnisse gemacht. Aber vielleicht verknüpfen sich die gemachten Erfahrungen und die gehörten Worte Wochen oder Monate später mit einer anderen Begegnung und dann macht es vielleicht „klick“.

Ist das alles zu viel? Keine Sorge, auswendig gelernt werden sollen diese Empfehlungen nicht. Aber wer sich auf die Gespräche einlässt, der wird merken, dass es geht. Und nach mehreren Auseinandersetzungen kommen die vorgestellten Reaktionsmöglichkeiten wie von selbst.

(Nach Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer)

Anhang

Beteiligung an der Publikation „Ja zu gelebter Menschenfreundlichkeit Gottes. Nein zum Rechtsextremismus. Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern“

I. Rückmeldungen zur Befragung aus den Gemeinden und Handlungsfeldkonferenzen

Wir danken herzlich allen Einzelpersonen, Gemeinden und Handlungsfeldkonferenzen, die sich im Zug der Erarbeitung dieser Broschüre mit diesem Thema auseinandergesetzt und uns Material zur Verfügung gestellt haben:

1. Bericht zu Partnerschaft und Projekt „Bunt statt Braun“, Zusammenarbeit zwischen Münchner und Oberprexer Gemeinden, Oberprex, Pfarrerin Ulrike Wilhelm, Tutzing
2. Beschreibung „Pommersfelden ist bunt“, Pfarrer Andreas Steinbauer, Pommersfelden
3. Chronik „Wunsiedel ist bunt“: Erfahrungen als Gemeindepfarrer von 2000 bis 2013, Pfarrer Jürgen Schödel, Wunsiedel
4. „Coburg ist bunt“, Mailwechsel Christine Schürmann, Dekanin, Gräfenberg, und Andreas Kleefeld, Dekan, Coburg
5. Einführende Überlegungen zum Engagement der ELKB gegen Rechtsextremismus, Regionalbischof Prof. Dr. Ark Nitsche, Nürnberg
6. Erfahrungsbericht, Partnerschaft gegen Rechtsradikalismus, Exkursion nach Oberfranken, Oberprex, Pfarrer Michael Stein, Pöcking
7. Erfahrungsbericht und fachliche Informationen, Aussiedler, Flüchtlinge – Migration. Konfrontation mit Rechtsextremismus und Vorurteilen, Pfarrer Gottfried Rösch, Deggendorf
8. Gute Praxis in Rothenburg/Tauber, u.a. Themenschwerpunkt: „Menschenrechte“, Aktivitäten zur Antirassismuswoche und Projekt zur Online-Dokumentation der Nazizeit in Rothenburg ob der Tauber, www.rothenburg-unterm-hakenkreuz.de, Dr. Oliver Gußmann und Wolf Stegemann, Evangelisches Bildungswerk Rothenburg/Tauber.
9. Heft: „10. Fußballfest gegen Rassismus“, Nürnberg, u.a. Evangelische Jugend Nürnberg vertreten durch Diakon Burkhard Dlugosch, Pfarrer und Ausländerbeauftragte des Evangelisch-Lutherischen Dekanats Nürnberg Kuno Hauck, Daniela Flachenecker vom Eichenkreuz, Nürnberg
10. Jugendarbeit und deren präventive Effektivität gegenüber Rechtsextremismus, außerdem ergriffene Maßnahmen nach Anschlag auf Jugendzentrum in Weißenburg, Dekanatsjugendreferent Frank Schleicher (Interview)
11. Mailwechsel zum Thema zum Thema „Coburg ist bunt“, Coburg, Dekanin Christine Schürmann (Gräfenberg) und Dekan Andreas Kleefeld, Coburg
12. Offener (ökumenischer) Brief des Erzbischöflichen Dekanats Fürth gegen die rechtsextreme Bürgerinitiative „Soziales Fürth“, Dekan Jörg Sichelstiel, Dekan André Hermany, Fürth
13. Plakataktion gegen Fremdenhass, Nürnberg, Regionalbischöfe Elisabeth Hann von Weyhern und Regionalbischof Prof. Dr. Stefan Ark Nitsche
14. Praxisbeispiel als Text „Evangelische Erwachsenenarbeit“, Dr. Jürgen Wolff
15. Praxisbeispiel als Text, Öffentliche Kirche – Ein Abend im September vor der Lorenzkirche, Engagement gegen rechtsextreme Kundgebung, Nürnberg, Regionalbischof Prof. Dr. Stefan Ark Nitsche
16. Praxisbeispiel als Text „Plurability“, Evangelische Landjugend, Jürgen Kricke und Manfred Walter
17. Praxisbeispiel als Text „Runder Tisch Rechtsextremismus“, Martin Becher und Regionalbischof Prof. Dr. Stefan Ark Nitsche
18. Praxisbeispiel als Text „Social Media“, Manfred Walter, Evangelische Jugend
19. Predigten des Solidaritätsgottesdienstes für die Gemeinden Regnitzlosau und Oberprex, Thema: Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit, Predigten von: Dekan Günter Saalfrank, Hof, Pfarrer Holger Winkler, Regnitzlosau, Pfarrerin Ulrike Wilhelm, Tutzing
20. Projekt „Jugendliche werden Friedensstifter“, Heilsbronn, Referent für Konfirmandenarbeit und Gemeindepädagogik Herbert Kolb, Diakon Stefan Maaß, Heilsbronn
21. Rechtsextremismus und theologische Aspekte, Dekanin im Dekanatsbezirk Gräfenberg Christine Schürmann
22. Rückmeldung, Kirche und Asyl, Stephan Theo Reichel (Gespräche)
23. Rückmeldung Regionalbischof Michael Grabow, Augsburg

24. Solidarität evangelisch-lutherischer Pfarrerinnen und Pfarrern des Kirchenkreises Nürnberg mit dem Gräfenberger Engagement gegen Rechts-extremismus, u.a. Regionalbischof Prof. Dr. Stefan Ark Nitsche (Nürnberg) und Dekanin Schürmann, Gräfenberg
25. Solidaritätsadresse für Tina Krause (Engagierte gegen Rechtsextremismus, Betroffen von rechts-extremer Aggression), inklusive Erläuterungen zum Hintergrund, Dekan Hans Peetz, Bayreuth
26. „Was tun mit einem Kriegerdenkmal?“, Pfarrer Andreas Steinbauer, Pommersfelden

HFK1: Gottesdienst, Verkündigung, Spiritualität

27. Apogetischer Arbeitskreis, Kirchenrat Dr. Haringke Fugmann

HFK 2: Gemeindeaufbau und Gemeindeentwicklung

28. Amt für Gemeindedienst, Pfr. Martin Simon
29. Aussiedlerarbeit, Pfarrer Markus Herrgen
30. Evangelische Jugend in Bayern und Evangelische Jugend in ländlichen Räumen, Manfred Walter (Text)
31. Frauenarbeit, FrauenWerk Stein e.V., Dr. Andrea König (Interview)
32. Jugend, Amt für Evangelische Jugendarbeit, Amt für Evangelische Jugendarbeit Oberfranken, Hans Schlicht
33. Jugend (1)
34. Jugend Nürnberg (2)
35. Männerarbeit, Amt für Gemeindedienst, Pfr. Günter Kusch

HFK 3: Erziehung, Bildung und Unterricht

36. Bildung in den ersten Lebensjahren: KiTa/Hochschule, Nanne Wienands (Text)
37. Evangelische Akademiearbeit, Evangelische Akademie Tutzing, Dr. Daniel Dietzfelbinger
38. Evangelisches Bildungszentrum Hesselberg, Evangelische Landjugend, Thomas Strauß
39. Evangelische Erwachsenenbildung, Dr. Jürgen Wolff (Text)
40. Evangelische Hochschule Nürnberg, Diakon Sebastian Feder
41. Evangelischer KITA-Verband Bayern e.V., Christiane Muenderlein und Monika Brinkmüller
42. Evangelische Schulen, Religionsunterricht, KonfirmandInnen
43. Kirchliche Arbeit an den Hochschulen, Pfarrer Dr. Daniel Wanke

44. Religionspädagogisches Zentrum Heilsbronn, Direktor Pfarrer Klaus Buhl (Text)
45. Religionspädagogisches Zentrum Heilsbronn, Studiendirektorin Vera Utzschneider

HFK 4: Beratung und Seelsorge

46. Militärseelsorge (Bundeswehr)
47. Polizeiseelsorge
48. Seelsorge in besonderen Lebenssituationen – Gefängnisseelsorge, Pfr. Uwe Hofmann

HFK 5: Gesellschaftsbezogene Aufgaben

49. Kirche der Arbeitswelt (kda) - afa, Klaus Hubert
50. Kirche und Sport, Beauftragte für Kirche und Sport der ELKB Pfarrerin Julia Arnold
51. Ländlicher Raum, Evangelische Landjugend, Landjugendpfarrer Gerhard Schleier
52. Rechtsextremismus und gesellschaftspolitische Aspekte, Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Tagungszentrum Bad Alexandersbad, Martin Becher
53. Recht und Rechtsextremismus, Leitende Kirchenrechtsdirektorin und stellv. Abteilungsleitung Gesellschaftsbezogene Dienste der ELKB, München, Henriette Kühne
54. Theologisches Planungsreferat, Kirchenrat Dr. Stefan Koch (Methodenvorschlag)
55. Umweltbeirat, Dr. Wolfgang Schürger

HFK 6: Ökumene, Mission, Entwicklungsdienst

56. Christlich-Jüdischer Dialog, Dr. Axel Töllner
57. Gedenkstättenarbeit, Versöhnungskirche Dachau, Diakon Klaus Schultz (Gespräche)
58. Islambeauftragter, Kirchenrat Dr. Rainer Oechslen
59. Ökumene und soziale Verantwortung, Migration

HFK 7: Diakonisches Handeln

60. Diakonisches Werk Bayern, Präsident des Diakonischen Werks Bayern Michael Bammessel (Interview)
61. Diakonisches Werk Bayern (2), umfassende Übersicht über Aktivitäten
62. Diakonisches Werk Bayern, Migration, Helmut Stoll
63. Evangelische Jugendsozialarbeit (ejsa)

HFK 8: Presse, Öffentlichkeitsarbeit & Medien

64. Evangelische Funkagentur, Ludwig Knoll
65. Öffentlichkeitsarbeit Dekanat München, Gabriele März

II. Weitere Anregungen

66. Bildungskonzept der ELKB: Einbringungsrede im Rahmen der Frühjahrssynode der ELKB 2016. Oberkirchenrat Detlev Bierbaum und Dr. Daniel Dietzfelbinger.
67. Brief an alle (Gesamt-)Kirchengemeinden, Dekanatsbezirke, kirchliche Einrichtungen und freie Träger vom 1. Oktober 2015, Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm und Präsidentin der Landessynode der ELKB Dr. Annekathrin Preidel.
68. Broschüre, Präsidentin der Landessynode der ELKB Dr. Annekathrin Preidel.
69. Definition „Rechtsextremismus“, ELKB-Steuerungsgruppe „Engagement gegen Rechtsextremismus“.
70. Die ELKB und ihre Partner in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Martin Becher und Kirchenrat Reiner Schübel.
71. „Gesicht zeigen, Salz der Erde – Licht der Welt (Matthäus 5, 13-16)“, Regionalbischöfin und ständige Vertreterin des Landesbischofs Susanne Breit-Keßler, München, Oberbayern.
72. Gottesdienst anlässlich 75 Jahre Reichspogromnacht, am 9. November 2013 in Burgpreppach, Predigt zu Lukas 6,27f., Regionalbischöfin Dr. Dorothea Greiner, Bayreuth.
73. Grußwort „Für ein buntes und weltoffenes Augsburg“ zur Demonstration des „Bündnisses für Menschenwürde Augsburg und Schwaben“ vom 07.03.2015 in Augsburg, Regionalbischof Michael Grabow.
74. Grußwort zur Veranstaltung „Lückenlose Aufklärung – Wo stehen wir und wie geht es in die von der Kanzlerin versprochene Richtung?“ vom 18. November 2014 (Bildungsreise des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Brandenburg und der Evangelischen Akademie vom 17. bis 20. November 2014 nach München zum NSU-Prozess), Präsidentin der Landessynode Dr. Annekathrin Preidel.
75. Input zum Thema „Flüchtlinge“, Hesselbergkonferenz vom 1.10.2015, Oberkirchenrat Helmut Völkel.
76. Interview mit Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, geführt von Armin Jelenik: „Stacheldraht hilft nicht. Landesbischof Bedford-Strohm warnt vor Abschottung“, in: Nürnberger Nachrichten vom 17.09.2015, S. 3.
77. Kriterien für die Vergabe finanzieller Mittel der ELKB gegen Rechtsextremismus, Benennung konkreter Projektbereiche und Aktionen sowie Bedingungen für eine Förderung, Martin Becher und Kirchenrat Reiner Schübel.
78. Pressemitteilung „Solidaritätsschweigen anlässlich der fremdenfeindlichen Aktion an der Erlöserkirche in Immenstadt“, ELKB, Kirchenkreis Augsburg und Schwaben vom 21.07.2015, Pfarrerin Lydie Nicoloy Menezes (Persönliche Referentin beim Oberkirchenrat im Kirchenkreis Augsburg und Schwaben).
79. Präsentation „Wir schaffen Herberge“, Hesselbergkonferenz vom 1.10.2015, Oberkirchenrat Dr. Erich Theodor Barzen und Oberkirchenrat Dr. Hans-Peter Hübner.
80. Predigt zum Politischen Nachtgebet am 5. Juni 2015 in Bad Cannstatt, Deutscher Evangelischer Kirchentag, Stuttgart, Ratsvorsitzender der EKD Dr. Heinrich Bedford-Strohm.
81. Rede anlässlich der Anti-Pegida-Demonstration vom 22.12.2014, Stadtdekanin Barbara Kittelberger, München.
82. Rede zum Flüchtlingshelferempfang in Würzburg vom 09.10.2015, Regionalbischöfin Gisela Bornowski im Kirchenkreis Ansbach – Würzburg.
83. Rede zum zehnjährigen Bestehen des Bündnisses für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen vom 15. 07.2015 in Augsburg, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, gleichzeitig Sprecher des Bündnisses.
84. Rundschreiben „Willkommenskultur für Flüchtlinge in Kirchengemeinden“ vom 24. November 2014, Oberkirchenrat Detlev Bierbaum.
85. Schreiben „Unterbringung von Flüchtlingen“ vom 7.09.2015, Dr. Tobias Mähner.
86. „Selig sind, die hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit ...“, Mündlicher Ratsbericht vor der EKD-Synode am 02. Mai 2015, Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD.
87. Statement „Fremdenfeindliche Aktion Immenstadt“, vom 21.07.2015, Regionalbischof Michael Grabow.
88. Veranstaltungankündigung: Internationaler Gottesdienst in der Stadtkirche: 19. Dezember 2015, 17 Uhr, und fortlaufend einmal im Monat. Regionalbischöfin Dr. Dorothea Greiner, Bayreuth.
89. Vortrag „Begrüßung und Geschichte der Evangelischen Akademie Tutzing“ vom 30.09.2015, Direktor Evangelische Akademie Tutzing Udo Hahn.
90. Workshop „Flüchtlingsarbeit an der Schnittstelle zwischen Kirche und Diakonie“, Hesselbergkonferenz, vom 1.10.2015, verantwortlich: Oberkirchenrat Michael Martin und Oberkirchenrat Detlev Bierbaum, Protokoll: Kirchenrat Michael Thoma.

Mitglieder der Steuerungsgruppe

Reiner Schübel, Kirchenrat,
Fachabteilung D, Referat Diakonie
und Gesellschaftsbezogene Aufgaben,
Leiter der Steuerungsgruppe, München

Martin Becher,
Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses
für Toleranz und Leiter der Projektstelle
gegen Rechtsextremismus am Evangelischen
Tagungszentrum Alexandersbad,
Bad Alexandersbad

Klaus Buhl,
Direktor, Religionspädagogisches Zentrum
Heilsbronn

Prof. Dr. Stefan Ark Nitsche,
Regionalbischof im Kirchenkreis Nürnberg

Dr. Annekathrin Preidel,
Präsidentin der Landessynode der ELKB,
München

Christine Schürmann,
Dekanin im Dekanatsbezirk Nürnberg-Ost

Manfred Walter,
Landessekretär der evangelischen
Landjugend in Bayern, Pappenheim

Dr. Jürgen Wolff,
Geschäftsführer des Evangelischen Bildungs-
werks Bayreuth/Bad Berneck/Pegnitz,
München

Auswertung des Beteiligungsverfahrens, redaktionelle Bearbeitung und fachliche Beratung

Dr. Britta Schellenberg,
Senior Researcher, Centrum für
angewandte Politikforschung,
Ludwig-Maximilians-Universität München

David Fresen,
Assistenz, Centrum für angewandte
Politikforschung



Evangelisch-Lutherische
Kirche in Bayern

**Ja zu gelebter Menschenfreundlichkeit Gottes.
Nein zum Rechtsextremismus.**

**Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern**

Herausgegeben von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB),
Katharina-von-Bora-Straße 7-13, 80333 München

VERANTWORTLICH

Detlev Bierbaum,
Leiter der Abt. Gesellschaftsbezogene Dienste im Landeskirchenamt

REDAKTION

Johannes Minkus

GESTALTUNG

ema (Christian Topp, München), Titelgrafik: freepik

DRUCK

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs



geprüftes
Umweltmanagement
DE-155-00126

gedruckt in einem
EMAS validierten
Unternehmen

